

IWF

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2011

AUSGEWOGENES WACHSTUM

VERFOLGEN FÜR ALLE



DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS

Der IWF ist die zentrale Organisation der Welt, die für die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik zuständig ist. Da die Organisation 187 Mitgliedsländer zählt, arbeiten in ihr fast alle Länder der Welt gemeinsam an der Förderung des Gemeinwohls. Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System der Wechselkurse und internationalen Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesichert und der allgemeine Lebensstandard erhöht werden sollen.

Im Exekutivdirektorium des IWF, in dem sämtliche Mitgliedsländer vertreten sind, werden die nationalen, regionalen und globalen Auswirkungen der Wirtschaftspolitiken eines jeden Mitglieds erörtert. Dieser Jahresbericht erfasst die Tätigkeiten von Exekutivdirektorium, Geschäftsführung und Mitarbeiterstab des Fonds im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2010 bis 30. April 2011.

Zu den Hauptaktivitäten des IWF gehören:

- Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen vorzubeugen oder diese beizulegen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut abzubauen;
- Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d.h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen sowie
- Bereitstellung technischer Hilfe und Ausbildung, auf Antrag eines Landes, für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die das Land für die Verfolgung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. Aufgrund seiner weltweiten Präsenz und seiner engen Beziehungen zu den Mitgliedsländern unterhält er außerdem Büros in aller Welt.

Zusätzliche Informationen über den IWF und die Mitgliedsländer können auf der Website des IWF abgerufen werden, unter www.imf.org.

Die Webseite des Annual Report (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/eng) enthält Begleitmaterial zum Jahresbericht (in englischer Sprache): Webkästen, Webtabellen, Anhänge (einschließlich des Jahresabschlusses, 30 April 2011) und andere einschlägige Dokumente. Die Druckversion des Abschlusses ist erhältlich von IMF Publication Services, P.O. Box 92780, Washington, DC 20090. Auch eine CD-ROM-Version des Annual Report, einschließlich des auf der Webseite veröffentlichten Begleitmaterials, ist von IMF Publication Services erhältlich.

IWF

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

JAHRESBERICHT 2011

AUSGEWOGENES WACHSTUM
VERFOLGEN FÜR ALLE

INHALTSVERZEICHNIS

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS	4	Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder	39
BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT	6	Mobilisierung von Einkünften in Entwicklungsländern	40
1 ÜBERBLICK	7	4 REFORM UND STÄRKUNG DES IWF ZUR BESSEREN UNTERSTÜTZUNG DER MITGLIEDSLÄNDER	41
Ungleichmäßige Erholung der Weltwirtschaft	9	Reformen bei Quoten, Governance und Mandat	43
Politikmaßnahmen zur Sicherung eines nachhaltigen und ausgewogenen globalen Wachstums	9	Quoten, Stimmrecht und Governance	43
Reform und Stärkung des IWF für eine bessere Unterstützung seiner Mitgliedsländer	10	Modernisierung des Fondsmandats	44
Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht	10	Mitgliedschaft, Direktorium und Institutionstätigkeiten	45
2 ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN	13	Mitgliedschaft	45
Eine unausgewogene Erholung	15	Exekutivdirektorium	45
Alte und neue Herausforderungen	16	Vorsitz des IMFC	46
3 POLITIKEN ZUR SICHERUNG VON NACHHALTIGEM UND AUSGEWOGENEM GLOBALEM WACHSTUM	19	Stellvertretender Gouverneur Moeketsi Senaoana gestorben	46
Sicherung eines ausgewogenen Wachstums und einer stärkeren, tragfähigeren Weltwirtschaft	21	Neugestaltung von Jahresversammlung und Frühjahrstagung	46
Modernisierung der Fondsüberwachung	21	Kapazitätsaufbau in den Mitgliedsländern	47
Finanzielle Unterstützung für die Mitgliedsländer des IWF	23	Technische Hilfe	49
Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	30	Ausbildung	52
Förderung von Funktionsfähigkeit und Stabilität des internationalen Währungssystems	31	Initiativen zu Daten und Datenstandards	52
Kapitalströme	31	Die IWF-Standards für Datenweitergabe	52
Internationale Reserven	32	Zwischenbericht über die Achte Überprüfung der Datenstandardinitiativen des IWF	53
Sonderziehungsrechte	33	5 FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT	55
Bau eines robusteren globalen Finanzsystems	35	Haushalt und Einkünfte	57
Integration von Finanzstabilitätsbewertungen in die Artikel-IV-Überwachung	35	Quotenerhöhungen	57
Makroprudentielle Politiken: ein Organisationsrahmen	36	Ausdehnung und Aktivierung der Neuen Kreditvereinbarungen	57
Lehren aus der Krise für die Zentralbanken	36	Bilaterale Kreditvereinbarungen	57
Grenzüberschreitende Bankenabwicklung	37	Angemessenheit der Risikorücklagen des IWF	58
Finanzielle Vernetzung	37	Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	58
Der Beitrag des Finanzsektors zu den Kosten der Krise	37	Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	60
Prüfung der Initiative zu Standards und Kodizes	38	Rückstände gegenüber dem IWF	61
Unterstützung von Wachstum und Stabilität in einkommensschwachen Ländern	38	Prüfungsverfahren	61
Makroökonomische Herausforderungen für einkommensschwache Länder	38	Risikomanagement	64
		Personalpolitik und Organisation	65
		Personalwesen im GJ 2011	65
		Veränderungen in der Geschäftsführung	67
		Tommaso Padoa-Schioppa gestorben	67
		Rechenschaftspflicht	67
		Politiken zur Transparenz	67
		Unabhängiges Evaluierungsbüro	68
		Einbindung externer Stakeholder	69

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

LEITENDE MITARBEITER

ORGANIGRAMM DES IWF

ANMERKUNGEN

KÄSTEN

- 3.1. Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen
- 3.2. Obligatorische Bewertungen der Finanzstabilität
- 3.3. Liberia erreicht langfristige Schuldentragfähigkeit
- 4.1. Ein halbes Jahrhundert im Dienst des IWF:
A. Shakour Shaalan
- 4.2. Bewertung der Wirksamkeit der Ausbildung durch das IWF-Institut
- 4.3. Daten- und Statistikmaßnahmen im GJ 2011
- 5.1. Weitreichende Renovierungsarbeiten am IWF-Hauptquartier
- 5.2. Tommaso Padoa-Schioppa
- 5.3. Die Empfehlungen des IEO-Berichts und die Erwiderng des Stabs

SCHAUBILDER

- 3.1. In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2002-2011 gebilligte Vereinbarungen
- 3.2. Ausstehende reguläre Kredite GJ 2002-2011
- 3.3. Ausstehende konzessionäre Kredite GJ 2002-2011
- 4.1. Bereitstellung technischer Hilfe nach Fächern und Thematik
- 4.2. Bereitstellung technischer Hilfe im GJ 2011 nach Fächern und Regionen
- 4.3. Bereitstellung technischer Hilfe nach Einkommensgruppen
- 4.4. Bereitstellung technischer Hilfe nach Länderstatus
- 4.5. Bereitstellung technischer Hilfe durch den IWF

TABELLEN

72	3.1. Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF	26
73	3.2. Im GJ 2011 gebilligte Vereinbarungen unter den Hauptfazilitäten	28
74	3.3. Im Rahmen des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen des GJ 2011	29
75	5.1. Verwaltungshaushalt nach den Hauptausgabenkategorien, GJ 2009-2014	62
	5.2. Mittelfristige Kapitalausgaben, GJ 2009-2014	62
	5.3. Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben	62
	5.4. Veranschlagte Ausgabenanteile nach Leistungsbereich, GJ 2010-2014	63
	5.5. Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art	63

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zum leichteren Verständnis angegeben. Am 30. April 2011 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1US\$ = 0,616919 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,62096 US\$. Das Jahr zuvor (am 30. April 2010) lag der Kurs bei 1 US\$ = 0,661762 SZR und 1 SZR = 1,51112 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde und „Trillion“ eine Billion. Kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem *Jahresbericht* verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, aber für die statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

BOTSCHAFT DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORIN UND VORSITZENDEN DES EXEKUTIVDIREKTORIUMS



Christine Lagarde,
Geschäftsführende Direktorin
und Vorsitzende des
Exekutivdirektoriums

Als neue Geschäftsführende Direktorin des IWF bin ich beeindruckt davon, wie die Institution im Lauf des letzten Jahres weiterhin ihre Relevanz verstärkt hat – aufbauend auf den bedeutenden Veränderungen, die infolge der Krise schon eingetreten waren. Der Internationale Währungsfonds intensivierte seine Tätigkeit an vielen Fronten und spiegelte damit die wachsenden Anforderungen der Weltwirtschaft und die sich verändernden Bedürfnisse der Fondsmitglieder wider.

Wir leben auch weiterhin in schwierigen Zeiten. Die globale Konjunkturerholung, die sich im Lauf des GJ 2011 fortsetzte, ist sehr uneinheitlich ausgefallen. Daraus haben sich Spannungen ergeben: In fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist infolge einer schleppenden Erholung die Arbeitslosigkeit schmerzlich hoch geblieben, in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften hat sich dagegen infolge einer raschen Erholung die Gefahr der Überhitzung erhöht, und in vielen Entwicklungsländern hat der rapide Anstieg der Rohstoffpreise trotz relativ starken Wachstums die sozial Schwächeren besonders hart getroffen. Dabei besteht weiterhin die schwierige Aufgabe, Arbeitsplätze – vor allem für junge Menschen – zu schaffen und wachsende soziale Ansprüche auf eine bessere Lebensqualität zu erfüllen.

Hinzu kommt, dass viele Mitglieder des IWF immer noch mit von der Krise stammenden Altlasten zu kämpfen hatten. Für viele der größten Fondsmitglieder, einschließlich Japan und die Vereinigten Staaten, stellt fiskalische Tragfähigkeit eine starke Herausforderung dar. Es ist eine Sanierung und Reform des Finanzsektors unternommen worden, aber in einer Anzahl von Bereichen müssen noch größere Fortschritte gemacht werden; dazu gehören die Entwicklung stimmiger Abwicklungsmechanismen, die Aufstellung eines umfassenden makroprudentiellen Rahmenwerks und die Gewährleistung, dass Regulierung und Aufsicht das gesamte Finanzsystem einbeziehen. Und von entscheidender Wichtigkeit: Viele der Mitglieder müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, damit sie das Wachstum erzielen, das für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erhöhung des Lebensstandards erforderlich ist.

In den letzten Jahren hat der IWF Anpassungen vorgenommen, die den sich laufend verändernden Bedürfnissen der Mitglieder entgegenkommen. Diese Tendenz setzte sich im GJ 2011 fort und zeitigte wichtige Entwicklungen in den Kernbereichen Governance, Finanzierung und Überwachung. Wie in vorangegangenen Jahren war die fortgesetzte Stärkung des Fonds ein Ausdruck der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung, Mitarbeiterstab und Exekutivdirektorium.

Der Fonds kann nur dann effektiv sein, wenn seine Governance als legitim erachtet wird. Das GJ 2011 brachte in dieser Hinsicht zwei bedeutende Entwicklungen: Erstens wurde im Dezember 2010 eine wichtige Übereinkunft zur Governance-Reform in Bezug auf Quoten und die Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums des IWF erzielt, zweitens trat im März 2011 die Quotenreform von 2008 in Kraft, die die Vertretung dynamischer Volkswirtschaften im IWF stärkt und Stimme und Beteiligung von einkommensschwachen Ländern erhöht.

Es ist ein wesentliches Merkmal des IWF, dass er seine Finanzierungsinstrumente fortwährend angepasst hat, um den Mitgliedern wirksamer dienen zu können. 2010 wurde die Flexible Kreditlinie (FCL) verbessert, so dass sie für die Krisenprävention nützlicher und wirksamer sein würde. Zudem wurde ein neues Finanzierungsinstrument, die Vorsorgliche Kreditlinie (PCL), eingeführt, die einer breiteren Gruppe von Ländern zur Verfügung steht als die FCL. Der IWF schloss sich überdies im Mai 2011 mit seinen Partnern in Europa zusammen, um für Griechenland und Irland – sowie Portugal – finanzielle Unterstützung bereitzustellen. Seit Beginn der Krise haben die Finanzierungszusagen des IWF, mit denen den Mitgliedern geholfen wurde die Krise zu überstehen, ein Rekordniveau erreicht: die ausstehenden Kredite aus dem Konto für allgemeine Ressourcen beliefen sich Ende Juli 2011 auf 75,6 Mrd. SZR, während der letzte Höchststand im September 2003 bei 70 Mrd. SZR lag. Darin zeigt sich die Bedeutung des Fonds für die Mitglieder in seiner Rolle als Kreditgeber. Zur besseren Unterstützung von einkommensschwachen Ländern, die von äußerst schweren Naturkatastrophen betroffen sind, richtete der Fonds einen Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung nach Katastrophen ein, der es uns erlaubt unter entsprechenden Umständen rasch an internationalen Maßnahmen zur Schuldenerleichterung teilzunehmen.

Obwohl es für den IWF entscheidend ist, dass er über angemessene Finanzierungsinstrumente verfügt, ist es natürlich noch besser, wenn er dazu beitragen kann, dass Krisen von vornherein vermieden werden. Und so wurde im vergangenen Jahr die Wirksamkeit der IWF-Überwachung in verschiedener Hinsicht gestärkt. Der Fonds konzentrierte sich stärker auf die Frage, was die zunehmende Vernetzung der Mitglieder für die Politikmaßnahmen bedeutet. Er intensivierte auch seine Arbeit zum besseren Verständnis der Vernetzung innerhalb einzelner Volkswirtschaften, insbesondere der makrofinanziellen Verflechtungen. Die Frage, wie das internationale Währungssystem gestärkt werden kann – eine Aufgabe

im Zentrum des Fondsmandats –, stellte auch ein wichtiges Arbeitsfeld dar, wobei der Fokus auf Themen wie Kapitalströme und die Angemessenheit internationaler Reserven gerichtet war.

Mit Bezug auf das laufende Geschäftsjahr ist unsere Arbeit von der Aufforderung der Mitglieder – bei der Jahresversammlung 2010 – geleitet, Legitimität, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des Fonds durch Quoten- und Governance-Reformen und durch Modernisierung der Überwachungs- und Finanzierungsmandate des Fonds weiter zu verbessern.

Wir arbeiten mit der Mitgliedschaft daran, das Reformpaket zur Governance von 2010 so bald wie möglich umzusetzen. Die laufende Dreijahresprüfung der Überwachung ist eine wichtige Gelegenheit den Fokus und die Wirksamkeit der IWF-Überwachung zu verbessern. Unsere Erfahrung mit den Pilotberichten zu „Spillovers“ bei systemrelevanten Ländern wird auch wertvolle Information für die Überwachung der Vernetzung liefern. Und im Hinblick auf Krisenintervention werden wir weiterhin nach Möglichkeiten suchen, das globale Finanzsicherheitsnetz auf der Grundlage solider Anreize zu verbessern. Ganz allgemein werden wir weiterhin darauf drängen, das internationale Währungssystem zu stärken.

Wenn ich an das nächste Geschäftsjahr – mein erstes als Geschäftsführende Direktorin des IWF – denke, so erwarte ich, dass der Fonds auf dem Weg immer größerer Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit fortschreiten wird. Unsere Institution hat eine entscheidende Rolle zu spielen bei der Verhinderung von Krisen und der Erreichung eines starken, stabilen und ausgewogenen globalen Wirtschaftswachstums. In diesem Zusammenhang möchte ich den wichtigen Beitrag würdigen, den mein Vorgänger Dominique Strauss-Kahn geleistet hat. Unter seiner Führung reagierte der Fonds rasch und mit Nachdruck bei der Unterstützung der Mitglieder in der Folge der globalen Finanzkrise. Dadurch wurde er gleichzeitig auf den Weg zu größerer zukünftiger Relevanz gewiesen.

Ich fühle mich geehrt und bin stolz, an die Spitze des Fonds gewählt worden zu sein. Ich freue mich darauf, in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Exekutivdirektorium die neuen und sich laufend verändernden Herausforderungen anzugehen, die sich den Mitgliedern des Fonds – und der Weltwirtschaft im Ganzen – stellen.

Der *Jahresbericht* des IWF-Exekutivdirektoriums an den Gouverneursrat des Fonds ist ein wesentliches Instrument der Verantwortlichkeit des IWF. Das Exekutivdirektorium trägt die Verantwortung für die Führung der Geschäfte des Fonds und besteht aus 24 Exekutivdirektoren, die von den 187 Mitgliedsländern des IWF ernannt werden, während der Gouverneursrat, in dem jedes Mitgliedsland durch einen führenden Beamten repräsentiert ist, die höchste leitende Autorität des IWF ist. Die Veröffentlichung des *Jahresberichts* repräsentiert die Verantwortungspflicht des Exekutivdirektoriums gegenüber dem Gouverneursrat des Fonds.

BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT



29. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2011 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2012 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 5 vorgelegt. Die für das am 30. April 2011 abgelaufene Geschäftsjahr geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten werden zusammen mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang VI präsentiert, der sich auf der CD-ROM-Fassung des Jahresberichts sowie auf www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/eng/index.htm befindet. Die externe Rechnungsprüfung und das Finanzberichtswesen wurden nach Maßgabe von Abschnitt 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss bestehend aus Herrn Arfan Ayass, Frau Amelia Cabal und Herrn Ulrich Graf (Vorsitz) überprüft.

Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

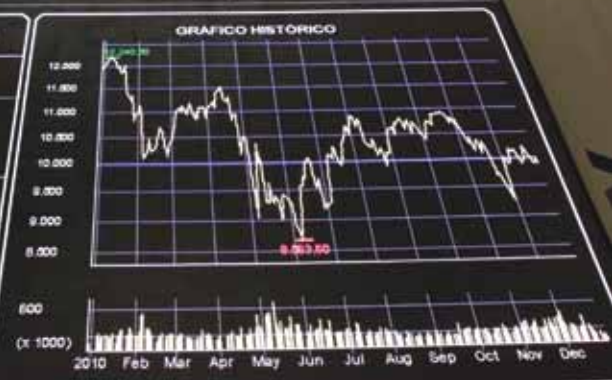
1 | ÜBERBLICK



BME X BOLSAS Y MERCADOS ESPAÑOLES
BOLSA de MADRID

→ IBEX 35 ↓ 9.892,40

Dif.	Dif. %
-89,10	-0,89
Volumen	
Títulos	Efectivo
57.451	539.520
Situación	
Contratando	
0	13:50



Máximo	Mínimo	Cierre Ant.	Máx.Año	Mín.Año
12.240,50	9.861,80	9.981,50	12.240,50	8.563,50

• TELECINCO 8,232 ↓ -1,71% •

1 | ÜBERBLICK

Der IWF spielt weiterhin eine zentrale Rolle bei den Bestrebungen, die Weltwirtschaft wieder zu einem robusten und nachhaltigen Wachstum zurückzuführen. Die Arbeit der Institution im Geschäftsjahr 2011¹ konzentrierte sich deshalb auf die Bereitstellung von Politikberatung und technischer Hilfe an Mitgliedsländer und auf die Erfüllung des Finanzierungsbedarfs von Ländern zur Durchführung von Anpassungsanstrengungen, unter anderem mit Programmen in Griechenland, Irland und Portugal (Anfang des GJ 2012). Es wurden Systeme geschaffen, die die Fähigkeit der Institution stärken werden, Risiken für die Weltwirtschaft bei ihrem Aufkeimen zu erkennen und anzugehen, und es wird an Reformen gearbeitet, die das internationale Währungssystem stärken werden.

Im Lauf des Geschäftsjahres wurde eine Vereinbarung über eine grundlegende Neugestaltung der Governance-Struktur des IWF getroffen. Die Reformen werden zu einer wesentlichen Veränderung im Stimmrecht für dynamische Schwellen- und Entwicklungsländer führen und zugleich die Stimme der ärmsten Mitgliedsländer schützen sowie die Legitimität und Wirksamkeit des IWF erhöhen.



Links Bei der Jahresversammlung von 2010 war die Governance des IWF eines der Themen, die diskutiert wurden.

Rechts Auf einer Farm in Cota, Kolumbien, verpackt eine Frau Blumen für den Export.



UNGLEICHMÄSSIGE ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr weiter erholt, das Wachstum in den einzelnen Ländern fällt allerdings nach wie vor sehr unterschiedlich aus. In vielen fortgeschrittenen Ländern zeigt sich das Wachstum weiterhin relativ zurückhaltend, da es von hohen Arbeitslosenquoten, einer allgemein schwachen Finanzlage und getrübbten Aussichten für Staatshaushalt und Finanzsektor gehemmt wird. Die Schwierigkeiten waren in einer Reihe europäischer Länder besonders akut. Im Gegensatz dazu ist das Wachstum in den Schwellenmärkten stark, und angesichts steigender Inflation nehmen die Bedenken in Bezug auf eine Überhitzung in einer Reihe dieser Volkswirtschaften zu.

Angesichts des ungleichmäßigen globalen Wachstums fallen die politischen Herausforderungen in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich aus. In den meisten fortgeschrittenen Ländern besteht die wichtigste politische Aufgabe in der Aufrechterhaltung der Konjunkturerholung und im Abbau der Arbeitslosigkeit, während gleichzeitig die notwendige Haushaltsanpassung sowie die Wiederherstellung und Reform des Finanzsektors vorangetrieben werden müssen. Für die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer gilt es, die Auflösung akkommodierender makroökonomischer Politikmaßnahmen zu beschleunigen, um bei starker Wirtschaftstätigkeit, Kreditwachstum, Kapitalzuflüssen und breiterem Inflationsdruck eine Überhitzung zu vermeiden und dabei gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Armen vor den Auswirkungen höherer Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise geschützt sind. Fortschritte müssen auch beim Abbau der Risiken gemacht werden, die die immer noch großen globalen Ungleichgewichte für die Finanzstabilität darstellen; zu diesem Zweck muss der Beitrag zum Wachstum vonseiten der Nettoexporte in Volkswirtschaften mit großen Leistungsbilanzdefiziten erhöht werden, und umgekehrt muss in Volkswirtschaften mit großen Leistungsbilanzüberschüssen die Rolle gestärkt werden, die das Wachstum der Binnennachfrage spielt. Eine fortgesetzte Zusammenarbeit der Länder bei Politikmaßnahmen wird notwendig sein, um robustes und nachhaltiges Wachstum weltweit zu sichern. Sorgfältige Gestaltung der Politik auf nationaler Ebene und Koordination auf globaler Ebene, die auf dem Höhepunkt der Krise vor zwei Jahren so wichtig waren, sind heute noch genauso wichtig.

POLITIKMASSNAHMEN ZUR SICHERUNG EINES NACHHALTIGEN UND AUSGEWOGENEN GLOBALEN WACHSTUMS

Während des GJ 2011 konzentrierten sich die Maßnahmen des IWF darauf, die Finanz- und allgemeine Hilfe bereitzustellen, die Mitgliedsländer benötigten, um die verbleibenden Auswirkungen der weltweiten Krise zu bewältigen, sowie die Ausgestaltung und Implementierung von Politikmaßnahmen voranzutreiben, mit denen ein nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum für die Weltwirtschaft der Zukunft gesichert wird.

Die Nachfrage nach Fondsmitteln blieb im Jahresverlauf hoch, und das Exekutivdirektorium billigte 30 Finanzierungsvereinbarungen oder Aufstockungen bestehender Vereinbarungen. Wichtige Programme für Griechenland und Irland in Zusammenarbeit mit Partnern in Europa unterstützten Wirtschaftsreformen zur Sicherung nachhaltiger Finanzen der öffentlichen Haushalte, damit Wachstum und Arbeitsplätze wieder aufgebaut werden können. Das griechische Programm zielt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ab, während das Programm für Irland sich auf die Wiederherstellung der Finanzsektorstabilität konzentriert. Beide Programme wurden so gestaltet, dass die Lasten der Anpassung verteilt und die anfälligsten Gruppen geschützt werden. Während des Jahres wurden Flexible Kreditlinien (FCL – Flexible Credit Line) für Kolumbien, Mexiko und Polen sowie eine Vorsorgliche Kreditlinie (PCL – Precautionary Credit Line) für Mazedonien gebilligt, während der Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust) die Gewährung oder Aufstockung von Programmen in 17 einkommensschwachen Ländern ermöglichte. Der IWF intensivierte darüber hinaus seinen politischen Dialog mit Ländern in der Region Naher Osten und Nordafrika – namentlich Ägypten und Tunesien –, um Regierungen bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben zu unterstützen, die aus den politischen Entwicklungen des Arabischen Frühlings erwachsen. Darüber hinaus bestätigte eine Überprüfung der Sicherheitsbewertungen von Zentralbanken die dauerhafte Wirksamkeit dieser Bewertungen, die insofern den Ruf des IWF als umsichtiger Kreditgeber bekräftigten.

Es wurden zudem weitere Schritte zur Stärkung der Überwachungstätigkeit des IWF unternommen. So wurde beispielsweise

eine Vereinbarung getroffen, die Arbeit an „Spillover“-Effekten – also an Situationen, in denen wirtschaftliche Entwicklungen oder Politikmaßnahmen in einem Land Auswirkungen auf andere Länder haben – zu stärken. Dazu wurden „Pilotberichte zu Spillover-Effekten“ für die fünf systemisch wichtigsten Volkswirtschaften oder Wirtschaftsregionen (China, der Euroraum, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA) erarbeitet. Es ist der Zweck dieser Übung, das Verständnis des IWF über die Verknüpfungen der Weltwirtschaft zu vertiefen und damit eine bessere politische Zusammenarbeit auf globaler Ebene zu erreichen. Die Überwachung des Finanzsektors und der makrofinanziellen Verknüpfungen rückte ebenfalls stärker in den Mittelpunkt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die Bewertungen der Finanzstabilität unter dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP) für Länder mit systemisch wichtigen Finanzsektoren zur Pflicht zu machen und die Bewertungen der Finanzstabilität stärker in die Fonds-Überwachung der einzelnen Mitgliedsländer zu integrieren. Der IWF setzte seine zweimal jährlich stattfindenden Frühwarnübungen fort, die in Zusammenarbeit mit dem Rat für Finanzstabilität durchgeführt werden; sie dienen der Untersuchung unwahrscheinlicher, aber plausibler Risiken, die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben könnten. Darüber hinaus leistete der IWF weiterhin Unterstützung für den Prozess der gegenseitigen Bewertung (Mutual Assessment Process – MAP) der Gruppe der Zwanzig (G20) und koordiniert die Arbeit auf internationaler Ebene, um Datenlücken anzugehen, die infolge der weltweiten Krise deutlich wurden. Zudem wurde ein analytisches Regelwerk zur Bewertung der Anfälligkeiten von einkommensschwachen Ländern gegenüber globalen Schocks eingeführt.

Im Lauf des Jahres wurden zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Funktionstüchtigkeit und Stabilität des internationalen Währungssystems unternommen. Obwohl sich das System gegenüber der Krise als widerstandsfähig erwiesen hat, gibt das Auftreten von Spannungen – bei großen globalen Ungleichgewichten, volatilen Kapitalströmen und Wechselkursbewegungen und bei großer Reservenakkumulation – weiterhin Anlass zur Sorge. Im Jahresverlauf untersuchte der IWF Politikmaßnahmen zum Umgang mit Kapitalströmen, die Frage, wie die Angemessenheit der von den Ländern gehaltenen internationalen Reserven zu bestimmen sei, und den potenziellen Beitrag, den die Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF zur Verbesserung der langfristigen Funktionstüchtigkeit des internationalen Währungssystems leisten könnten.

REFORM UND STÄRKUNG DES IWF FÜR EINE BESSERE UNTERSTÜTZUNG SEINER MITGLIEDSLÄNDER

Im Dezember 2010 wurde eine grundlegende Überarbeitung der Governance-Struktur des IWF vereinbart. Quotenreformen und Veränderungen in der Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums der Institution werden die Glaubwürdigkeit und Effektivität des IWF stärken, weil seine Governance-Strukturen dadurch besser der globalen Realität von heute entsprechen. Die Quotenreformen

bauen auf den 2008 initiierten Reformen auf und sehen eine Verdoppelung der Quoten auf rund 476,8 Mrd. SZR (rund 773 Mrd. US\$) vor sowie eine Verlagerung der Quotenanteile um mehr als 6 Prozentpunkte auf dynamische Schwellen- und Entwicklungsländer, und sie beschützen die Quotenanteile und Stimmrechte der ärmsten Mitglieder. Infolge dieser Verschiebung gehören Brasilien, die Russische Föderation, Indien und China (die sogenannten BRIC-Staaten) jetzt zu den 10 größten Anteilseignern des Währungsfonds. Reformvorschläge zur Änderung der Struktur und Zusammensetzung des IWF-Exekutivdirektoriums, dessen Stärke entscheidend für eine effektive Fondsarbeit ist, umfassen die Umstellung auf ein vollständig gewähltes Direktorium und den Abbau der kombinierten Direktoriumsvertretung fortgeschrittener europäischer Mitglieder um zwei Sitze. Die vorgeschlagenen Quotenerhöhungen und die Änderung des IWF-Übereinkommens, die zur Umsetzung der Reform des Exekutivdirektoriums notwendig ist, müssen jetzt von den Mitgliedern akzeptiert werden, was in vielen Fällen parlamentarischer Zustimmung bedarf. Die Mitglieder wurden beauftragt, die Ratifizierung bis zur Jahresversammlung 2012 zum Abschluss zu bringen.

Im März 2011 wählten Mitglieder des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (International Monetary and Financial Committee – IMFC) Tharman Shanmugaratnam, Finanz- und Stellvertretender Premierminister von Singapur, zum Vorsitzenden des Ausschusses; seine Amtszeit beträgt bis zu drei Jahren. Minister Tharman tritt damit die Nachfolge von Youssef Boutros-Ghali, dem ehemaligen Finanzminister Ägyptens, an, der im Monat zuvor seinen Rücktritt erklärt hatte.

Der IWF setzte die Reformarbeit an seinen Finanzierungsinstrumenten während des GJ 2011 fort. Die Flexible Kreditlinie, die im März 2009 eingeführt wurde, erfuhr eine feinere Abstimmung auf ihre Aufgabe zur Krisenprävention. Es wurde eine neue Vorsorgliche Kreditlinie gebildet und einer im Vergleich zur FCL größeren Gruppe von Ländern zur Verfügung gestellt; zudem wurde ein Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen (Post-Catastrophe Debt Relief – PCDR) ins Leben gerufen, damit der IWF zu internationalen Bemühungen um Schuldenerleichterung beitragen kann, wenn arme Länder Opfer ungewöhnlich schwerer Naturkatastrophen werden.

Die Bereitstellung technischer Hilfe blieb im GJ 2011 hoch und konzentrierte sich weiterhin darauf, Ländern in der Folge der globalen Finanzkrise zu helfen und politische Regelwerke zur Förderung nachhaltigen Wachstums zu stärken. Im Lauf des Jahres wurden neue Partnerschaften mit Gebern gebildet, um ausreichende Mittel zur Erfüllung des fortlaufend hohen Bedarfs an technischer Hilfe sicherzustellen. Die Ausbildungskurse des IWF wurden weiterhin geprüft und angepasst, um zu gewährleisten, dass sie den Prioritäten und Bedürfnissen der Mitgliedsländer entsprechen. Im GJ 2011 wurde zusätzlich Ausbildung zu makroökonomischer Diagnostik und Finanzsektorthemen angeboten.

FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Im GJ 2011 wurden entscheidende Schritte unternommen, um die dem IWF zur Verfügung stehenden Mittel zu stärken, so dass

der potenzielle Finanzierungsbedarf der Mitgliedsländer erfüllt werden kann. Neben der im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Quotenvereinbarung trat im März 2011 die Quotenreform von 2008 in Kraft, die Ad-hoc-Quotenerhöhungen für 54 Mitglieder in Höhe von insgesamt 20,8 Mrd. SZR mit sich bringt. Mit den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) (New Arrangements to Borrow), die im März 2011 in Kraft traten, verhandelte der IWF außerdem eine entscheidende Ausweitung seiner ständigen Vereinbarungen zur Kreditaufnahme von Mitgliedsländern. Diese Ausweitung wird zunächst die NKV um mehr als das Zehnfache auf 367,5 Mrd. SZR (rund 596 Mrd. US\$) erhöhen; im Gleichschritt mit der Verfügbarkeit neuer Quotenmittel werden diese NKV jedoch wieder abgebaut.

Das neue Einkommensmodell für den IWF, das 2008 verabschiedet wurde, sah unter anderem den Verkauf eines begrenzten Anteils der Goldbestände des IWF vor, mit dessen Hilfe eine Stiftung finanziert werden sollte, wobei das resultierende Einkommen in den laufenden Fondshaushalt einfließen würde. Im Juli 2009 beschloss das Exekutivdirektorium, dass ein Teil des Erlöses aus dem Goldverkauf neben der Finanzierung dieser Stiftung auch zur Erhöhung der für die konzessionäre Kreditvergabe zur Verfügung stehenden Mittel dienen solle. Die Goldverkäufe wurden in Transaktionen auf dem Markt wie auch marktextern durchgeführt und im Dezember 2010 abgeschlossen.

Im Lauf des Geschäftsjahres und zu Beginn des GJ 2012 erfuhr der IWF verschiedene entscheidende Veränderungen im Management. Im Mai 2011 erklärte Dominique Strauss-Kahn seinen Rücktritt als Geschäftsführender Direktor des Fonds, und das Exekutivdirektorium begann mit dem Auswahlverfahren für den nächsten Geschäftsführenden Direktor, das im Juni 2011 mit der Ernennung von Christine Lagarde als neuer Geschäftsführenden Direktorin des IWF abgeschlossen wurde. Der

Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Murilo Portugal verließ den Fonds im März 2011. Seine Nachfolge trat Nemat Shafik an.

Im Bereich der Personalverwaltung wurden im Lauf des Geschäftsjahres die Bemühungen fortgesetzt, die hochkarätigen und vielfältigen Mitarbeiter anzuwerben und zu binden, die für den Erfolg der Institution so wichtig sind. Eine starke Anwerbsstrategie und die Umsetzung einer Anzahl wichtiger Reformen in der Personalpolitik – so etwa die Einführung eines neuen Systems für Gehaltsanpassungen, Änderungen der Krankenversicherungsleistungen sowie ein neues Vergütungs- und Sozialleistungsprogramm für Mitarbeiter vor Ort in den Überseebüros – kamen diesen Zielen ein Stück näher.

Die Bemühungen des IWF, seine Arbeit einem externen Publikum näher zu bringen und die Einbindung seiner Mitglieder zu stärken, wurden im GJ 2011 ebenfalls intensiviert. Es fand eine wichtige Konferenz in Daejeon, Korea, statt, die die Rolle Asiens in der Weltwirtschaft („Asia 21: Leading the Way Forward“) zum Thema hatte, und mehr als 500 hochkarätige Teilnehmer zählte. Die Treffen mit den bestehenden Regionalen Beratungsgruppen für Asien und Pazifik, Europa, den Nahen Osten, Afrika südlich der Sahara und die Westliche Hemisphäre wurden fortgesetzt (im Lauf des Jahres wurde darüber hinaus eine neue Gruppe für den Kaukasus und Zentralasien gebildet), und während der Jahresversammlung im Oktober 2010 fand ein gemeinsames Treffen dieser Beratungsgruppen statt. Der IWF weitete zudem seine Beziehungen zu den Gewerkschaften aus, unter anderem im Rahmen einer Konferenz in Oslo mit dem Titel „The Challenges of Growth, Employment, and Social Cohesion“ (Die Herausforderungen von Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt), die gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation veranstaltet wurde.

2 ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN



2

ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN

Nachdem die Weltwirtschaft 2009 ihren ersten Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg erlitten hatte, erfuhr sie 2010 mit einem globalen BIP-Wachstum von 5 Prozent wieder eine starke Konjunkturerholung. Das Tempo der Wirtschaftstätigkeit gestaltete sich jedoch geografisch uneinheitlich, und bei den Beschäftigtenzahlen ist immer noch kein Aufschwung zu verzeichnen. In Bezug auf die Wirtschaftsleistung lässt sich das Jahr 2010 deutlich in zwei Hälften gliedern. In der ersten Jahreshälfte war für die Konjunkturerholung vor allem die Auffüllung leerer Bestände verantwortlich, die bei Industrieproduktion und Handel für einen starken Aufschwung sorgte. Unterstützende makroökonomische Politikmaßnahmen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. In der zweiten Jahreshälfte ließ der Lagerhaltungszyklus nach, und vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften stand die Konsolidierung ihrer Haushalte bevor, was zu verstärkten Befürchtungen über ein erneutes Abgleiten in die Rezession führte. Letzten Endes trieben verringerte Überschusskapazitäten, akkommodierende Politikmaßnahmen sowie stärkere Zuversicht und verbesserte Finanzbedingungen die private Nachfrage an und stellten damit die Erholung auf festere Beine. Investitionen lagen an der Spitze, aber auch der Konsum legte zu.



Links In einer Fabrik in Puebla, Mexiko, bauen Arbeiter ein Auto. **Rechts** Neue Bauvorhaben in der Innenstadt von Warschau; im Hintergrund der Kulturpalast aus der Zeit des Kommunismus.



EINE UNAUSGEWOGENE ERHOLUNG

Auch bei gestärktem globalem Wachstum blieb die globale Erholung unausgewogen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gestaltete sich das Wachstum 2010 mit durchschnittlich 3 Prozent bescheiden. Weil das Wachstum angesichts der Tiefe der Rezession langsam ausfiel, liegt die Produktionsrate immer noch weit unter ihrem Potenzial, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr hoch. Das geringe Wachstum in diesen Ländern ist sowohl auf die Exzesse im Vorfeld der Krise als auch auf die Folgen der Krise zurückzuführen. In vielen Ländern – vor allem in den USA – lastet der schwache Markt für Wohnimmobilien weiterhin schwer auf Investitionen. Die Krise selbst führte außerdem zu einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und schürt Bedenken in Bezug auf fiskalische Tragfähigkeit. In einigen der fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde nicht genug zur Stärkung der Kapitalpositionen der Banken und zum Abbau der Fremdfinanzierung getan, weshalb die Kredite nur schleppend zunehmen.

Die Probleme der Peripherieländer der Europäischen Union sind besonders akut. Diese Probleme stammen aus den Wechselwirkungen von niedrigem Wachstum, fiskalischen Schwierigkeiten und finanziellem Druck. Die Wiederherstellung der fiskalischen und finanziellen Nachhaltigkeit angesichts eines niedrigen oder negativen Wachstums und hoher Spreads bei Credit Default Swaps (CDS) für Staatsanleihen und Banken stellt eine gewaltige Aufgabe dar. Die Probleme der peripheren U-Länder verweisen auf ein allgemeineres Problem, dem sich viele fortgeschrittene Volkswirtschaften gegenübersehen: geringes

Wachstumspotenzial und ein starkes „Durchhängen“ der Wirtschaft. Damit wird die Herausforderung der Haushaltsanpassung nur umso größer.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer legten eine weitaus stärkere Wirtschaftsleistung vor. Insgesamt verzeichneten diese Volkswirtschaften 2010 ein durchschnittliches Wachstum von über 7¼ Prozent. Das Wachstum in Asien und Lateinamerika besaß viel Schwung, und die meisten Volkswirtschaften der Region arbeiteten mit voller Kapazitätsauslastung oder sogar darüber. Die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, vor allem in Afrika südlich der Sahara, kehrten ebenfalls zu raschem und nachhaltigem Wachstum zurück. Die aufstrebenden Volkswirtschaften Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die weitaus stärker von der Krise betroffen waren, können erst seit kurzem wieder Wachstum verzeichnen.

Dank einer stärkeren fiskalischen und finanziellen Ausgangsposition konnten sich die Volkswirtschaften vieler Schwellen- und Entwicklungsländer rascher von der Krise erholen. Diese Volkswirtschaften profitieren auch von einer gesunden Erholung ihrer Exporte und einer starken Binnennachfrage, die von einer akkommodierenden Geld- und Haushaltspolitik getragen wird. Kapitalabflüsse während der Krise sind in der Erholungsphase zu Kapitalzuflüssen geworden dank besserer Wachstumsaussichten und höherer Zinsen im Vergleich zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Gleichzeitig erleben allerdings eine Reihe von aufstrebenden Volkswirtschaften einen Anstieg des Inflationsdrucks, rasche Kreditexpansion und Anzeichen von Überhitzung.

Trotz der robusten globalen Konjunkturerholung ist das Wachstum nicht stark genug, um allgemein einen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosenquoten herbeizuführen. Mit Stand vom April 2011 waren nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation rund 205 Mio. Menschen weltweit auf Arbeitssuche – rund 30 Mio. mehr als 2007. Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften waren besonders stark vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern, vor allem im Nahen Osten und in Nordafrika, gibt die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen besonderen Anlass zur Sorge.

Was die Finanzlage angeht, so war 2010 ein Jahr der Verbesserungen – obwohl die Umstände immer noch ungewöhnlich fragil sind. Die globale Finanzstabilität wurde von einer Verbesserung im makroökonomischen Bereich und weiteren akkommodierenden makroökonomischen Politikmaßnahmen gestützt. Aber das Vertrauen in die Bankensysteme vieler fortgeschrittener Volkswirtschaften ist noch nicht wieder hergestellt – trotz der Risikoübertragung, während der Krise, vom privaten auf den öffentlichen Sektor. In einigen Ländern, vor allem im Euroraum, ergeben sich daraus negative Auswirkungen auf die Länderrisiken.

Im Hinblick auf die Zukunft wird erwartet, dass die globale Konjunkturerholung in gemäßigem Tempo fortschreitet. Im April 2011 prognostizierte der *World Economic Outlook* (WEO – Weltwirtschaftsausblick) für 2011 und 2012 ein globales Wachstum von rund 4½ Prozent, also etwas unter dem Wert von 2010. Das Tempo der Erholung wird voraussichtlich weiterhin unterschiedlich ausfallen, wobei in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit rund 2½ Prozent und in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit etwa 6½ Prozent gerechnet werden kann.

Es besteht jedoch weiterhin das Risiko, dass die tatsächlichen Werte unter der Prognose liegen. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften bereiten die schlechten Bilanzen der Staatshaushalte und Finanzsektoren sowie die nach wie vor kränkelnden Immobilienmärkte weiterhin Anlass zur Sorge. Auch hier besteht, vor allem in gewissen Volkswirtschaften des Euroraums, aufgrund der hohen Finanzierungserfordernisse der Banken und Staatshaushalte ein Abwärtsrisiko.

Zudem häufen sich erneut die Abwärtsrisiken. Dazu gehören die Preise für Rohstoffe – allen voran Erdöl – und damit einhergehend geopolitische Ungewissheit. Überhitzung und boomende Assetmärkte in aufstrebenden Volkswirtschaften sind eine weitere Quelle für Abwärtsrisiken. Aber auch positive Überraschungen in Bezug auf kurzfristiges Wachstum sind nicht auszuschließen dank starker Unternehmensbilanzen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einer schwungvollen Nachfrage in Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Eine Kombination aus starkem Nachfragezuwachs und Angebotsschocks trieb die Preise für Rohstoffe schneller als erwartet in die Höhe und sorgte damit auch für eine Vermehrung der Abwärtsrisiken in der Erholung. In den fortgeschrittenen

Volkswirtschaften legen jedoch der sinkende Erdölanteil am Energieverbrauch, der Wegfall der Lohnindexierung und die Verankerung der Inflationserwartungen nahe, dass die Auswirkungen auf Wachstum und Kerninflation gering ausfallen werden. In Schwellen- und Entwicklungsländern stellen die deutlich gestiegenen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise jedoch eine Bedrohung für arme Privathaushalte dar. Sie bedeuten auch ein größeres Inflationsrisiko, da die Ausgaben für Nahrungsmittel und Treibstoff in diesen Ländern einen weitaus größeren Anteil am Konsumkorb darstellen. Und weil die Glaubwürdigkeit ihrer Geldpolitik weniger fest verankert ist, wird es für diese Länder vermutlich schwieriger sein, Inflationserwartungen unter Kontrolle zu halten. Die Wachstumsaussichten sind jedoch trotz dieser Abwärtsrisiken in den meisten einkommensschwachen Ländern gut.

ALTE UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Im kommenden Jahr werden die Politiker immer noch mit krisenbedingten Herausforderungen zu kämpfen haben, während sich bereits neue Herausforderungen abzeichnen. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften besteht die Aufgabe darin, die Konjunkturerholung bestmöglich aufrechtzuerhalten und gleichzeitig entscheidende Haushaltsanpassungen sowie Reparaturen und Reformen des Finanzsektors energisch anzugehen. Die Geldpolitik sollte akkommodierend bleiben, solange der Output hinter dem Potenzial zurückbleibt und die Inflationserwartungen fest verankert sind. Die Länder sollten außerdem eine „intelligente“ oder wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung übernehmen: weder zu schnell, was das Wachstum stoppen könnte, noch zu langsam, was die Glaubwürdigkeit untergraben würde. Das Augenmerk sollte auf Reformen zur Wachstumsförderung gerichtet werden, die die Staatsverschuldung mittelfristig auf ein tragfähiges Niveau bringen. Im Bereich der Finanzen bleibt die Neugestaltung von Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte eine dringliche Aufgabe, ebenso wie mehr Klarheit über Risiken in den Bankbilanzen und im Bedarfsfall die Ausarbeitung von Rekapitalisierungsplänen gefordert ist. Schließlich ist in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem aber in Europa, eine stärkere Ausrichtung auf Reformen zur Förderung potenziellen Wachstums notwendig.

Ferner sind Maßnahmen zur Senkung der hohen Arbeitslosigkeit erforderlich, die Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt birgt. Eine schnellere Umschuldung und Rekapitalisierung der Banken, um wieder Kredite für kleine und mittelständische Betriebe – die für den Großteil der Beschäftigung verantwortlich sind – fließen zu lassen, wäre hier hilfreich. Vorübergehende Beschäftigungssubventionen für diese Betriebe wären für die Schaffung von Arbeitsplätzen ebenfalls nützlich. Wo die Arbeitslosigkeit strukturell gestiegen ist oder bereits vor der Krise hoch war, sind breiter angelegte Reformen auf dem Arbeits- und Produktmarkt entscheidend für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

Für die meisten aufstrebenden Volkswirtschaften besteht die Aufgabe in der Vermeidung von Überhitzung angesichts sich schließender Produktionslücken und höherer Kapitalströme. Makroökonomische Politik ist das geeignete Mittel zum Umgang mit ansteigenden Kapitalzuflüssen: d.h. eine Aufwertung der Währung zulassen, Anhäufung weiterer Reserven und Anpassung der Geld- und Haushaltspolitik, damit der Output weiterhin dem Potenzial entspricht. Maßnahmen zum Umgang mit Kapitalströmen – wozu eine Reihe von Steuerabgaben, gewisse prudentielle Maßnahmen und Kapitalkontrollen gehören – sind ebenfalls Teil dieses Instrumentariums. Aber diese Maßnahmen sollten kein Ersatz für eine notwendige Anpassung der makroökonomischen Politik sein. Länder sind oft versucht, sich der Währungsaufwertung zu widersetzen, die meist mit höheren Zinsen und höheren Kapitalzuflüssen einhergeht. Aber die Aufwertung hebt das Realeinkommen und ist Teil der gewünschten Anpassung in Ländern mit großen Leistungsbilanzüberschüssen und sollte deshalb akzeptiert werden.

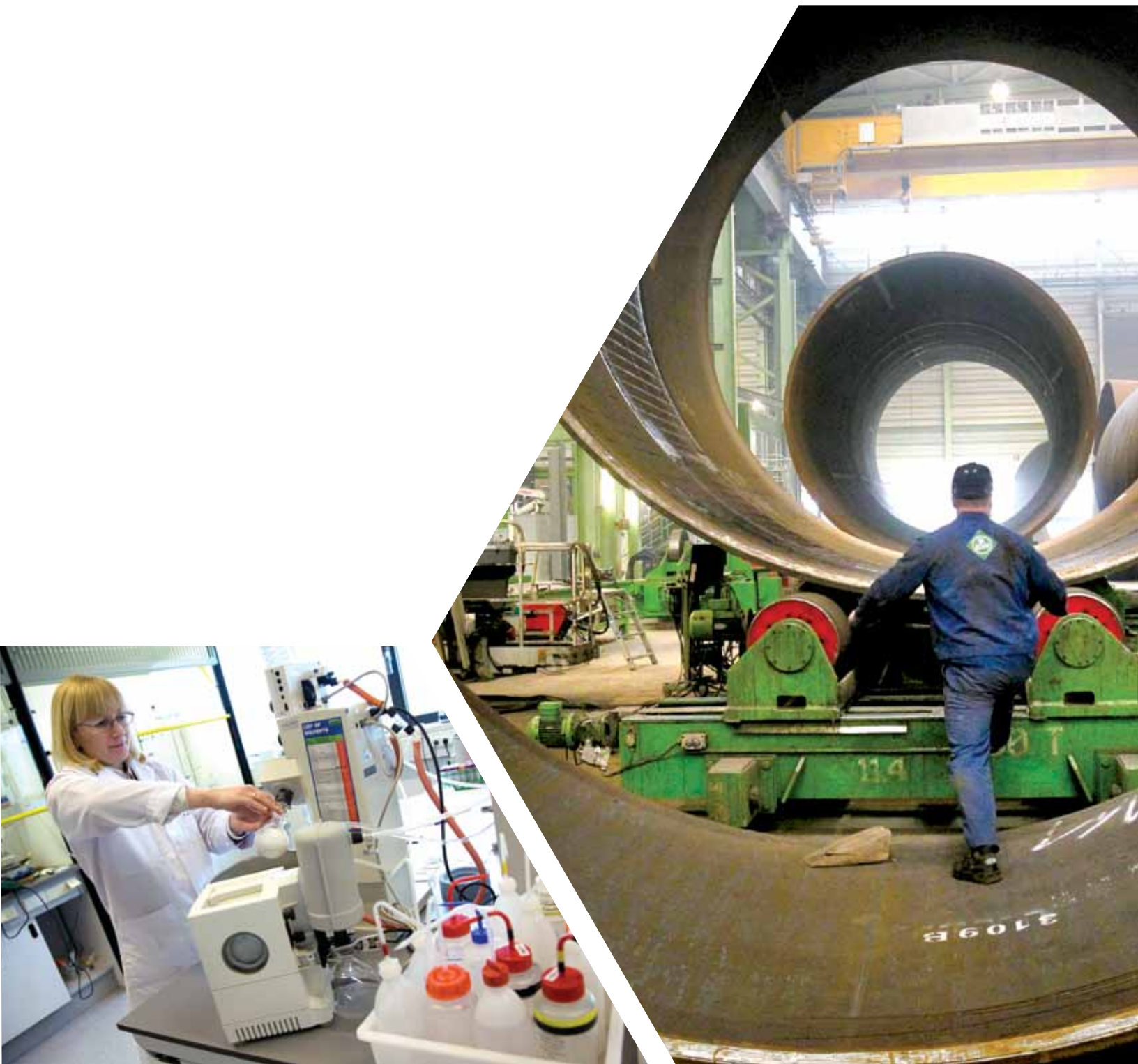
Die Sicherung eines robusten und nachhaltigen globalen Wachstums erfordert die fortgesetzte politische Zusammenarbeit in aller Welt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gilt es, die Konsolidierung der Staatshaushalte vorzunehmen. Damit dabei das Wachstum erhalten bleibt, müssen diese Länder verstärkt auf Nachfrage aus dem Ausland setzen. Dementsprechend sollten sich die aufstrebenden Volkswirtschaften weniger

auf die Nachfrage aus dem Ausland konzentrieren und stattdessen mehr auf die Binnennachfrage. Wichtige Schlüsselrollen für diese globale Anpassung spielen einmal die Aufwertung der Währungen aufstrebender im Vergleich zu fortgeschrittenen Volkswirtschaften und zum andern ein schnelleres Vorantreiben der Strukturreformen zur Stärkung von Konsum und Investitionen im Inland. Dabei ist die Notwendigkeit einer sorgfältigen Gestaltung auf nationaler Ebene und der Koordination auf globaler Ebene heute vermutlich genauso wichtig wie vor zwei Jahren, auf dem Höhepunkt der Krise.

Entscheidend für eine nachhaltige Erholung ist das Vorantreiben der Reformagenda auf dem Finanzsektor. Länder, in denen die Bankensysteme noch mit Schwierigkeiten behaftet sind, müssen die Transparenz erhöhen (so etwa durch deutlich konsequente, rigorose und realistische Stresstests) und schwache Institutionen mit frischem Kapital versorgen, umschulden oder (wo nötig) schließen. Die Risiken, die von systemisch bedeutenden Finanzinstitutionen ausgehen, geben nach wie vor Anlass zur Sorge. Und mit der Umstellung der Länder auf ein neues und anspruchsvolleres Regulierungssystem brauchen Banken größere Kapitalpuffer und stärkere Bilanzen. Ohne diese längerfristigen Finanzsektorreformen stellen Schwierigkeiten bei der kurzfristigen Mittelbereitstellung weiterhin ernste Risiken in Bezug auf ein erneutes systemrelevantes Liquiditätsereignis dar.

3

POLITIKEN ZUR SICHERUNG VON NACHHALTIGEM UND AUSGEWOGENEM GLOBALEM WACHSTUM



3

POLITIKEN ZUR SICHERUNG VON NACHHALTIGEM UND AUSGEWOGENEM GLOBALEM WACHSTUM

Vor dem Hintergrund einer Konjunkturerholung, die sich im GJ 2011 in verschiedenen Teilen der Welt in unterschiedlichen Graden und Arten weiterentwickelte, waren die Anstrengungen des IWF darauf ausgerichtet, Politikmaßnahmen für nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum der Weltwirtschaft zu identifizieren und zu empfehlen und den unter den Folgen der Krise leidenden Mitgliedern Unterstützung finanzieller und anderer Art zu geben.

Die Nachfrage nach Fondsmitteln blieb hoch. Im Lauf des Jahres wurden 30 Vereinbarungen (13 nicht konzessionär, 17 konzessionär) gebilligt. Von dem gesamten nichtkonzessionären Finanzierungsbetrag von 142,2 Mrd. SZR entfielen 82,5 Mrd. SZR auf FCLs für Kolumbien, Mexiko und Polen, und mit 45,9 Mrd. SZR wurden Griechenland und Irland unterstützt. Auch die Unterstützung für einkommensschwache Länder wurde in großer Höhe fortgesetzt mit einer Gesamtsumme an konzessionärer Finanzierung für das Jahr von 1,1 Mrd. SZR. Neben dem unmittelbaren Finanzierungsbedarf der Länder widmete sich der IWF auch Folgendem:

- Er rüstete sein Finanzierungsinstrumentarium weiter für die Zukunft aus, indem er die PCL schuf, die wie die erfolgreiche FCL auf Präqualifikation, aber darüber hinaus auch auf Ex-post-Konditionalität beruht und einer breiteren Ländergruppe Zugang gestattet, und indem er den Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung nach Katastrophen einrichtete als zusätzliche Unterstützung für Mitgliedsländer, die schwerste Naturkatastrophen erleiden.
- Er konzentrierte sich mit intensivierter Arbeit im Kernbereich der Überwachung auf eine Überprüfung des Überwachungsmandats der Institution sowie der Modalitäten, nach denen die Überwachung durchgeführt wird, und gab Funktionieren und Stabilität des internationalen Währungssystems Priorität mit Arbeiten von Exekutivdirektorium und Stab zu Kapitalströmen, Reserven und dem SZR in dessen Rolle für die internationale Währungsstabilität.
- Er untersuchte breit gestreute Fragen zur Stärkung der globalen Finanzarchitektur, die durch die Rolle des Finanzsektors in der jüngsten Krise in den Vordergrund gerückt waren.
- Er konzentrierte sich auf Probleme einkommensschwacher Mitgliedsländer des Fonds. Das Direktorium erörterte dazu makroökonomische Herausforderungen und die Steigerung des Inlandseinkommens zusammen mit der Einführung des analytischen Regelwerks für eine Anfälligkeitsübung, mit der die für diese Länder durch Veränderungen in der Weltwirtschaft entstehenden Risiken bewertet werden können.

SICHERUNG EINES AUSGEWOGENEN WACHSTUMS UND EINER STÄRKEREN, TRAGFÄHIGEREN WELTWIRTSCHAFT

Die unterschiedlich rasche Erholung von der weltweiten Krise sowie verbleibende Probleme in einer Reihe von Ländern (langsamer Beschäftigungszuwachs, hohe Verschuldung, Finanzsektorschwächen) stellten die Weltwirtschaft im GJ 2011 vor hartnäckige Probleme. Im Laufe des Jahres unterstützte der IWF Bestrebungen zum Aufbau einer starken und nachhaltigen Konjunkturerholung, die sich auf eine ausgewogenere Konzeption globalen Wachstums stützt, setzte seine Finanzhilfe für Mitgliedsländer fort und erweiterte sein Instrumentarium zur Bereitstellung dieser Hilfe.

Modernisierung der Fondsüberwachung

Laut dem IWF-Übereinkommen (Articles of Agreement [Charter der Institution]) ist der IWF für die Aufsicht über das internationale Währungssystem und die Beobachtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 187 Mitgliedsländer verantwortlich, eine Tätigkeit, die Überwachung genannt wird. Im Rahmen dieses Prozesses, der auf globaler, regionaler und Länderebene stattfindet, stellt der IWF mögliche Risiken für die binnen- und außenwirtschaftliche Stabilität heraus und berät zu den notwendigen politischen Anpassungen.² Damit unterstützt er das internationale Währungssystem bei der Erfüllung seines Hauptzwecks, d.h. die Erleichterung des Austauschs von Waren, Dienstleistungen und Kapital unter den Ländern, und trägt zur Aufrechterhaltung eines soliden Wirtschaftswachstums bei.

Im September 2010 erörterte das Exekutivdirektorium nach mehreren vorangegangenen Gesprächen die bestmögliche Modernisierung von Mandat und Modalitäten zur Wirtschaftsüberwachung durch den IWF in der Folge der globalen Krise.³ Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die multilaterale Überwachung des Fonds durch mehr Synergien unter den einzelnen Produkten gestärkt werden könne.

Die meisten Exekutivdirektoren befürworteten Vorschläge des Mitarbeiterstabs zur stärkeren Integration der multilateralen Makrofinanzanalyse des Fonds im *World Economic Outlook* (WEO) und im *Global Financial Stability Report* (GFSR) und zur Ausarbeitung eines kurzen, eigenständigen Dokuments, das die Hauptaussagen zu Politiken dieser und ähnlicher Überwachungsprodukte, einschließlich des *Fiscal Monitor* (FM), wiedergibt. Die Exekutivdirektoren merkten an, dass Überprüfungen der Überwachung in der Vergangenheit eine stärkere Berücksichtigung von Spillovers nach außen gefordert hatten, und kamen deshalb überein, dass der Fonds seine Analyse von Spillovers intensivieren solle. Viele von ihnen unterstützten die vorgeschlagenen Versuche mit „Spillover-Berichten“ für systemrelevante Volkswirtschaften;⁴ in diesem Zusammenhang wurden die Stabsmitarbeiter um weitere Klärung zu Erwartungen, Verfahrensweise und Logistik für derartige Berichte gebeten.

Die Exekutivdirektoren betonten, wie wichtig es sei die Wirksamkeit der IWF-Überwachung zu verbessern, sie räumten aber auch

ein, dass Wirksamkeit nicht leicht zu definieren und zu messen ist. Sie drängten auf Fortsetzung der Bestrebungen zur Verbesserung der Wirksamkeit sowohl bei Politikmaßnahmen als auch in der politischen Debatte. Die meisten Exekutivdirektoren unterstützten Vorschläge des Stabs zur Vereinfachung und Verbesserung der Flexibilität der Regeln, die sich auf die Zyklen der Artikel-IV-Konsultationen beziehen.

Kurz- und mittelfristig wurden drei Prioritäten für die IWF-Überwachung herausgestellt: (1) Verfolgung von Wachstum im Einklang mit makrofinanzieller Stabilität und Schaffung von Arbeitsplätzen, (2) Reform des internationalen Währungssystems und Ausgleich der Auslandsnachfrage sowie (3) weitere Anpassung der IWF-Hilfe an einkommensschwache Mitglieder. Diese Prioritäten reflektieren denn auch allgemeiner das Bewusstsein, dass die Überwachung der Weltwirtschaft intensiviert – oder gar verändert – werden muss, um dazu beizutragen, dass die politischen Entscheidungsträger für künftige Ereignisse gewappnet sind.

Bilaterale Überwachung

Das Kernstück der bilateralen Überwachung (oder individuellen Länderüberwachung) durch den IWF ist die Artikel-IV-Konsultation (siehe Webkasten 3.1), die für jedes Fondsmitglied laut Artikel IV des IWF-Übereinkommens in der Regel jährlich durchgeführt wird. Der IWF nimmt eine gründliche Bewertung maßgeblicher Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, Aussichten und Politiken für jedes seiner Mitgliedsländer vor und stellt aufgrund seiner Analyse eine offene Politikberatung bereit. Im Lauf des GJ 2011 wurden insgesamt 127 Artikel-IV-Konsultationen durchgeführt (siehe Webtabelle 3.1). In der überwiegenden Mehrheit dieser Fälle sind der Stabsbericht sowie weitere Analysen im Zusammenhang mit der Konsultation auch auf der Website des IWF veröffentlicht.

Das Exekutivdirektorium des IWF überprüft die Umsetzung der bilateralen Überwachung durch den Fonds alle drei Jahre. Seit der letzten Dreijahresprüfung der Überwachung 2008 unterstützte der Fonds seine Mitglieder im Umgang mit den Folgen der weltweiten Finanzkrise und bearbeitete gleichzeitig Lücken in seinem Überwachungsrahmen, die durch die Krise zutage traten. Im März 2011 kam das Exekutivdirektorium zu einem informellen Gespräch in Vorbereitung auf die nächste Dreijahresprüfung der Überwachung zusammen, die voraussichtlich im September 2011 abgeschlossen sein wird.

Multilaterale Überwachung

Laut IWF-Übereinkommen hat der Fonds die Aufgabe, „das internationale Währungssystem zu überwachen, um sein wirksames Funktionieren sicherzustellen“. Zur Ausübung dieser Funktion, die als „multilaterale Überwachung“ bezeichnet wird, prüft der IWF fortlaufend die Trends der Weltwirtschaft. Seine Schlüsselinstrumente für die multilaterale Überwachung sind die drei halbjährlich erscheinenden Publikationen WEO, GFSR, und FM. Diese Publikationen sowie die fünf Berichte des *Regional Economic Outlook* (siehe dazu „Einbeziehung externer Stakeholder“

in Kapitel 5) konstituieren die IWF-Reihe „World Economic and Financial Surveys“; sie helfen dem Fonds bei seiner Untersuchung der Wirtschafts- und Finanzentwicklungen in den Mitgliedsländern. Aktualisierungen für WEO, GFSR und FM werden zweimal jährlich veröffentlicht.

Der WEO stellt ausführliche Analysen zum Zustand der Weltwirtschaft bereit und evaluiert Wirtschaftsaussichten und Politikherausforderungen auf globaler und regionaler Ebene; er bietet auch tiefgreifende Analysen aktueller Problemstellungen. Der WEO vom Oktober 2010 konzentrierte sich auf Erholung, Risiko und Wiederherstellung des Gleichgewichts, während die Ausgabe vom April 2011 die Spannungen untersuchte – vor allem im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Rohstoffpreise und Kapitalströme –, die aus der mit zwei Geschwindigkeiten unterschiedlich raschen Konjunkturerholung resultierten. Der GFSR stellt eine aktuelle Beurteilung der globalen Finanzmärkte und Finanzaussichten bereit und behandelt Finanzierungsfragen der Schwellenmärkte in einem globalen Zusammenhang. Der Bericht soll Ungleichgewichte und Anfälligkeiten herausstellen, die Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte bergen könnten. Im GJ 2011 wurden die Themen Staatsverschuldung und Legacy-Probleme bei Banken behandelt und ferner systemische Liquidität (Oktober 2010) und hohe Schuldenlasten und der Weg zu dauerhafter Finanzstabilität (April 2011). Der FM beobachtet und analysiert die neuesten Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Finanzen, aktualisiert Berichte zu den fiskalischen Auswirkungen der Weltwirtschaftssituation und mittelfristige Prognosen und bewertet Politiken, die die Tragfähigkeit der Staatshaushalte fördern sollen. Die Ausgabe vom November 2010 betrachtete den fiskalischen Ausstieg von der Strategie bis zur Umsetzung, und die April-Ausgabe 2011 untersuchte Möglichkeiten, wie die Herausforderungen auf dem Weg zur Haushaltsanpassung angegangen werden können.

Ein Überblick über die in WEO, GFSR und FM behandelten Themen während des GJ 2011 findet sich in Kapitel 2.

Überwachung des Finanzsektors

Die globale Finanzkrise stellte die Notwendigkeit einer tiefergreifenden Analyse der Verknüpfungen zwischen Realwirtschaft und Finanzsektor deutlich heraus; dies führte dazu, dass Belange des Finanzsektors nun stärker in die Überwachungstätigkeit des IWF integriert werden. Problemstellungen auf dem Finanzsektor werden, aufbauend auf dem Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program – FSAP)⁵, stärker in der bilateralen Überwachung durch den Fonds berücksichtigt. Zudem werden derzeit Analyseinstrumente zur Integration der Analyse von Finanzsektor und Kapitalmärkten in die makroökonomischen Beurteilungen entwickelt. Der IWF-Stab versucht bei seiner individuellen Länderberatung länderübergreifende Erfahrungen und politische Lektionen einfließen zu lassen, da er dabei von der einzigartigen Erfahrung des IWF als globale Finanzinstitution profitieren kann. Die Arbeit des IWF im Bereich der Finanzsektorüberwachung wird im Abschnitt

„Bau eines robusteren globalen Finanzsystems“ im weiteren Verlauf des Kapitels herausgestellt.

Spillover-Berichte

Wie bereits angesprochen, beschloss das Exekutivdirektorium in seinem Folgegespräch über die Modernisierung von Mandat und Modalitäten der Überwachung durch den IWF im September 2010, dass der Fonds seine Analyse von Spillover-Effekten vertiefen solle; den Anfang dazu werden „Spillover-Berichte“ für wichtige systemrelevante Volkswirtschaften machen. Die Arbeit an diesen Berichten wurde im GJ 2011 für fünf Volkswirtschaften/Regionen aufgenommen (China, der Euroraum, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten).

Frühwarnübung

Im Rahmen seiner Bestrebungen zur Stärkung der Überwachung, insbesondere der Analyse von wirtschaftlichen, finanziellen und fiskalischen Risiken sowie sektor- und grenzüberschreitenden Spillover-Effekten, führt der IWF in Zusammenarbeit mit dem Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) halbjährliche Frühwarnübungen durch. Diese Übungen untersuchen Risiken von geringer Wahrscheinlichkeit, aber potenziell starken Auswirkungen, die zu Politikempfehlungen führen würden, die sich möglicherweise unterscheiden könnten von dem Basisszenario der Darstellungen in WEO, GFSR und FM. Frühwarnübungen versuchen sich nicht in der Vorhersage von Krisen, sondern zielen auf die Erkennung von Anfälligkeiten und Auslösern ab, die systemische Krisen auslösen könnten, zusammen mit risikomindernden Politikmaßnahmen, einschließlich solcher, die internationale Zusammenarbeit erfordern würden. Die Mitglieder des Exekutivdirektoriums wurden im Rahmen eines informellen Seminars Ende September über die Ergebnisse der Herbstübung 2010 informiert; die Ergebnisse der Frühjahrsübung 2011 wurden bei einer informellen Direktoriumssitzung Anfang April erörtert.

Schwellenmärkte während der globalen Krise

Nach einer ersten Evaluierung der Mittelvergabe des IWF an Schwellenmärkte in Reaktion auf die Krise, bei der das Direktorium eine breiter gefasste Beurteilung der Situation dieser Länder während der Krise beantragte, griff das Direktorium das Thema im Juni 2010 in einem Seminar auf und zog erste Schlüsse aus den Erfahrungen der Schwellenmärkte.⁶ Die Exekutivdirektoren betonten, dass sowohl für die fortgeschrittenen als auch die aufstrebenden Volkswirtschaften solide politische Regelwerke und fortgesetzte Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Eckdaten die beste Verteidigung gegen künftige Schocks darstellen. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, Anfälligkeitsanalysen und allgemein die Bedeutung der Überwachung und politischen Beratung durch den IWF stärken. Die Exekutivdirektoren erkannten an, dass die Konjunkturerholung in den Schwellenländern vom Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihrer Handelspartner profitiert und ihrerseits auch zur dortigen Erholung beigetragen hat. Sie sahen das Risiko, dass eine schnelle Konjunkturerholung zu wachsenden Kapital-



Links Eine Arbeiterin in Danli, Honduras, sortiert Tabakblätter, die zu Zigarren gerollt werden. **Rechts** Ein Mann in Iza, Ukraine, kocht in einem Kessel Weidenruten vor der weiteren Verarbeitung.



zufließen, zur Schließung von Produktionslücken und steigender Inflation führen könnte. Die Erhöhung der Zinssätze zu einer Zeit, da die Leitzinsen in den wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften nahe ihrem historischen Tiefpunkt verweilen, könnte übermäßige Kapitalzuflüsse auslösen, die dann wiederum Preisblasen für Vermögenswerte anheizen könnten. Dadurch könnten den geldpolitischen Entscheidungen in einigen Schwellenländern Grenzen gesetzt sein.

Einkommens- und Ausgabenpolitik zur Haushaltskonsolidierung

Im Februar 2010 stellte das Exekutivdirektorium in einem Gespräch fest, dass die allgemeine Staatsverschuldung im Ansteigen begriffen sei in fortgeschrittenen Ländern – zusammen mit altersbedingten Ausgaben wie Kranken- und Rentenversicherung – wie auch in aufstrebenden Volkswirtschaften. Im darauf folgenden Mai griff das Direktorium das Thema erneut auf und erörterte Einkommens- und Ausgabenpolitik zur Haushaltskonsolidierung in diesen Volkswirtschaften.⁷ Die meisten Exekutivdirektoren kamen überein, dass die Konsolidierungsstrategie vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf die Stabilisierung altersbedingter Ausgaben im Verhältnis zum BIP, auf eine Senkung der nicht altersbedingten Ausgabenquoten sowie auf eine effiziente Steigerung der Einnahmen abzielen sollte. Die Exekutivdirektoren unterstrichen, dass für jedes Land unterschiedliche Maßnahmen angebracht seien, dass aber Ausgabenkürzungen wahrscheinlich den Löwenanteil einnehmen müssten. Sie äußerten Bedenken bezüglich der Compliance-Lücken in den Steuersystemen vieler Länder, ebenso zum weit verbreiteten Steuermisbrauch aufgrund von Informalität, aggressiver Steuerplanung, Offshore-Steuermisbrauch, Betrug sowie zunehmender Steuerschulden infolge der Krise und Rezession. Sie wiesen darauf hin, dass jüngste Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit beim Austausch von Steuerinformationen und bei Transparenz einen wichtigen Schritt nach vorn darstellen.

Finanzielle Unterstützung für die Mitgliedsländer des IWF

Mittelvergabe des IWF im GJ 2011

Nichtkonzessionäre Mittelvergabe

Die Nachfrage nach den Mitteln des Fonds blieb im GJ 2011 hoch, und die Zusagen nahmen in raschem Tempo zu. Das Exekutivdirektorium billigte im Jahresverlauf 13 nichtkonzessionäre Vereinbarungen über insgesamt 142,2 Mrd. SZR brutto.⁸ Die beiden größten nichtvorsorglichen Vereinbarungen im GJ 2011 gingen an zwei Euro-Staaten: Griechenland und Irland.

Im Mai 2010 genehmigte das Exekutivdirektorium eine dreijährige Bereitschaftskredit-Vereinbarung für Griechenland in Höhe von 26,4 Mrd. SZR (rund 30 Mrd. €) zur Unterstützung des wirtschaftlichen Anpassungs- und Reformprogramms der Regierung, das folgende Kernziele hat: die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, die Stärkung der Finanzsektorstabilität sowie die Sicherung tragfähiger öffentlicher Finanzen, damit im Lauf der Zeit wieder Wachstum und Arbeitsplätze entstehen können. Das Programmkonzept sieht vor, dass die Last auf alle Schichten der Gesellschaft verteilt wird und der Schutz der anfälligsten Gruppen gewährleistet ist. Die Vereinbarung war Teil eines gemeinsam mit Mitgliedsstaaten des Euro-Raums geschaffenen Finanzierungspakets in Höhe von 110 Mrd. €. Das Programm stellte der griechischen Regierung unmittelbar 4,8 Mrd. SZR (etwa 5,5 Mrd. €) zur Verfügung, und nach der dritten Prüfung der Wirtschaftsleistung Griechenlands im März 2011 summierten sich die Auszahlungen des IWF unter der Vereinbarung auf 12,7 Mrd. SZR (rund 14,6 Mrd. €).

2010 geriet Irland unter gewaltigen Wirtschafts- und Finanzdruck aufgrund der sich verschlechternden öffentlichen Defizite und



Links In einem Krankenhaus in Lomé, Togo, werden Prothesen hergestellt. **Rechts** Arbeiter bauen eine Notunterkunft für die Opfer der Überschwemmung in einem Dorf in Charsadda, Pakistan.

Schulden im Nachgang zur außergewöhnlichen Unterstützung, die dem Bankensektor des Landes von offizieller Seite gewährt worden war. Im Dezember 2010 billigte das Direktorium eine Erweiterte Fondsfazilität in Höhe von 19,5 Mrd. SZR (rund 22,5 Mrd. €) mit außergewöhnlichem Zugang und einer Laufzeit von drei Jahren. Wie im Falle Griechenlands war die Vereinbarung Teil eines größeren Finanzierungspakets in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, das sich, einschließlich des Beitrags von Irland selbst, auf insgesamt 85 Mrd. € belief. Das Kernziel des behördlichen Wirtschafts- und Finanzprogramms, das auf jüngsten Anstrengungen im Land aufbaut, ist die Wiederherstellung von Zuversicht und Finanzstabilität durch die Neugestaltung und Rekapitalisierung des Bankensektors, der kleiner und widerstandsfähiger werden soll, und die Umsetzung von Haushaltskonsolidierung und Reformen zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Das Programm beschleunigt und erweitert die Maßnahmen zu Finanz- und Haushaltsstabilität und enthält eine Strategie für das Finanzsystem, die auf zwei Säulen ruht: einmal Deleveraging und Reorganisation und zum andern reichliche Ausstattung mit neuem Kapital. Ein beträchtlicher Anteil des Gesamtfinanzierungspakets, d.h. 5,0 Mrd. SZR (rund 5,8 Mrd. €), wurde unmittelbar nach Inkrafttreten der Vereinbarung bereitgestellt. Nach Abschluss der kombinierten ersten und zweiten Prüfung im Rahmen des Programms im Mai 2011 wurden der Regierung weitere 1,4 Mrd. SZR (1,6 Mrd. €) an Fondsmitteln zur Verfügung gestellt.

Mehr als die Hälfte der nichtkonzessionären Brutto-Finanzierungszusagen des IWF im GJ 2011 (82,5 Mrd. SZR) wurden im Rahmen von Vereinbarungen unter der FCL für Kolumbien, Mexiko und Polen vergeben. Polen erhielt während des Zeitraums die Zusage für zwei FCL-Vereinbarungen. Die erste trat im Juli 2010 mit einer Laufzeit von einem Jahr in Kraft und wurde auf Antrag der Regierung und mit Genehmigung des Direktoriums

im Januar 2011 durch eine neue zweijährige FCL-Vereinbarung mit höherem Zugang ersetzt. Die FCL-Vereinbarungen für Kolumbien und Mexiko stellten Folgevereinbarungen dar, die im Mai 2010 und Januar 2011 für ein bzw. zwei Jahre in Kraft traten.

Von den im GJ 2011 genehmigten nichtkonzessionären Vereinbarungen entfielen zwei auf die Erweiterte Fondsfazilität (für Armenien und Irland),⁹ sechs waren Bereitschaftskredit-Vereinbarungen, drei enthielten außergewöhnliche Zugangsberechtigung (für Griechenland, Irland und die Ukraine) und zwei waren Vorsorgliche Kreditlinien (für Honduras und Rumänien).¹⁰ Im Januar 2011 billigte das Exekutivdirektorium eine PCL-Vereinbarung für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – die erste derartige Vereinbarung, seit die PCL zum IWF-Instrumentarium zur Krisenprävention gehört. Im GJ 2011 wurden keine Aufstockungen bereits genehmigter nichtkonzessionärer Vereinbarungen vorgenommen. Insgesamt beliefen sich die Käufe¹¹ aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account – GRA) bis Ende April 2011 auf 26,6 Mrd. SZR, wobei die Käufe vonseiten Griechenlands und Irlands ungefähr zwei Drittel ausmachten. Rückkäufe für den Zeitraum lagen bei 2,1 Mrd. SZR.

Tabelle 3.1 liefert allgemeine Informationen über die Finanzierungsfazilitäten des IWF, und Tabelle 3.2 sowie Schaubild 3.1 stellen die nichtkonzessionären Vereinbarungen, die im Lauf des Geschäftsjahres gebilligt wurden, detailliert dar; Schaubild 3.2 gibt Auskunft zu den ausstehenden nichtkonzessionären Mitteln der letzten 10 Jahre.

Nothilfe. Die Nothilfe bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance – ENDA) wird bereitgestellt, damit die Mitglieder einen unmittelbaren Zahlungsbilanzbedarf aufgrund von Naturkatastrophen ohne ernsten Schwund ihrer

Auslandsreserven erfüllen können, etwa infolge von Verdienstaussfällen bei Exporten und/oder Anstieg der Importe. Die Finanzierung der Nothilfe (siehe Webtabellen 3.2 und 3.3) wird in Form direkter Käufe ausbezahlt und ist nicht an spezielle wirtschaftliche Leistungsziele gekoppelt. (Zur Unterstützung der ärmsten Mitglieder, die Opfer besonders schwerer Naturkatastrophen wurden, gewährt der Fonds außerdem Schuldenerleichterung durch den Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen; siehe Kasten 3.1).

Im September 2010 billigte das Exekutivdirektorium eine Auszahlung von 296,98 Mio. SZR (rund 451 Mio. US\$) an Pakistan unter der ENDA, um Unterstützung unmittelbar nach den massiven und verheerenden Überschwemmungen zu gewähren, die das Land im Juli 2010 verwüsteten. Im Januar 2011 gewährte das Exekutivdirektorium kombinierte 5,36 Mio. SZR (rund 8,19 Mio. US\$) an Nothilfe für St. Lucia, um dem Land bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Folgen von Hurrikan Tomas zu helfen, der die Karibikinsel Ende Oktober 2010 traf und Todesfälle und schwere Schäden im Straßennetz, in der Wasserversorgung und im Landwirtschaftssektor verursachte. Die Finanzhilfe setzt sich aus einer Auszahlung unter der Schnelldiskontofazilität (Rapid Credit Facility – RCF) in Höhe von 3,83 Mio. SZR (rund 5,85 Mio. US\$) und 1,53 Mio. SZR (etwa 2,34 Mio. US\$) unter der ENDA zusammen. Einen Monat später billigte das Exekutivdirektorium eine Auszahlung in Höhe von umgerechnet 2,075 Mio. SZR (etwa 3,26 Mio. US\$) unter der RCF für St. Vincent und die Grenadinen, um dem Land bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen von Hurrikan Tomas zu helfen; der Orkan verursachte auch hier beträchtliche Schäden an Landwirtschaft, Wohnungsbau und Infrastruktur.

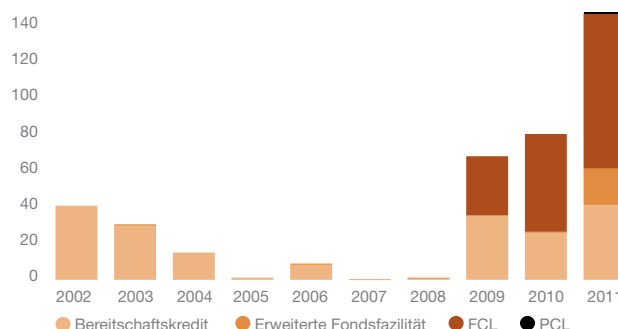
Unterstützung für einkommensschwache Länder

Konzessionäre Mittelvergabe. Im GJ 2011 sagte der Fonds im Rahmen seines Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust – PRGT) Darlehen für seine einkommensschwachen Länder in Höhe von insgesamt 1,1 Mrd. SZR zu. Die Gesamtsumme der ausstehenden konzessionären Kredite für 64 einkommensschwache Länder belief sich per 30. April 2011 auf 4,9 Mrd. SZR. Ausführliche Informationen zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Finanzierungsfazilitäten des Fonds finden sich in Tabelle 3.3. Schaubild 3.3 zeigt die ausstehenden konzessionären Kredite des letzten Jahrzehnts.

Schuldenerleichterung. Der Fonds stellt den Ländern Schuldenerleichterung bereit, die sich im Rahmen der Initiative für Hochverschuldete Arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI) dafür qualifizieren. Im GJ 2011 erreichten die Komoren den Entscheidungszeitpunkt¹² unter der HIPC-Initiative und vier Mitglieder (die Demokratische Republik Kongo, Guinea-Bissau, Liberia und Togo) gelangten an ihren Abschlusszeitpunkt.¹³ Mit Stand vom 30. April 2011 hatten 36 Länder ihren Entscheidungszeitpunkt unter der HIPC-

Schaubild 3.1

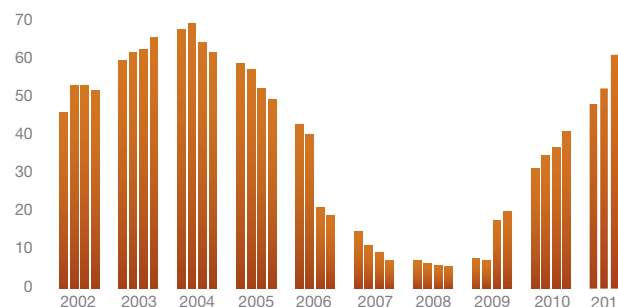
In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2002 – 2011 gebilligte Vereinbarungen (Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 3.2

Ausstehende reguläre Kredite, GJ 2002 – GJ 2011 (Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Initiative, und 32 davon ihren Abschlusszeitpunkt erreicht. Insgesamt hat der IWF Schuldenerleichterung in Höhe von 2,5 Mrd. SZR unter der HIPC-Initiative und 2,3 Mrd. SZR unter der MDRI geboten (siehe Webtabellen 3.4 und 3.5).¹⁴ Da die überwiegende Mehrheit der berechtigten Länder ihren Abschlusszeitpunkt erreicht und ihre Schuldenerleichterung bekommen haben, kam das Exekutivdirektorium im Februar 2011 zu einem informellen Gespräch über die Zukunft der HIPC-Initiative zusammen; es wird im GJ 2012 weiter über dieses Thema beratschlagen.

Im Juli 2010 wurde Haiti das erste Empfängerland von Schuldenerleichterung im Rahmen des neuen PCDR-Treuhandfonds (siehe Kasten 3.1); das Exekutivdirektorium beschloss damals, dem Land Schuldenerleichterung in Form eines Zuschusses von 178 Mio. SZR (rund 268 Mio. US\$) zur Tilgung der gesamten gegenüber dem IWF ausstehenden Schulden zu gewähren.¹⁵

„Policy Support Instrument“. Das Policy Support Instrument (PSI), das im Oktober 2005 eingeführt wurde, ermöglicht dem IWF die Unterstützung einkommensschwacher Länder, die große Fortschritte in Richtung Wirtschaftsstabilität gemacht haben und keine weitere Finanzhilfe des Fonds benötigen, aber weiterhin die Beratung durch den IWF, genauere Überwachung und

Tabelle 3.1**Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF**

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung)	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung ¹
KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT ³			
Breitschaftskredit-Vereinbarungen (1952)	Mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen.	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können.	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen.
Flexible Kreditlinie (2009)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen, das den gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarf aufgreift.	Ex ante sehr stark in Bezug auf makro-ökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischen Leistungsnachweis.	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbzeitüberprüfung nach einem Jahr.
Erweiterte Fondsfazilität (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, die langfristige Zahlungsbilanzprobleme aufgreifen.	Verabschiedung eines Dreijahresprogramms mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate.	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
Vorsorgliche Kreditlinie (2010)	Instrument für Länder mit soliden wirtschaftlichen Eckdaten und soliden Politiken.	Stark in Bezug auf politische Regelwerke, Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors.	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen.
SONDERFAZILITÄTEN			
Nothilfe	Unterstützung bei Zahlungsbilanzproblemen in Bezug auf:		Keine. Die Hilfe in der Konfliktfolgezeit kann jedoch in zwei oder mehr Käufe aufgeteilt werden.
(1) Naturkatastrophen (1962)	Naturkatastrophen.	Angemessene Anstrengungen zur Überwindung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten.	
(2) Konfliktfolgezeit (1995)	Die Zeit nach inneren Unruhen, politischen Umwälzungen oder internationalen bewaffneten Konflikten.	Ausrichtung auf Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten in Vorbereitung auf eine Vereinbarung in der oberen Kredittranche oder im Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum.	
FAZILITÄTEN FÜR EINKOMMENSSCHWACHE MITGLIEDER IM RAHMEN DES TREUHANDFONDS FÜR ARMUTSBEKÄMPFUNG UND WACHSTUM (PRGT)			
Fazilität für erweiterten Kredit (ECF) (2010) ⁵	Längerfristige Unterstützung für tief liegende Zahlungsbilanzschwierigkeiten struktureller Art; zielt auf nachhaltiges Wachstum zur Armutsbekämpfung ab.	Annahme von 3-jährigen ECF-Vereinbarungen. ECF-gestützte Programme basieren auf einem Strategiedokument zur Armutsbekämpfung, das vom Land in einem partizipatorischen Prozess erarbeitet wird und makroökonomische, strukturelle und armutsbekämpfende Maßnahmen erfasst.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen.
Bereitschaftskreditfazilität (SCF) (2010)	Ähnelt der Bereitschaftskreditvereinbarung; für kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarf und vorbeugende Maßnahmen.	Verabschiedung 12-24-monatiger SCF-Vereinbarungen. Ersetzt eine Komponente für hohen Zugang der Fazilität für Exogene Schocks (ESF) und bietet Unterstützung unter vielerlei Umständen.	Halbjährliche (gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen, abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen (bei Ziehung).
Schnellkreditfazilität (RCF) (2010)	Schnelle Unterstützung für dringenden Zahlungsbilanzbedarf, der auf einen exogenen Schock oder eine Naturkatastrophe zurückzuführen ist; für die Fälle, in denen ein Programm der oberen Kredittranche nicht notwendig oder nicht durchführbar ist.	Kein auf Überprüfungen beruhendes Programm notwendig; keine Expost Konditionalität. Ersetzt die Komponente des schnellen Zugangs der ESF und eine subventionierte Komponente der Nothilfe bei Naturkatastrophen und der Nothilfe in der Konfliktfolgezeit.	In der Regel eine einzige Auszahlung.

¹ Mit Ausnahme des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum wird die Kreditvergabe des IWF über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in SZR – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung zurückkauft. Die konzessionäre Kreditvergabe unter den Fazilitäten ECF, RCF und SCF wird über den separaten Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum finanziert.

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account – GRA) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den Tagessaldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge zwischen 200 und 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge von über 1.000 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angerechnet, der in jeder (jährlichen) Periode unter einer Bereitschaftskreditvereinbarung, Flexiblen Kreditlinie, Vorsorglichen Kreditlinie oder Erweiterten Vereinbarung gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 200 % der Quote; kumulativ: 600 % der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; 100 weitere Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre bei über 300 % der Quote liegt). ⁴	3¼ - 5	Vierteljährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; 100 weitere Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre bei über 300 % der Quote liegt). ⁴	3¼ - 5	Vierteljährlich
Jährlich: 200% der Quote; kumulativ: 600 % der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; 100 weitere Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre bei über 300 % der Quote liegt). ⁴	4½ - 10	Halbjährlich
500% der Quote verfügbar bei Billigung der Vereinbarung; insgesamt 1000 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts.	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; 100 weitere Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre bei über 300 % der Quote liegt). ⁴	3¼ - 5	Vierteljährlich
Normalerweise auf 25 % der Quote beschränkt. In Ausnahmefällen können jedoch größere Beträge bis zu 50 % bereitgestellt werden.	Gebührensatz; der Gebührensatz kann jedoch auf 0,25 % pro Jahr subventioniert werden, wenn die Mittel dafür vorhanden sind.	3¼ - 5	Vierteljährlich
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote.	0 % (7.1.2010 bis Ende 2011)	5½ - 10	Halbjährlich
Jährlich: 100 % der Quote; kumulativ: 300 % der Quote.	0 % (7.1.2010 bis Ende 2011)	4 - 8	Halbjährlich
Jährlich: 25 % (bis zu 50 % der Quote); kumulativ: 75 % (bis zu 100 % der Quote).	0 % (7.1.2010 bis Ende 2011)	5½ - 10	Halbjährlich

Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen. Eine vorsorgliche Vereinbarung unter der SCF wird mit einer Bereitstellungsgebühr von 15 Basispunkten pro Jahr auf den nicht in Anspruch genommenen Anteil der Beträge belegt, die während eines jeden Sechsmonatszeitraums gezogen werden können.

³ Der Ausdruck *Kredittranchen* bezieht sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der *ersten* Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen von über 25 Prozent werden als Ziehungen in den *oberen* Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

⁴ Ein Aufschlag, der im November 2000 eingeführt wurde. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, das den vorangegangenen Plan ersetzte, der folgendermaßen strukturiert war: 100 Basispunkte über den Gebührensatz hinaus bei einem Volumen von über 200 Prozent der Quote und 200 Basispunkte Aufschlag bei einem Volumen von über 300 Prozent Quote. Ein Mitglied, das am 1. August 2009 ausstehende Kredite in den Kredittranchen oder unter der Erweiterten Fondsfazilität hatte oder das vor diesem Datum eine gebilligte effektive Vereinbarung hatte, konnte sich wahlweise für das neue oder das alte Aufschlagsystem entscheiden.

⁵ Die ECF war früher bekannt unter dem Namen Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility).

Tabelle 3.2**Im GJ 2011 gebilligte Vereinbarungen unter den Hauptfazilitäten (Millionen SZR)**

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
Neue Vereinbarungen			
Antigua und Barbuda	36-monatiger Bereitschaftskredit	7. Juni 2010	81,0
Armenien	36-monatige Erweiterte Fondsfazilität	28. Juni 2010	133,4
Griechenland	36-monatiger Bereitschaftskredit	9. Mai 2010	26.432,9
Honduras	18-monatiger Bereitschaftskredit	1. Oktober 2010	64,8
Irland	36-monatiger Erweiterte Fondsfazilität	16. Dezember 2010	19.465,8
Kolumbien	12-monatige Flexible Kreditlinie	7. Mai 2010	2.322,0
Kosovo	18-monatiger Bereitschaftskredit	21. Juli 2010	92,7
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	24-monatige Vorsorgliche Kreditlinie	19. Januar 2011	413,4
Mexiko	24-monatige Flexible Kreditlinie	10. Januar 2011	47.292,0
Polen	12-monatige Flexible Kreditlinie	2. Juli 2010	13.690,0
Polen	24-monatige Flexible Kreditlinie	21. Januar 2011	19.166,0
Rumänien	24-monatiger Bereitschaftskredit	31. März 2011	3.090,6
Ukraine	29-monatiger Bereitschaftskredit	28. Juli 2010	10.000,0
Insgesamt			142.244,5

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Bestätigung ihrer Wirtschaftspolitik wünschen – was als Unterstützung der Wirtschaftspolitik und Signalwirkung bezeichnet wird. PSIs stehen allen Ländern zur Verfügung, die Anrecht auf PRGT-Hilfe haben und die eine Strategie zur Armutsbekämpfung ausgearbeitet haben. Das Exekutivdirektorium genehmigte im GJ 2011 PSIs für sechs Länder: Kap Verde, Mosambik, Ruanda, Senegal, Tansania und Uganda.

Änderungen am Regelwerk zur Mittelvergabe**Stärkung des Instrumentariums zur Krisenprävention**

Im August 2010 beschloss das Exekutivdirektorium die Erhöhung von Dauer und Mitteln, die unter der Flexiblen Kreditlinie zur Verfügung stehen, sowie die Einführung einer neuen Vorsorglichen Kreditlinie für Mitglieder, die zwar über eine solide Politikgrundlage verfügen, aber die hohen Qualifizierungskriterien der FCL nicht erfüllen.¹⁶ Mit der Stärkung dieser versicherungsartigen Instrumente will der IWF seine Mitglieder ermutigen, sich rechtzeitig an den Fonds zu wenden, um einer Krise vorzubeugen und sie während einer systemischen Krise zu schützen.

Die FCL wurde im März 2009 im Rahmen einer umfassenden Neugestaltung des IWF-Regelwerks zur Mittelvergabe geschaffen; sie ermöglicht Mitgliedern mit starken wirtschaftlichen Eckdaten, Politikmaßnahmen und erwiesener Politikumsetzung bei Genehmigung die Inanspruchnahme der Linie oder die Behandlung dieser Linie als vorbeugendes Instrument; an die FCL sind keine politischen Bedingungen ex post geknüpft, bei Zweijahresvereinbarungen wird jedoch eine jährliche Prüfung der Qualifikation

verlangt. Die vom Direktorium gebilligten Erweiterungen sind unter anderem:

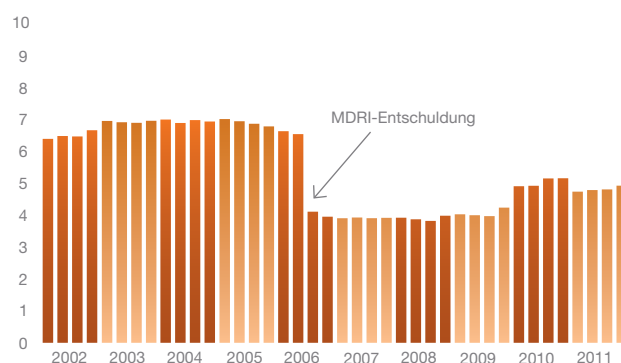
- Verdoppelung der Laufzeit von Kreditlinienvereinbarungen auf ein Jahr (bisher sechs Monate) oder zwei Jahre mit einer Zwischenprüfung der Qualifikation nach einem Jahr (bisher ein Jahr mit einer Prüfung nach sechs Monaten).
- Abschaffung der stillschweigenden Zugangsgrenze von 1.000 Prozent der IWF-Quote eines Mitglieds;¹⁷ die Zugangsentscheidungen werden jetzt auf der Grundlage des Finanzierungsbedarfs des jeweiligen Landes getroffen; sowie
- Stärkung der Verfahrensweisen durch frühe Einbindung des Direktoriums, das die erwogene Zugangshöhe und die Auswirkungen dieses Zugangs auf die Liquiditätsposition des IWF bewerten soll.

Die Qualifikation für die PCL, die einer breiteren Gruppe von Mitgliedern als die FCL zur Verfügung steht, wird in fünf weit gefassten Bereichen bewertet: (1) Außenwirtschaftsposition und Marktzugang, (2) Haushaltspolitik, (3) Geldpolitik, (4) Solidität und Aufsicht des Finanzsektors sowie (5) Angemessenheit der Daten. Obwohl in den meisten dieser Bereiche starke Leistungen erforderlich sind, gewährt die PCL auch solchen Mitgliedern Zugang zu vorsorglichen Mitteln, die in einem oder zwei Bereichen noch moderate Anfälligkeiten aufweisen. Die Hauptmerkmale der PCL:

- Ex-post-Konditionalität, die sich auf den Abbau wirtschaftlicher Anfälligkeiten konzentriert, die im Qualifizierungs-

Schaubild 3.3

Ausstehende konzessionäre Kredite,
GJ 2002 – GJ 2011 (Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

prozess identifiziert worden sind, und die Überwachung des Fortschritts durch halbjährliche Programmprüfungen.

- Zugang zu bis zu 500 Prozent der Quote sofort bei Genehmigung der Vereinbarung und bis zu insgesamt 1.000 Prozent der Quote nach 12 Monaten.

Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen

Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti im Januar 2010 untersuchte der IWF Möglichkeiten, um sich an den internationalen Maßnahmen zur außerordentlichen Schuldenerleichterung für das Land zu beteiligen. Im Juni 2010 billigte das Direktorium die Schaffung eines Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen (siehe Kasten 3.1), um sehr armen berechtigten einkommensschwachen Ländern Schuldenerleichterung zu gewähren und ihre Mittel freizusetzen, damit sie ihren außergewöhnlichen, katastrophenbedingten Zahlungsbilanzbedarf decken können.¹⁸

Bei ihrer Beratschlagung über die Einrichtung dieses Treuhandfonds unterstrichen die Exekutivdirektoren die Rolle des IWF als Ergänzung und nicht als Ersatz für andere bilaterale und multilaterale Initiativen. Sie kamen weitgehend überein, dass die PCDR-Hilfe auf die ärmsten und anfälligsten jener Länder beschränkt bleiben soll, die unter dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum Anspruch auf Unterstützung haben. Sie erzielten auch Einvernehmen darüber, dass eine Schuldenerleichterung nur nach besonders verheerenden Naturkatastrophen gewährt werden solle, solchen die eine außergewöhnlich starke Auswirkung auf die Wirtschaft und die Bevölkerung des betroffenen Landes haben.

Die meisten Exekutivdirektoren unterstützten den Vorschlag des Stabs, dass Länder, die die Qualifikationskriterien erfüllen, automatisch für zwei Jahre nach Eintritt der Katastrophe Schul-

Tabelle 3.3

Im Rahmen des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen des GJ 2011 (Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Beitrag
----------	--------------------------	---------------------

Neue dreijährige Vereinbarungen unter der Fazilität für Erweiterten Kredit¹

Armenien	28. Juni 2010	133,4
Benin	14. Juni 2010	74,3
Burkina Faso	14. Juni 2010	46,2
Guinea-Bissau	7. Mai 2010	22,4
Haiti	21. Juli 2010	41,0
Jemen	30. Juli 2010	243,5
Kenia	31. Jan. 2011	325,7
Lesotho	2. Juni 2010	41,9
Sierra Leone	1. Juli 2010	31,1
Zwischensumme		959,3

Aufstockungen der Vereinbarungen unter der Fazilität für Erweiterten Kredit²

Tadschikistan	7. Juni 2010	26,1
Togo	25. Juni 2010	11,0
Zwischensumme		37,1

Neue Bereitschaftskredit-Vereinbarungen

Honduras	1. Okt. 2010	64,8
Salomonen	2. Juni 2010	12,5
Zwischensumme		77,2

Auszahlungen unter der Schnellkreditfazilität

Kirgisische Republik	15. Sep. 2010	22,2
Nepal	28. Mai 2010	28,5
St. Lucia	12. Jan. 2011	3,8
St. Vincent und die Grenadinen	28. Feb. 2011	2,1
Zwischensumme		56,6

Insgesamt	1.130,3
------------------	----------------

¹ Vormalis Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität.

² Bei Aufstockungen ist nur der Zusatzbetrag angegeben.

denerleichterung erhalten sollten; die meisten Direktoren stimmten auch überein, dass das Direktorium dem Land Anrecht auf vollständige Entschuldung gewähren könnte, sobald mehr Daten über maßgebliche Faktoren zur Verfügung stehen; dies könnte auch Liquiditätshilfe unmittelbar nach der Katastrophe mit einschließen. Die Exekutivdirektoren betonten, dass eine Entschuldung abhängig sein würde von konzertierten Maßnahmen anderer offizieller Gläubiger zur Schuldenerleichterung, wie auch von einer Beurteilung der Umsetzung makroökonomischer Politiken, die das Mitglied im Vorfeld der Entscheidung darüber, ob die Schuldenerleichterung ausgezahlt werden kann, durchgeführt hat.

Im Hinblick auf die Finanzierung unterstützten die meisten Exekutivdirektoren den Vorschlag, den Überschussaldo des Treuhandfonds der Multilateralen Entschuldungsinitiative I (MDRI-I) in den PCDR-Treuhandfonds zu überweisen, oder erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden.¹⁹ Es ist zu erwarten, dass die Mitglieder im Lauf der Zeit bedarfsgerecht bilaterale Mittel einzahlen, um den PCDR-Treuhandfonds für künftige Eventualfälle adäquat auszustatten.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Verfahren der gegenseitigen Bewertung der Gruppe der Zwanzig

Die Führer der Gruppe der Zwanzig industrialisierten und aufstrebenden Volkswirtschaften sagten bei ihrem Gipfeltreffen 2009 in Pittsburgh die Zusammenarbeit zur Sicherung einer dauerhaften Konjunkturholung und eines mittelfristig starken und nachhaltigen Wachstums zu und riefen deshalb das „Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ ins Leben. Das Rückgrat dieses Rahmenwerks ist ein multilaterales Verfahren, das Verfahren der gegenseitigen Bewertung (Mutual Assessment Process – MAP). Auf Antrag der G20 besorgt der IWF die technische Analyse, die im MAP benützt wird, um zu bewerten, wie die politischen Rahmenwerke auf nationaler und regionaler Ebene jeweils zueinander passen und ob die von den einzelnen G20-Ländern verfolgten Politiken insgesamt den Wachstumszielen der G20 entsprechen. Im Oktober 2010 erhielt das Exekutivdirektorium ein informelles Briefing zur überarbeiteten Stabsbeurteilung der G20-Politiken im Zusammenhang mit dem MAP.

Beim Gipfel in Seoul im November 2010 machte die G20 zwei Kernzusagen in Bezug auf den Umgang mit Ungleichgewichten,

die ihre Wachstumsziele gefährden könnten: (1) einen verstärkten MAP mit indikativen Richtlinien für wesentliche Ungleichgewichte und (2) Zusagen eines jeden G20-Mitglieds zu Politiken, die zur Verwirklichung der von den Führern identifizierten Wachstumsziele beitragen helfen. Bei ihrem Treffen in Paris im Februar 2011 erzielten die Regierungen der G20 Einvernehmen über die Schlüsselindikatoren, die die Basis für die Bewertung dieser Ungleichgewichte bilden sollen – Staatsverschuldung, Haushaltsdefizite, private Sparquote, private Verschuldung und die Außenwirtschaftsbilanz bestehend aus Handelsbilanz und dem Nettowert von Investitionseinkommensströmen und Transfers. Beim Ministertreffen der G20 im April 2011 in Washington wurde Einvernehmen über die indikativen Richtlinien (d.h. qualitative oder quantitative Richtwerte) erzielt, gegenüber denen diese Indikatoren bewertet werden. Damit wurde eine konkrete Grundlage geschaffen, auf der die G20-Länder ihre jeweilige Wirtschaftspolitik bewerten und politische Korrekturmaßnahmen zur Behebung potenziell destabilisierender Ungleichgewichte vorschlagen können. Damit ist die Bühne für den nächsten G20-Gipfel im November 2011 in Cannes bereit, bei dem die Führer der G20 voraussichtlich Einvernehmen zu den Maßnahmen erzielen werden, die zur Verwirklichung der gemeinsamen Wachstumsziele notwendig sind.

Rat für Finanzstabilität

Mit dem Einverständnis des Exekutivdirektoriums wurde der IWF im September 2010 Mitglied im Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB). Im FSB sind Regierungsbeamte vertreten, die für die Finanzstabilität in den wichtigsten internationalen Finanzzentren, internationalen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, Fachausschüssen der Zentralbanken und internationalen Finanzinstitutionen verantwortlich sind. Der Fonds und der FSB

Kasten 3.1

Treuhandfonds für Schuldenerleichterung nach Katastrophen

Unterstützung durch den PCDR-Treuhandfonds steht einkommensschwachen Ländern zur Verfügung, die Anrecht auf Darlehen durch den PRGT haben und deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen unter dem gültigen Grenzwert für den Zugang zu den konzessionärsten Darlehen der Internationalen Entwicklungsorganisation (International Development Association – IDA) der Weltbank liegt. (Für Länder mit weniger als einer Million Einwohner muss das jährliche Pro-Kopf-Einkommen unter dem zweifachen Grenzwert der IDA liegen.) PCDR-Hilfe ist auf die verheerendsten Naturkatastrophen beschränkt, insbesondere Katastrophen, die mindestens ein Drittel der Landesbevölkerung betreffen und die mindestens ein Viertel der Produktionskapazität zerstört oder geschätzte Schäden von mehr als 100 Prozent des BIP verursacht haben.

Unter der Beihilfe des PCDR-Treuhandfonds erhalten berechnete einkommensschwache Länder Schuldenerleichterung zur Deckung aller fälligen Zahlungen für berechnete

Schulden gegenüber dem Fonds ab dem Datum, an dem die Entscheidung zur Schuldenerleichterung getroffen wurde, bis zum zweiten Jahrestag der Katastrophe. Frühzeitige Rückzahlung der gesamten berechtigten Schulden an den IWF durch den Treuhandfonds ist auch möglich, und zwar in Fällen, in denen die Katastrophe und die wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeiten erheblichen und langfristigen Zahlungsbilanzbedarf entstehen ließen und in denen die durch die Entschuldung freigesetzten Mittel entscheidend für die Erfüllung dieses Bedarfs sind. Schuldenerlass ist an konzertierte Entschuldungsmaßnahmen vonseiten der offiziellen Gläubiger des Landes, Verfügbarkeit von Treuhandfondsmitteln und gewisse Leistungsnachweise und Kooperationsvorgaben gebunden.

Der Treuhandfonds wurde anfänglich mit 280 Mio. SZR (rund 422 Mio. US\$) aus den eigenen Mitteln des IWF ausgestattet, und es besteht die Erwartung, dass er gegebenenfalls durch weitere Geberbeiträge aufgestockt wird.

führen zweimal jährlich gemeinsam die Frühwarnungsübung durch, die im Rahmen der Bestrebungen des IWF zur Stärkung der Überwachung ins Leben gerufen wurde. Im März 2011 organisierten IWF und FSB in Washington, D.C., eine Konferenz über die G-20 Data Gaps Initiative.

Als die Exekutivdirektoren die Mitgliedschaft des IWF im FSB genehmigten,²⁰ merkten sie an, dass der Mitarbeiterstab des Fonds bei einer Vielzahl an Finanzsektorfragen bereits informell, aber eng mit dem Vorgänger des FSB, dem Forum für Finanzstabilität zusammengearbeitet hatte. Sie bemerkten zudem, dass die Aufgabenstellungen von IWF und FSB sich zwar unterscheiden, aber doch auch eng zusammenhängen und sich ergänzen. Sie betonten, dass der Fonds bei der Überwachung des internationalen Währungssystems und der Analyse makrofinanzieller Stabilitätsfragen in seinen Mitgliedsländern weiterhin eine Führungsrolle übernehmen sollte. Gleichzeitig sollte der IWF mit dem FSB zusammenarbeiten, um Anfälligkeiten auf dem Finanzsektor anzugehen und starke Regulierungs-, Aufsichts- und sonstige Politikmaßnahmen zur Unterstützung der Finanzstabilität zu entwickeln und umzusetzen.

Weitere Zusammenarbeit

Der IWF arbeitet bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit einer Anzahl weiterer Organisationen zusammen, darunter die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, Behörden der Vereinten Nationen sowie andere internationale Einrichtungen. Der IWF arbeitet auch mit standardsetzenden Organisationen wie dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und der Internationalen Vereinigung von Versicherungsaufsichtern zusammen. Er entsendet einen Sondervertreter zu den Vereinten Nationen an deren Hauptsitz in New York, der als Kontakt zwischen IWF und dem VN-System auf Gebieten von gemeinsamem Interesse dient, wie etwa die Zusammenarbeit zwischen den statistischen Diensten der beiden Organisationen oder in neuen Bereichen wie Sozialschutz und Arbeitsmarktpolitik, und ermöglicht den Besuch und die Teilnahme an Veranstaltungen der jeweiligen Organisationen.

FÖRDERUNG VON FUNKTIONSFÄHIGKEIT UND STABILITÄT DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSSYSTEMS

Obwohl das internationale Währungssystem sich als widerstandsfähig gegenüber der Krise erwiesen hat, bleiben Spannungen im System bestehen angesichts einer Ausweitung der globalen Ungleichgewichte, volatiler Kapitalströme und Wechselkursbewegungen sowie massiver Reservenakkumulation. Die Verwirklichung eines funktionsfähigeren internationalen Währungssystems erfordert eine Kombination von Analysen – zum besseren Verständnis der beteiligten Faktoren – sowie starke multilaterale Politikinstrumente. Die Direktoriumsarbeit im Lauf des Jahres zu den Themen Kapitalströme (einschließlich der Rolle des IWF in dieser Hinsicht) und Akkumulation und Angemessenheit der Reserven griff die Schlüsselbereiche für die wirksame Funktionsweise des interna-

tionalen Währungssystems auf; darüber hinaus überlegte das Direktorium auch, ob der SZR eine Rolle bei der Stärkung der internationalen Währungsstabilität spielen könnte. Aufgrund der Breite und Komplexität dieser Agenda bewertete eine Bestandsaufnahme des Direktoriums zur Stärkung des internationalen Währungssystems im April 2011 die bisherigen Fortschritte in den verschiedenen Arbeitsbereichen und stellte Bereiche für weitere Arbeit heraus.

Kapitalströme

Die Rolle des IWF bei grenzüberschreitenden Kapitalströmen

Im Dezember 2010 erörterte das Exekutivdirektorium die Rolle des IWF bei grenzüberschreitenden Kapitalströmen.²¹ Nach Ansicht der Exekutivdirektoren spielten volatile Kapitalströme eine Schlüsselrolle in der jüngsten Krise, weil sie Anfälligkeiten erhöhen und Schocks über Landesgrenzen hinweg übertragen; allerdings hätten Kapitalströme auch große Vorteile gebracht, indem sie eine effiziente länderübergreifende Verteilung der Ressourcen ermöglicht hätten.

In Anbetracht des IWF-Mandats zur Überwachung der internationalen Finanzstabilität kamen die Exekutivdirektoren überein, dass die Rolle des Fonds im Zusammenhang mit internationalen Kapitalströmen gestärkt werden solle. Sie befürworteten die Entwicklung einer einheitlichen Sicht von Kapitalströmen und den sie beeinflussenden Politiken; damit könnten Richtlinien für die IWF-Überwachung der Politiken zum Kapitalkonto und möglicherweise anderer Maßnahmen, die Einfluss auf Kapitalströme haben, geschaffen werden. Diese Richtlinien, so wurde angemerkt, sollten bei ihrer Ausgestaltung genügend Raum für länderspezifische Umstände berücksichtigen und insbesondere den Unterschied zwischen Ländern mit offener Kapitalverkehrsbilanz und noch nicht liberalisierten Ländern berücksichtigen.

Die Exekutivdirektoren verwiesen darauf, dass makroökonomische, finanzielle und das Kapitalkonto betreffende Politiken, die auf interne Probleme ausgerichtet sind, beträchtliche Auswirkungen auf andere Länder haben können, wenn sie Kapitalströme erzeugen oder einschränken oder Maßnahmen treffen, um sie in Drittländer umzuleiten. Sie verwiesen auch auf die Bandbreite der Ansätze, die die Mitglieder für den Umgang mit entstandenen Spannungen wählen können, und dass diese wiederum Auswirkungen auf andere zeitigen könnten. Die Exekutivdirektoren betonten, dass der Fonds eine wichtige Rolle dabei spielt, die Aufmerksamkeit auf diese potenziellen Spillover-Effekte und die möglichen Auswirkungen auf das internationale Währungssystem als Ganzes zu lenken. Sie unterstützten die Bestrebungen des Fonds, die Lehren aus länderübergreifenden Erfahrungen im Umgang mit Kapitalströmen zu analysieren und zu publizieren und den Dialog mit den Ursprungs- und Empfängerländern dieser grenzüberschreitenden Kapitalströme zu fördern.

Die Exekutivdirektoren vertraten viele unterschiedliche Meinungen zu einer möglichen Änderung des IWF-Übereinkommens, um ein umfassenderes und einheitlicheres rechtliches Rahmenwerk



Links Ein Mann bei der Traubenlese in der Nähe von Rahovec, Kosovo. **Rechts** Arbeiter bereiten die Löschung eines Containerschiffs im Hafen von Aden, Republik Jemen, vor.

für Problemstellungen im Zusammenhang mit Kapitalströmen aufzustellen. Während eine Anzahl von Exekutivdirektoren einer künftigen Änderung des IWF-Übereinkommens offen gegenüberstand, sahen die meisten von ihnen eine Diskussion zu diesem Schritt ohne weitere Analyse und praktische Erfahrung als verfrüht.

Jüngste Erfahrungen im Umgang mit Kapitalzuflüssen

Im Nachgang zur Erörterung der grenzüberschreitenden Kapitalströme, die im Dezember 2010 stattfand (siehe den vorangegangenen Abschnitt), besprach das Exekutivdirektorium im März 2011 die Arbeit des IWF zu den jüngsten Erfahrungen mit länderübergreifenden Kapitalströmen und zur Entwicklung eines politischen Rahmenwerks für den Umgang mit Kapitalzuflüssen.²² Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass der jüngste Anstieg an Kapitalzuflüssen u.a. auf einer Kombination aus verbesserten wirtschaftlichen Eckdaten und Wachstumsaussichten in Kapitalempfängerländern und anpassender Geldpolitik in Kapitalursprungsländern beruhte. Sie betonten, dass Kapitalzuflüsse sich in der Regel positiv auf die Empfängerländer auswirken, indem sie Investitionen und Wachstum fördern. Gleichzeitig räumten sie ein, dass ein plötzlicher Anstieg an Kapitalzuflüssen Probleme aufwerfen kann, so etwa Druck durch die Aufwertung der Landeswährung, Überhitzung, das Entstehen finanzieller Schwachstellen und das Risiko einer plötzlichen Umkehr der Kapitalzuflüsse. Sie merkten an, dass Politiken in Reaktion auf den Anstieg in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgefallen seien und die Länder im Allgemeinen ihre makroökonomische Politik durch andere Maßnahmen zum Umgang mit den Kapitalzuflüssen ergänzt hätten; allerdings habe es große Unterschiede in Art, Umfang und Wirksamkeit dieser Maßnahmen gegeben.

Die meisten Exekutivdirektoren zeigten breite Unterstützung für das vorgeschlagene politische Rahmenwerk zum Umgang mit Kapitalzuflüssen; sie stimmten darin überein, dass es für alle Länder mit offenen oder teilweise liberalisierten Kapitalkonten gelten solle. Die Exekutivdirektoren betonten, dass Politikberatung zum Umgang mit Kapitalzuflüssen gleichmäßig und unter

Berücksichtigung der spezifischen Umstände und der Außenwirtschaftsposition des jeweiligen Landes ausfallen müssen. Sie empfahlen eine Betonung der strukturellen Maßnahmen, um die Kapazität einer Volkswirtschaft zur Aufnahme von Kapitalzuflüssen zu steigern und die Widerstandsfähigkeit des internen Finanzsystems im Umgang damit zu stärken.

Wenn ein Land mit rasch ansteigenden Kapitalzuflüssen konfrontiert ist, sind makroökonomische Politikmaßnahmen nach Ansicht der Exekutivdirektoren geeignete Werkzeuge – indem sie nämlich die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen auf eine Weise, die mit Inflationszielen vereinbar ist, ins Gleichgewicht bringen, so dass eine unterbewertete Währung im Wert steigen kann, und indem sie zum Aufbau von Devisenreserven führen, damit diese aus vorsorglicher Perspektive gut ausreichend sind. Sie stimmten dahingehend überein, dass Maßnahmen zum Kapitalflussmanagement für den Umgang mit makroökonomischen und finanziellen Risiken im Zusammenhang mit Zuflüssen verwendet werden könnten, betonten aber, dass sie kein Ersatz für eine notwendige Anpassung der makroökonomischen Politiken seien.

Internationale Reserven

Reservenakkumulation und internationale Währungsstabilität

Die Reservenakkumulation hat sich im letzten Jahrzehnt beschleunigt, und die internationalen Reserven haben insgesamt ein Niveau erreicht, das weit über den traditionellen Richtwerten liegt, vor allem in den Schwellenmärkten. Im Mai 2010 prüfte das Direktorium Verknüpfungen zwischen offizieller Aufstockung von Reserven und internationaler Währungsstabilität und untersuchte Möglichkeiten zur Kräftigung des internationalen Währungssystems bei wiederholt auftretenden Krisen.²³

Nach Feststellung der Exekutivdirektoren ist die Stabilität des internationalen Währungssystems zwar eine langfristige Aufgabe, doch muss ihr im Zusammenhang mit der laufenden Überprüfung des IWF-Mandats Beachtung geschenkt werden. Die meisten

merkten an, dass das gegenwärtige System seine Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt habe, dass jedoch eine Zunahme des Drucks offensichtlich sei.

Der beispiellose Aufbau internationaler Reserven in den letzten Jahren mit seiner Konzentration auf einige wenige Währungen – zum Teil auf politischen Entscheidungen basierend – deute, so wurde bemerkt, auf systemische Probleme, so etwa das Fehlen einer automatischen Anpassung an Ungleichgewichte, asymmetrische Anpassung an Schocks und ungleichmäßige Verfügbarkeit der internationalen Liquidität. In erster Linie, war die Ansicht, sollten solide makroökonomische und Finanzpolitiken, insbesondere aufseiten der Reservenemittenten und anderer systemrelevanter Länder, im Mittelpunkt stehen für die langfristige Stabilität des Systems. Eine stärkere Fonds-Überwachung der Politiken der Länder wurde demnach als entscheidend für die Stabilität des internationalen Währungssystems erachtet.

Die Exekutivdirektoren erwogen eine Anzahl von Möglichkeiten, um den Anstieg in der Nachfrage nach Reserven abzumildern. Viele von ihnen befürworteten weitere Analysen, die eine Leitlinie für das geeignete Niveau an vorsorglichen Reserven vorgeben könnten, das auf die Umstände des jeweiligen Landes zugeschnitten ist. Verbesserte Analysen volatiler Kapitalströme seien gefordert, da diese Ströme als Hauptmotivation für Selbstversicherung gesehen wurden. Die Exekutivdirektoren sprachen sich für weitere Arbeit an der möglichen Rolle des Fonds aus, seinen Mitgliedern bei der Ausschöpfung der Vorteile aus Kapitalströmen zu helfen und gleichzeitig interne wie globale Stabilität zu bewahren.

Bewertung der Angemessenheit von Reserven

Im März 2011, als viele Länder versuchten, außenwirtschaftliche Anfälligkeiten zu reduzieren, und die globale Reservenakkumulation wieder das Vorkrisentempo erreicht hatte, erörterte das Exekutivdirektorium Ansätze zur Bewertung der Angemessenheit von Reserven.²⁴ Mit der Bemerkung, dass keine Übereinstimmung darüber besteht, was ein angemessenes Maß an Reserven darstellt, begrüßten die Exekutivdirektoren allgemein die neuen Metriken für aufstrebende und einkommensschwache Länder, die vom Stab als nützliche Ausgangspunkte für die Analyse der Angemessenheit vorsorglicher Reserven vorgeschlagen wurden. Sie betonten, dass diese Bewertungen nicht über einen Kamm geschert werden dürften, und sprachen sich für eine Ergänzung dieser Metriken durch Urteilsvermögen und länderspezifische Merkmale aus, einschließlich einer angemessenen Berücksichtigung der makroökonomischen und prudentiellen Rahmenwerke und Politikmaßnahmen sowie alternativer Formen kontingenter Finanzierungen, der Länderversicherung und der gesamten Aktiva und Passiva, und sie verwiesen auf die Bedeutung, die Praktiken des Reservenmanagements bei der Beurteilung der Angemessenheit der Reserven haben.

Für Schwellenmärkte, deren Zahlungsbilanz von Kapitalverkehrsströmen beherrscht wird, begrüßten die Exekutivdirektoren

allgemein den neuen Vorschlag einer risikogewichteten Metrik, insofern sie auf dem einfachen und transparenten Ansatz herkömmlicher Berechnungen beruht und gleichzeitig breitere Anfälligkeiten einbezieht. Im Falle von einkommensschwachen Ländern, deren Anfälligkeiten in der Zahlungsbilanz hauptsächlich in ihrer Leistungsbilanz begründet liegen, kamen die Exekutivdirektoren überein, dass der vorgeschlagene Ansatz zur Kalibrierung optimaler Reserven gemäß den spezifischen Ländermerkmalen ein wirksames Mittel darstelle, um diese Merkmale in die Bewertung einfließen zu lassen. Sie sprachen sich für weitere Analysen und Feinabstimmungen im Rahmen der laufenden Arbeit in diesem Bereich aus, um zu einer umfassenderen Bewertung der Angemessenheit von Reserven zu gelangen.

Sonderziehungsrechte

Stärkung der internationalen Währungsstabilität: Eine Rolle für das SZR?

Im Januar 2011 erörterte das Exekutivdirektorium den möglichen Beitrag, den die Sonderziehungsrechte des IWF zur Verbesserung der langfristigen Funktionstüchtigkeit des internationalen Währungssystems leisten könnten.²⁵ Die Exekutivdirektoren betonten, dass eine größere Rolle der SZR kein Ersatz für die Bemühungen zur Stärkung der Stabilität des internationalen Währungssystems sei; dies gelte vor allem für eine intensivere globale politische Zusammenarbeit, die durch stärkere Überwachung und ein verbessertes systemisches Finanzsicherheitsnetz sowie eine Vertiefung des Finanzwesens in den Schwellenmärkten gestützt wird. Es wurde bemerkt, dass eine wichtigere Rolle für das SZR – in Ergänzung zu diesen Bemühungen, die mit einer gewissen Dringlichkeit verfolgt werden sollten – möglicherweise zur langfristigen Stabilität des internationalen Währungssystems beitragen könnte, vorausgesetzt, dass geeignete Sicherheitsmechanismen aufgestellt sowie politische Zusagen und das Interesse des Privatsektors mobilisiert werden.

Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Analyse der Ursachen für die Probleme im internationalen Währungssystem und der Formulierung eines stimmigen Reformpakets, um diese Probleme anzugehen. Viele Direktoren waren derzeit noch nicht davon überzeugt, dass das SZR in diesem Prozess eine Schlüsselrolle spielen könne. Insgesamt brachten die Exekutivdirektoren ihre Bereitschaft zum Ausdruck, SZR-Belangen gegenüber aufgeschlossen zu sein und auf einen breiten Konsens unter den Mitgliedern hinzuarbeiten.

Die Exekutivdirektoren erwogen den Gedanken, den Bestand an offiziellen SZR durch regelmäßige Zuteilungen auszuweiten, um die wachsende Nachfrage nach internationalen Reserven zu erfüllen und globale Ungleichgewichte abzubauen zu helfen. Sie nahmen die Ergebnisse des Stabs zur Kenntnis, dass in den meisten Szenarien reguläre SZR-Zuteilungen nicht inflationär sein würden, und forderten zu weiteren Überlegungen im Zusammenhang mit den Aufgaben der SZR-Zuteilungen und der traditionellen, an Auflagen geknüpften Mittelvergabe des IWF auf.

Kasten 3.2

Obligatorische Bewertungen der Finanzstabilität

Die obligatorischen Bewertungen der Finanzstabilität, die das Direktorium im September 2010 verabschiedete, umfassen drei Elemente: (1) Bewertung der Quelle, Wahrscheinlichkeit und möglichen Auswirkungen der Hauptrisiken für die makrofinanzielle Stabilität in der näheren Zukunft auf Grund einer Analyse der Struktur und Solidität des Finanzsystems und seiner Verknüpfungen mit der übrigen Wirtschaft; (2) Prüfung des politischen Rahmens für die Finanzstabilität in jedem Land, wozu die Bewertung der Wirksamkeit der Finanzsektorüberwachung gegenüber internationalen Standards gehört; (3) Bewertung der Fähigkeit der Regierung zur Handhabung und Beilegung einer Finanzkrise, falls die Risiken eintreten, die die Untersuchung des Rahmens zum Liquiditätsmanagement eines Landes, der finanziellen Sicherheitsnetze, der Vorbereitung auf eine Krise sowie der Regelwerke zur Beilegung einer Krise umfasst. Die obligatorischen Bewertungen sollen alle fünf Jahre stattfinden, allerdings können die Länder gegebenenfalls auf freiwilliger Basis häufigere Bewertungen beantragen.

Anhand einer Methode, die Größe und Verknüpfungen des Finanzsektors eines jeden Landes kombiniert, wurden insgesamt 25 Jurisdiktionen mit systemrelevanten Finanzsektoren (siehe Tabelle) benannt. Auf diese Gruppe von Ländern entfallen rund 90 Prozent des globalen Finanzsystems und 80 Prozent der Weltwirtschaftstätigkeit. Dazu gehören 15 Mitgliedsländer der G20 sowie eine Mehrzahl der Mitglieder des FSB, der gemeinsam mit dem IWF die Compliance mit internationalen Regulierungen und Standards für das Bankwesen überwacht. Die Methode und Liste der Jurisdiktionen wird regelmäßig überprüft. Damit soll sichergestellt werden, dass die Länder mit den systemisch wichtigsten Finanzsektoren erfasst werden, deren Finanzstabilität regelmäßigen, tiefgreifenden und obligatorischen Bewertungen unterzogen werden muss.

Volkswirtschaften, die der obligatorischen Bewertung der Finanzstabilität unterliegen (Stand vom September 2010)

Australien	Mexiko
Belgien	Niederlande
Brasilien	Österreich
China	Russland
Deutschland	Spanien
Frankreich	Schweiz
Hongkong	Schweden
Indien	Singapur
Irland	Südkorea
Italien	Türkei
Japan	Vereinigte Staaten
Kanada	Vereinigtes Königreich
Luxemburg	

Überprüfung der SZR-Bewertung im Jahr 2010

Im November 2010 schloss das Exekutivdirektorium seine Prüfung der SZR-Bewertung ab, die in der Regel alle fünf Jahre vorgenommen wird. Das Direktorium befand, dass der Wert des SZR weiterhin auf einem gewichteten Wertdurchschnitt eines Währungskorbs aus US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und Japanischem Yen basieren solle, und billigte revidierte Gewichtungen für die vier Währungen.²⁶ Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 erhielten die vier Währungen aufgrund ihrer Rolle im internationalen Handel und Finanzwesens die folgenden Gewichtungen: US-Dollar: 41,9 Prozent (gegenüber 44 Prozent bei der Prüfung von 2005), Euro: 37,4 Prozent (zuvor 34 Prozent), Pfund Sterling: 11,3 Prozent (zuvor 11 Prozent) und Japanischer Yen: 9,4 Prozent (zuvor 11 Prozent). Die Gewichtungen werden jetzt auf eine Dezimalstelle und nicht mehr wie früher auf den vollen Prozentpunkt gerundet. Die Entscheidung folgte der bestehenden Methode für die Bewertung des SZR.

Die Kriterien für die Auswahl der Währungen im SZR-Korb blieben gegenüber den Prüfungen von 2000 und 2005 unverändert: Die im SZR enthaltenen Währungen sind die vier Währungen, die von IWF-Mitgliedern oder Währungsgemeinschaften, denen IWF-Mitglieder angehören, ausgegeben werden und die folgende Voraussetzungen erfüllen: (1) ihre Exporte von Waren und Dienstleistungen während des Fünfjahreszeitraums, der 12 Monate vor dem Inkrafttreten der Revision endete, hatten den höchsten Wert; (2) nach Feststellung des IWF handelt es sich um frei verwendbare Währungen laut Artikel XXX Buchstabe f des IWF-Übereinkommens. Die diesen Währungen zugewiesenen Gewichtungen basieren weiterhin auf dem Exportwert der Waren und Dienstleistungen des Mitglieds, das die Währung emittiert (oder einer Währungsgemeinschaft von Mitgliedern), und auf der Menge an Reserven, die von anderen IWF-Mitgliedern in den jeweiligen Währungen gehalten werden.

Das Direktorium überprüfte zudem die Methode für die Festlegung des SZR-Zinssatzes und beschloss, dass der wöchentliche Zinssatz weiterhin auf der Grundlage eines gewichteten Durchschnitts der Zinssätze auf kurzfristige Instrumente an den Märkten des SZR-Währungskorbs festgelegt werden solle. Der Zinssatz auf die dreimonatigen Schatzanleihen der USA, des Vereinigten Königreichs und Japans sowie der dreimonatige Eurorepo-Satz werden auch weiterhin als die repräsentativen Zinssätze für den US-Dollar, das Pfund Sterling, den Japanischen Yen und den Euro dienen.

Die Mengen der vier Währungen, die in den neuen SZR-Bewertungskorb eingeschlossen werden sollen, wurden gemäß der neuen Gewichtung am 30. Dezember 2010 errechnet; der genaue Geldbetrag für jede Währung wurde so bestimmt, dass der Wert des neuen und des bestehenden SZR-Korbs gleich blieben. Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 ist der Wert des SZR die Summe der Werte der folgenden Währungsmengen: US-Dollar: 0,660, Euro: 0,423, Pfund Sterling: 0,111 und Japanischer Yen: 12,1.

In Ihrer Besprechung im Zusammenhang mit der Prüfung der SZR-Bewertung²⁷ merkten die Exekutivdirektoren an, dass China



Links Arbeiter setzen eine Bahnlinie außerhalb von Monrovia, Liberia, instand. **Rechts** Ein Arbeiter geht an neuen Baggern in einem Lonking-Werk in Schanghai, China, vorbei.



zwar im Fünfjahresdurchschnitt die drittgrößte Ausfuhrnation für Waren und Dienstleistungen geworden sei und Schritte unternommen habe, um die internationale Verwendung seiner Währung, des Chinesischen Renminbi, zu erleichtern, insgesamt aber nicht die Kriterien einer frei verwendbaren Währung erfülle und deshalb zu diesem Zeitpunkt nicht in den SZR-Korb aufgenommen werden könne. Sie sprachen sich dafür aus, diese Frage angesichts künftiger Entwicklungen weiter zu prüfen.

Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die nächste Prüfung der Bewertungsmethode für das SZR spätestens bis 2015 stattfinden sollte; einige Direktoren befanden, dass eine frühere Prüfung in Erwägung gezogen werden sollte, wenn die Entwicklungen dies erforderten.

BAU EINES ROBUSTEREN GLOBALEN FINANZSYSTEMS

Die Finanzkrise unterstrich die entscheidende Rolle, die der Finanzsektor für die globale Finanzstabilität spielt. Problemstellungen im Zusammenhang mit dem Finanzsektor nahmen denn auch eine wichtige Stellung in der IWF-Arbeit während des GJ 2011 ein, und eine Reihe von Direktoriumsgesprächen befassten sich mit einer großen Vielfalt von Aspekten zur Stärkung des globalen Finanzsystems. (Die intensivierte Maßnahmen des IWF im Bereich der Finanzsektorüberwachung spielten dabei ebenfalls eine Rolle; siehe dazu „Überwachung des Finanzsektors“ weiter oben in diesem Kapitel.)

Integration von Finanzstabilitätsbewertungen in die Artikel-IV-Überwachung

Das Programm zur Bewertung des Finanzsektors, das 1999 im Nachgang zur Asienkrise geschaffen wurde, gibt den Rahmen für eine umfassende und tiefgreifende Bewertung des Finanzsektors eines Landes vor.²⁸ Das Programm ist ein wichtiges Instrument

zur Analyse der Stärken und Schwächen in den Finanzsystemen der Mitgliedsländer des IWF. Von seiner Gründung bis 2010 meldeten sich mehr als drei Viertel der Fonds-Mitglieder für eine Bewertung ihrer Finanzstabilität im Rahmen des Programms, manche sogar mehrmals.

FSAP-Bewertungen werden in Entwicklungs- und Schwellenländern von gemeinsamen Teams aus IWF und Weltbank und in fortgeschrittenen Volkswirtschaften vom IWF allein durchgeführt. Die Untersuchung umfasst für alle Länder eine Bewertung ihrer Finanzstabilität, für die der IWF zuständig ist, und in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird zusätzlich eine Bewertung der Finanzentwicklung vorgenommen, welche Aufgabe der Weltbank ist.

Im September 2010 beschloss das Exekutivdirektorium, die Bewertungen zur Finanzstabilität unter dem FSAP – die bis zu dem Zeitpunkt rein freiwillig waren – für Mitglieder mit systemrelevanten Finanzsektoren obligatorisch zu machen, im Rahmen der Überwachung nach Artikel IV des IWF-Übereinkommens (siehe Kasten 3.2). In ihrer Erörterung des Stabsvorschlages, der spezifische Modalitäten zur Umsetzung dieser wichtigen Veränderung vorsah,²⁹ erachteten die meisten Exekutivdirektoren die obligatorische Bewertung der Finanzstabilität als wichtigen Schritt zur Stärkung der Finanzsektorüberwachung durch den IWF, im Einklang mit dem bestehenden bilateralen Überwachungsmandat des Fonds und als Schlüsselkomponente in der Gesamtstrategie, das Überwachungsmandat des Fonds und die Modalitäten dazu zu modernisieren. Gleichzeitig forderten die Exekutivdirektoren weitere Schritte zur besseren Integration von Finanzsektorfragen in die bilaterale Überwachung für alle Mitglieder.

Die meisten Exekutivdirektoren unterstützten den Vorschlag des früheren Geschäftsführenden Direktors – oder hatten keine Einwände dagegen –, den Turnus für Bewertungen der Finanzstabilität unter Artikel IV auf höchstens fünf Jahre festzulegen. Gleichzeitig erkannten die Exekutivdirektoren an, dass der Geschäfts-



Links Auf einem Viehmarkt in Bukeda, Uganda, preist ein Verkäufer eine neue, mit Solarenergie betriebene LED-Lampe an. **Rechts** Eine Kokosplantage in Guadalcanal produziert Kopra, das wichtigste Ausfuhrgut der Salomonen.

führende Direktor unter gewissen Umständen die Möglichkeit haben sollte, Mitglieder mit systemrelevanten Finanzsektoren dazu aufzufordern, derartige Bewertungen auf freiwilliger Basis häufiger, also etwa alle drei bis fünf Jahre, vornehmen zu lassen.

Die Exekutivdirektoren merkten an, dass die FSAP-Bewertungen für Länder, deren Finanzsektoren nicht systemrelevant sind, nicht in den Hintergrund geraten dürften, nur weil die Bewertungen der Finanzstabilität nach FSAP für Mitglieder mit systemrelevanten Finanzsektoren jetzt Pflicht sind. Sie betonten, dass die von der Weltbank in Entwicklungs- und Schwellenländern durchgeführten Entwicklungsbewertungen nach wie vor auf freiwilliger Basis durchgeführt werden sollten, und sprachen sich energisch für eine weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank in diesem Bereich aus.

Makroprudentielle Politiken: ein Organisationsrahmen

Die Ergebnisse einer Untersuchung, die der IWF 2010 zu den Praktiken der Länder durchführte, zeigte bei den politischen Entscheidungsträgern der Länder Unsicherheit, was sowohl Theorie wie auch Praxis anbelangt, im Hinblick auf makroprudentielle Politiken und ihre Rolle zur Wahrung der Finanzstabilität. Im April 2011 erörterte das Exekutivdirektorium erste Überlegungen zur Ausarbeitung eines Regelwerks für makroprudentielle Politiken.³⁰ Die Exekutivdirektoren stimmten der vorgeschlagenen Definition des Stabs zu makroprudentiellen Politiken und ihren Zielen weitgehend zu.³¹ Sie merkten an, dass die Politiken in erster Linie dazu dienen sollten, einer Anhäufung systemweiter Finanzrisiken im Laufe der Zeit und über mehrere Finanzsysteme und Länder hinweg Grenzen zu setzen. Sie betonten, dass makroprudentielle Politik als Ergänzung zu makroökonomischen und mikroprudentiellen Politiken zu sehen sei, und verwiesen darauf, dass die Grenzen zwischen makropru-

dentiellen und anderen Politiken – vor allem mikroprudentiellen Politiken – in der Praxis nur schwer zu ziehen seien.

Die Exekutivdirektoren teilten die Ansicht des Stabs, dass die analytischen und operativen Grundlagen makroprudentieller Politiken noch nicht vollständig verstanden werden. Sie räumten ein, dass die Messung systemischer Risiken schwierig sein würde, und betonten die Notwendigkeit, die Verfügbarkeit von Daten auszudehnen, um die Überwachung derartiger Risiken zu stärken. Die Exekutivdirektoren betonten, dass Fortschritte von der Entwicklung robuster Ansätze zur Messung systemischer Risiken und von der Verbesserung der Fähigkeit abhängen wird, eine Anhäufung solcher Risiken zu erkennen. Sie verwiesen auf die schleppenden Fortschritte beim Schließen von Datenlücken und betonten, dass dahingehende Anstrengungen intensiviert werden müssten, da ausführlichere Informationen bei der Erkennung aufkeimender Ungleichgewichte hilfreich sein würden.

Lehren aus der Krise für die Zentralbanken

Im Juni 2010, als die politischen Entscheidungsträger begannen, Lehren aus der Krise in ihre politischen Regelwerke einfließen zu lassen, erörterte das Direktorium die Lektionen aus der Krise für die Zentralbanken sowie wichtige Fragen über die Beziehung zwischen Geldpolitik und makroprudentiellen Belangen.³²

Die Exekutivdirektoren stimmten mit der Beurteilung des Stabs überein, dass Finanzstabilität in erster Linie mithilfe eines makroprudentiellen Regelwerks aufgegriffen werden sollte, das makroökonomische und systemische Finanzüberlegungen integriert und auf mikroprudentieller Überwachung aufbaut. Sie merkten an, dass der wirksame Einsatz von Instrumenten, darunter Kapitalanforderungen und Puffer, vorausschauende Kreditrisikovorsorge, Liquiditätsquoten sowie umsichtige Bewertung

von Finanzsicherheiten, das systemische Risiko durch Abschwächung der Prozyklizität und der Anhäufung struktureller Anfälligkeiten senken könnte.

Die Exekutivdirektoren waren im Allgemeinen der Auffassung, dass Zentralbanken unabhängig davon, ob sie in erster Linie für die Regulierung der Finanzmärkte verantwortlich sind, eine wichtige Rolle bei Entscheidungen zu makroprudentiellen Politiken spielen sollten. Sie verwiesen darauf, dass noch viel zu tun sei, um makroprudentielle Regelwerke in die Praxis umzusetzen, und forderten weitere Fortschritte in diesem Bereich.

Unter den Exekutivdirektoren herrschte auch breite Übereinstimmung darüber, dass Preisstabilität das Hauptziel der Geldpolitik bleiben sollte, und sie betonten, dass es wichtig sei, die hart erkämpfte Glaubwürdigkeit der Zentralbanken, die für die Verankerung der Inflationserwartungen ganz entscheidend war, zu bewahren. Sie merkten jedoch an, dass zunehmende Anstrengungen unternommen werden müssten zur Überwachung und Bewertung systemrelevanter Finanzentwicklungen und Risiken

Nach Worten der Exekutivdirektoren legen die bisherigen Erfahrungen nahe, dass für unkonventionelle Zentralbankmaßnahmen einige gute Praktiken entwickelt worden seien. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen, so die Beobachtungen, wird durch ein ausdrückliches Ziel, klare Erklärung des Transmissionsmechanismus, Transparenz und geschützte Zentralbankbilanzen gefördert.

Grenzüberschreitende Bankenabwicklung

Die komplexe Frage der Abwicklung internationaler Finanzgruppen steht weit oben auf der internationalen Agenda. Im Juli 2010 erörterte das Direktorium ein vorgeschlagenes Rahmenwerk zur verstärkten Koordination grenzüberschreitender Bankenabwicklungen, das einen pragmatischen Ansatz verfolgen und sich auf eine vermehrte Koordination unter den Länderbehörden konzentrieren würde.³³

Die Exekutivdirektoren pflichteten den Bewertungen des Mitarbeiterstabes bei, dass gestärkte Überwachungs- und regulatorische Systeme eine wichtige Rolle dabei spielten, die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenbruchs von Finanzinstituten zu senken. Da die Möglichkeit eines Zusammenbruchs jedoch nicht ausgeschlossen werden kann, verwiesen die Direktoren auf die Notwendigkeit robuster Abwicklungsmechanismen, die bei grenzüberschreitenden Fällen wirksam zum Einsatz gebracht werden müssen.

Das Direktorium stimmte im Allgemeinen überein, dass die folgenden Elemente zu den wichtigen Merkmalen eines politischen Rahmenwerks gehörten: die Länder würden ihre Gesetze ändern, um rechtliche oder praktische Hürden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzubauen, weiter sicherstellen, dass ihre nationalen Abwicklungsverfahren die Kernstandards der Koordination sowie robuste Aufsichtstandards erfüllen, und sich mit Verfahrensmechanismen zur Koordination grenzüberschreitender Abwicklungsmaßnahmen einverstanden erklären. Darüber hinaus

wäre es nach Ansicht der Exekutivdirektoren nützlich, Ex-ante-Kriterien für die Lastenverteilung aufzustellen, mit dem Ziel, die Notwendigkeit öffentlicher Finanzierung zu minimieren; einige Direktoren räumten jedoch ein, dass die Erzielung eines Konsenses in dieser Hinsicht möglicherweise schwierig sei.

Die Exekutivdirektoren stimmten darin überein, dass Länder, die sich spezifische grenzüberschreitende Banken teilen, die Zusammenarbeit verstärken und an der Erfüllung dieser Kriterien arbeiten sollten. Sie merkten an, dass ein derartiges Rahmenwerk ein Schritt in die richtige Richtung sei; sie betonten aber auch, dass noch eine Anzahl von politischen und technischen Fragen gelöst werden müsse, und forderten den Stab auf, eng mit dem FSB und den Standardsetzern daran zu arbeiten.

Finanzielle Vernetzung

Im Oktober 2010 erörterte das Exekutivdirektorium finanzielle Vernetzung im Rahmen der laufenden Bestrebungen zur Stärkung der IWF-Überwachung.³⁴ Die Exekutivdirektoren erachteten das Abbilden einer grenzüberschreitenden Finanzarchitektur als ersten wertvollen Schritt für die Erstellung von Karten zu den systemischen Risiken und zur Erkennung von Bruchlinien, an denen entlang sich Finanzschocks ausbreiten könnten. Derartige Karten würden die Fähigkeit des Fonds zur Bewertung von Anfälligkeiten, Überwachung der Anhäufung systemischer Risiken und Ausgabe frühzeitiger Warnungen weiter stärken.

Die Exekutivdirektoren wünschten sich weitere Arbeiten in dieser Richtung, damit die Analyse finanzieller Vernetzung auf die Überwachungsarbeit des Fonds angewandt werden kann. Die Analyse, wurde bemerkt, könnte durch die Integration multilateraler Perspektiven zur Verbesserung von Bewertungen nach dem FSAP und zur Stärkung der bilateralen Überwachung eingesetzt werden. Die Exekutivdirektoren merkten an, dass im Sinne des Mandats und des vergleichsweisen Vorteils des Fonds das Ziel einer derartigen Analyse die Stärkung der makrofinanziellen Risikobewertungen sein sollte.

Die Exekutivdirektoren erkannten die großen Datenlücken und Herausforderungen für das umfassende Abbilden der globalen Finanzarchitektur und die Analyse einer Anhäufung von Konzentrationen systemischer Risiken. Sie forderten eine enge Zusammenarbeit und sinnvolle Arbeitsaufteilung unter allen beteiligten Gruppen und erachteten die gemeinsame Arbeitsgruppe von IWF und FSB, die sich mit Datenlücken und systemischen Verknüpfungen³⁵ befasst, als entscheidende Maßnahme zur Schließung dieser Lücken. Sie unterstrichen, dass Fragen der Vertraulichkeit und rechtliche Einschränkungen den Austausch von Informationen über einzelne Institutionen mit Organisationen wie dem Fonds, der keine aufsichtsrechtliche Funktion ausübt, verhindern.

Der Beitrag des Finanzsektors zu den Kosten der Krise

Auf Geheiß der Staats- und Regierungschefs der G20 erstellte der IWF für das Treffen im Juni 2010 in Toronto einen Bericht

über die Bandbreite an Möglichkeiten, die die Länder eingesetzt oder erwogen hatten zu der Frage, wie der Finanzsektor einen fairen und maßgeblichen Beitrag zur Zahlung etwaiger Lasten leisten kann, die durch Regierungsmaßnahmen zur Wiederherstellung des Bankensystems entstanden waren. Der Bericht folgte auf einen Zwischenbericht zu dem Thema, der den Finanzministern der G20 im April 2010 vorgelegt worden war.

Nach der Analyse verschiedener Optionen schlug der Bericht zwei Formen von Beiträgen aus dem Finanzsektor vor, die unterschiedliche Zwecke erfüllen. Die Hauptkomponente wäre ein „Beitrag zur Finanzstabilität“, der mit einem glaubwürdigen und wirksamen Abwicklungsmechanismus verknüpft ist und anfänglich als Flatrate (unterschiedlich je nach Art der Finanzinstitution) erhoben wird, später aber im Verhältnis zum Risiko und den Beiträgen der jeweiligen Institution zum systemischen Risiko – u.a. aufgrund von Größe, Vernetzung und Ersetzbarkeit – sowie den Veränderungen im Gesamtrisiko im Lauf der Zeit genauer angepasst wird. Weitere Beiträge vonseiten des Finanzsektors könnten in Form einer „Finanztätigkeitssteuer“ auf die Summe der Gewinne und Vergütung von Finanzinstitutionen erhoben und den allgemeinen Einkünften zugeführt werden.

Prüfung der Initiative zu Standards und Kodizes

Während der Direktoriumsprüfung der Initiative zu Standards und Kodizes im März 2011³⁶ räumten die Exekutivdirektoren ein, dass die Einhaltung vereinbarter Standards nur einen der Bausteine zur Krisenprävention darstellt. Sie merkten an, dass die jüngste Krise Lücken in der Architektur der Standards und Kodizes aufgezeigt und die Notwendigkeit deutlich gemacht hatte, die Bewertungen zu den Berichten über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Reports on Observance of Standards and Codes – ROSC) mit strengen Folgeprüfungen zu Implementierung, intensiverer Überwachung der Finanzinstitutionen und internationaler Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Problemstellungen und Krisenbeilegung zu ergänzen. Es wurde angemerkt, dass aufgrund der Auswirkung der Krise auf die öffentlichen Bilanzen der fiskalischen Transparenz mehr Beachtung geschenkt werden müsse, so etwa durch die Prüfung fiskalischer Standards und eine Aktualisierung des Regelwerks zur Bewertung der Datenqualität.

Die Exekutivdirektoren unterstützten die Entscheidung des FSB, die Rechnungslegungs- und Rechnungsprüfungsstandards der Initiative in einen Politikbereich zusammenzulegen und einen neuen Politikbereich zur Krisenbeilegung und Einlagenversicherung einzuführen. Angesichts der Nachfrage nach Bewertungen der neuen Standards und der beschränkten Verfügbarkeit von Ressourcen befanden es die Exekutivdirektoren im Allgemeinen für notwendig, die ROSCs standardübergreifend zu priorisieren.

Die Exekutivdirektoren sahen die Verwendung thematischer Treuhandfonds zur Finanzierung nachfolgender technischer Hilfe in Bereichen mit hoher Priorität als geeignete Lösung an. Sie betonten, dass die Ausrichtung auf systemisch wichtige Länder einkommensschwache und aufstrebende Länder keinesfalls in den Hintergrund drängen dürfe.

Die Exekutivdirektoren befürworteten im Allgemeinen die breitere Anwendung gezielter ROSCs, um mehr Effizienz und häufigere Aktualisierungen zu erreichen. Die meisten stimmten den Empfehlungen zu, die ROSC-Ergebnisse besser in die Fonds-Überwachung zu integrieren, unter anderem, indem makrorelevante ROSC-Empfehlungen im Rahmen der bilateralen Überwachung weiter verfolgt werden.

Die Exekutivdirektoren begrüßten Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Zugangs zu den ROSCs und den Bestrebungen, die Länder zur Veröffentlichung der ROSCs zu ermutigen. Sie zeigten sich generell offen gegenüber der Erörterung eines Mechanismus, der die öffentliche Berichterstattung zum Fortschritt in der Umsetzung von ROSC-Empfehlungen auf der Grundlage klarer Richtlinien ermöglichen soll, die die Glaubwürdigkeit gewährleisten.

Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die nächste Überprüfung der Initiative im Bereich von Standards und Kodizes in fünf Jahren stattfinden sollte; im Bedarf können jedoch auch Ad-hoc-Prüfungen durchgeführt werden.

UNTERSTÜTZUNG VON WACHSTUM UND STABILITÄT IN EINKOMMENS-SCHWACHEN LÄNDERN

In den letzten Jahren war die Erfüllung des Bedarfs seiner einkommensschwachen Mitglieder eine besondere Priorität des IWF, da diese Länder unter den negativen Auswirkungen der globalen Finanzkrise und dem erneuten Anstieg der Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise in jüngster Zeit litten. Direktoriumsgespräche im GJ 2011 hatten die makroökonomischen Herausforderungen dieser Länder in der Folgezeit der Krise zum Thema und erkundeten Wege, mit denen Entwicklungsländer ihre Einkünfte steigern könnten. Der IWF führte ein analytisches Regelwerk zur Bewertung der Anfälligkeiten und aufkeimenden Risiken in einkommensschwachen Ländern ein, die sich aufgrund von Veränderungen in der Weltwirtschaft ergeben. Die Nachfrage nach konzessionären Krediten des Fonds hielt weiter an, ebenso wie die Bestrebungen, angemessene Ressourcen für die Kreditvergabe zu sichern (siehe „Budget und Einkommen“ in Kapitel 5).

Obwohl es noch viel mehr zu tun gibt, zeitigten die laufenden Bemühungen des IWF, seinen einkommensschwachen Mitgliedern zu helfen, gewisse Erfolge. Initiativen wie die HIPC-Initiative und MDRI (siehe „Unterstützung für einkommensschwache Länder“ weiter oben in diesem Kapitel) haben mit der Verwirklichung ihres Ziels begonnen, mehr Haushalte aus der Armut zu befreien und einkommensschwache Länder näher an die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele heranzuführen. Kasten 3.3 beschreibt eine „Erfolgsgeschichte“ unter den einkommensschwachen Ländern des Fonds: Liberia.

Makroökonomische Herausforderungen für einkommensschwache Länder

Im November 2010 erörterte das Exekutivdirektorium die makroökonomischen Herausforderungen, denen sich einkom-

menesschwache Länder in der Folgezeit der weltweiten Krise gegenübersehen.³⁷ Die Exekutivdirektoren merkten an, dass die Krise zum stärksten Konjunkturrückgang seit vier Jahrzehnten geführt hatte und bis Ende 2010 weitere 64 Mio. Menschen in tiefe Armut gestürzt hat. Dennoch blieb während der Krise in zwei Dritteln der einkommensschwachen Länder im Gegensatz zu früheren Krisen und zur Situation in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften das BIP-Wachstum pro Kopf positiv.

Die Exekutivdirektoren erklärten die Widerstandsfähigkeit der einkommensschwachen Länder mit ihrer allgemein stärkeren makroökonomischen Position im Vorfeld der Krise, einschließlich kleinerer Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite, niedrigerer Verschuldung und Inflation sowie höherer internationaler Reserven. Die meisten Länder, vor allem jene mit IWF-gestützten Programmen, konnten im Laufe der Krise das Wachstum der realen Primärausgaben aufrechterhalten und sogar die Ausgaben in vorrangigen Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur verbessern.

Die Exekutivdirektoren erkannten die wichtige Rolle des IWF, einkommensschwachen Ländern beim Überstehen der Krise durch bisher nie dagewesene Finanzhilfe und Politikberatung zu helfen. Die Reform der Kreditvergabefazilitäten des Fonds für

einkommensschwache Länder, die Stärkung des Regelwerks zur konzessionären Kreditvergabe sowie die allgemeine Zuteilung von SZR waren entscheidend für eine Abfederung der Auswirkungen der weltweiten Krise, für die Motivierung von Gebern und die Wegbereitung für eine frühzeitige Erholung.

Mit Blick auf die Zukunft merkten die Exekutivdirektoren an, dass das Tempo der wirtschaftlichen Erholung in einkommensschwachen Ländern zwar regional unterschiedlich, insgesamt aber schneller und stärker an den Rest der Welt angepasst sein wird als dies in früheren Krisen der Fall war, was eine stärkere Integration von Handel und Finanzen und robustere inländische Politiken widerspiegelt. Angesichts der Abwärtsrisiken der Weltwirtschaft insgesamt und dem verminderten Spielraum der Politikmaßnahmen in den meisten Ländern warnten sie jedoch davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen.

Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder

Im März 2011 führte der IWF ein analytisches Regelwerk zur Bewertung von Anfälligkeiten und aufkeimenden Risiken in einkommensschwachen Ländern ein, die sich aus den Veränderungen in der Weltwirtschaft ergeben.³⁸ Die Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder soll es dem IWF-Stab ermögli-

Kasten 3.3

Liberia erreicht langfristige Schuldentragfähigkeit

Nach rund fünf Jahren intensiver Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank und anderen öffentlichen und privaten Gläubigern erreichte Liberia im Juni 2010 den Abschlusszeitpunkt unter der HIPC-Initiative, da die gesamte Auslandsverschuldung um mehr als 90 Prozent gesenkt wurde. Der Hauptfaktor für den Fortschritt des Landes war jedoch das starke makroökonomische Programm und die ehrgeizige Reformagenda, die von der liberianischen Regierung umgesetzt wurden.

Der IWF beteiligte sich zunächst mit technischer Hilfe am Aufbau von Kernfunktionen des Finanzministeriums und der Zentralbank von Liberia, bei gleichzeitiger politischer Beratung, Überwachung der Umsetzung der Wirtschaftspolitik und regelmäßigen Berichten über die wirtschaftlichen Entwicklungen an die internationale Gemeinschaft. Aufgrund des kontinuierlichen Fortschritts im makroökonomischen Management und bei den Strukturreformen stellte der IWF 2008 neue Finanzmittel im Rahmen der Erweiterten Kreditfazilität (ECF) bereit. Der Fonds stellte 0,9 Mrd. US\$ an Schuldenerleichterung bereit, die durch eine sehr große kollektive Anstrengung von 102 Mitgliedsländern des IWF finanziert und größtenteils zum Abschlusszeitpunkt überstellt wurde.

Zusätzlich zur Reduzierung der Schuldenlast erweiterte Liberia seine Kapazität zur Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, was sich in einer Verdoppelung der Steuereinkünfte im BIP innerhalb der letzten fünf Jahre zeigt, die jetzt knapp an den Durchschnitt der Länder in Afrika südlich der Sahara heranreichen.

Die finanzielle Widerstandskraft gegenüber Wirtschaftsschocks ist erheblich besser geworden, nicht zuletzt durch einen vielfachen Anstieg an ausländischen Devisenreserven, insbesondere aus der Zuteilung von SZR im Jahr 2009 zur Bekämpfung der globalen Finanzkrise. Liberia hat seit fünf Jahren einen ausgeglichenen Haushalt. Mit der Rückkehr der makroökonomischen Stabilität expandierte der Bankensektor, während die Kreditvergabe an den Privatsektor – ein wichtiges Element für schnelleres Wachstum – auf den Durchschnittswert für Afrika stieg.

Trotz dieser beeindruckenden Fortschritte in den letzten fünf Jahren leidet Liberia noch an Konfliktfolgen. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg um zwei Drittel von 157 US\$ auf 261 US\$, bleibt aber niedrig, sodass die Beschäftigung sowie die Erzeugung von Einkommen oberste Priorität für das Land bleiben. Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen, muss das Land die Transportinfrastruktur und die Versorgungsnetze wieder aufbauen, seine institutionellen Kapazitäten entwickeln und die Rechtsstaatlichkeit stärken, vor allem im Hinblick auf Eigentumsrechte. Der IWF wird weiterhin zu den laufenden internationalen Bemühungen beitragen, um Liberia zu unterstützen und eine langfristige Reduktion der Armut zu erreichen. Politikberatung und Überwachung im Rahmen der ECF-Vereinbarung sowie fortlaufende technische Hilfe im Management der öffentlichen Finanzen, in der Verwaltung von Einkünften und der Bankenaufsicht werden der liberianischen Regierung bei der Verwirklichung ihrer Entwicklungsziele helfen.

chen, Anfälligkeiten aufzudecken und die Widerstandskraft der Mitgliedsländer gegenüber dem Entstehen von Risiken zu bewerten, bevor diese eintreten, und damit einen Leitfaden für entsprechende Politikmaßnahmen an die Hand zu geben.

Frühere interne Anfälligkeitsübungen des IWF für fortgeschrittene und aufstrebende Volkswirtschaften konzentrierten sich auf Kapitalkonto- oder systemische Finanzsektorkrisen und Rezessionen, die erhebliches Potenzial einer Ansteckung oder regionalen oder weltweiten Verlagerung besitzen. Im Gegensatz dazu konzentriert sich die Übung für einkommensschwache Länder auf die Anfälligkeiten dieser Länder gegenüber starken Wachstumsrückgängen infolge von externen Schocks, wie etwa scharfe Schwankungen in den Handelsbedingungen oder volatile Finanzierungsströme aus dem Ausland. Diese Schocks können Haushalts- und außenwirtschaftliche Instabilität, Überschuldung, Belastung des Bankensystems sowie massive Produktionsrückgänge auslösen, die wiederum zu erheblichen Verlusten des allgemeinen Wohlergehens und sogar sozialer Entwurzelung führen können.

Die Ergebnisse der jährlichen Anfälligkeitsübung für einkommensschwache Länder werden die IWF-Überwachung stärken, indem die Risikobewertungen einzelner einkommensschwacher Länder intensiviert werden und eine Grundlage für länderübergreifende Vergleiche und Analysen geschaffen wird. Bewertungen aufkeimender externer Risiken im Hinblick auf Puffer existierender Politiken wird zur Aufdeckung von Bereichen beitragen, in denen eine Verstärkung der Puffer notwendig ist, und den Umfang noch möglicher vorbeugender Politikmaßnahmen aufzeigen.

Die Anfälligkeitsübung ist Teil eines breiter gefassten IWF-Programms, das einkommensschwachen Ländern beim Umgang mit Volatilität und Abfedern externer Schocks helfen soll. Dieses Programm umfasst auch in Kürze erscheinende Arbeit über die Rolle von Instrumenten zur Eventualfinanzierung beim Umgang mit Volatilität in einkommensschwachen Ländern sowie eine Überprüfung der makroökonomischen und politischen Herausforderungen einkommensschwacher Länder, die sich Fragilitäten gegenübersehen, einschließlich solcher, die von einem fragilen politischen Umfeld und schwacher Kapazität der Institutionen herrühren.

Mobilisierung von Einkünften in Entwicklungsländern

Im März 2011 erörterte das Exekutivdirektorium die Mobilisierung von Einkünften in Entwicklungsländern.³⁹ Die Exekutiv-

direktoren stimmten weitgehend mit den wichtigsten Prinzipien und Empfehlungen in der Stabsanalyse dieses Themas überein und betonten, dass deren Anwendung die spezifischen Umstände eines jeden Mitgliedslandes und die passende Abfolge der Reformen angemessen berücksichtigen solle. Sie unterstrichen die bedeutende Rolle des Fonds bei der fortgesetzten Unterstützung der Anstrengungen der Entwicklungsländer, interne Einkünfte zu mobilisieren, um ihren massiven Ausgabenbedarf zu erfüllen, und unterstützten in starkem Maße die technische Hilfe des Fonds in diesem Bereich.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass das vorrangige Ziel einer Steuerreform zwar die Steigerung der öffentlichen Einkünfte ist, doch müssten die Verteilungswirkung sowie die Auswirkung auf Effizienz und langfristiges Wachstum ebenfalls berücksichtigt werden. Dem sozialen Schutz der Ärmsten, so auch durch grundlegende öffentliche Ausgaben, sollte dabei eine übergeordnete Bedeutung zukommen.

Die Exekutivdirektoren schätzten die weitreichende Stabsberichterstattung zu den wichtigsten steuerpolitischen Fragestellungen für Entwicklungsländer. Sie merkten an, dass die Mehrwertsteuer eine relativ wirksame Einkommensquelle sei. Sorgfältige Erklärung und weitere Analyse der Verteilungswirkung der Mehrwertsteuer und der Verknüpfung zwischen Mehrwertsteuereinkünften und ihrer Verwendung zur Armutsbekämpfung sind notwendig, da manche Länder nur begrenzte Kapazitäten zur Umsetzung gezielter Sozialprogramme besitzen.

Den Exekutivdirektoren zufolge geben Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch die reichsten und einflussreichsten Bürger in einigen Ländern Anlass zur Sorge, vor allem in Ländern mit einem fortlaufend niedrigen Verhältnis von Steuern zu BIP. Dieses Problem anzugehen verlangt konzentrierte Anstrengungen, die nicht nur auf die Erhöhung der öffentlichen Einkünfte, sondern auch auf die Verbesserung von Transparenz und Gerechtigkeit des Steuersystems abzielen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten den Trend dazu, sich weniger auf Einkünfte aus Handelssteuern zu verlassen, betonten aber die Notwendigkeit, die Auswirkungen auf den Staatshaushalt mit Steuern im eigenen Land auszugleichen. Mehr internationale Zusammenarbeit, so auch beim Informationsaustausch und in regionalen Gruppen, kann zum Schutz und zur Stärkung der Einkommensbasis von Entwicklungsländern beitragen. Die technische Hilfe des IWF in diesem Bereich wird hilfreich sein.

4

REFORM UND STÄRKUNG DES IWF ZUR BESSEREN UNTERSTÜTZUNG DER MITGLIEDSLÄNDER



4

REFORM UND STÄRKUNG DES IWF ZUR BESSEREN UNTERSTÜTZUNG DER MITGLIEDSLÄNDER

Der IWF nimmt derzeit eine grundlegende Überarbeitung seiner Governancestruktur vor. Damit soll sichergestellt werden, dass die Institution die sich ändernden Realitäten der Weltwirtschaft, wie etwa die größere Bedeutung der Schwellenmärkte, besser widerspiegelt, gleichzeitig aber auch die Stimmenanteile der ärmsten Mitglieder schützt. Die letzte, im GJ 2011 gebilligte Reformrunde baut auf den Reformen auf, die 2008 eingeleitet wurden und führt, zusammen mit den früheren Schritten, dazu, dass die Quotenanteile der dynamischen Schwellenmärkte und Entwicklungsländer als Gruppe um neun Prozentpunkte angehoben werden. Die neue Zuteilung von Quotenanteilen führt zur größten je stattgefundenen Verlagerung des Einflusses innerhalb der Institution zugunsten von Schwellen- und Entwicklungsländern.

Darüber hinaus laufen Reformen zur Zusammensetzung und Arbeitsweise des Exekutivdirektoriums des IWF. Dazu gehört ein Vorschlag zur Änderung des IWF-Übereinkommens, um ein ausschließlich gewähltes Direktorium einzuführen und die Kategorie der ernannten Exekutivdirektoren abzuschaffen;⁴⁰ ferner soll die kombinierte Direktoriumsvertretung fortgeschrittener europäischer Mitglieder um zwei Sitze reduziert werden. Es soll auch mehr Spielraum für die Ernennung zweiter Stellvertretender Exekutivdirektoren geben, um die Vertretung von Stimmrechtsgruppen aus mehreren Ländern zu stärken. Die Quotenreformen zusammen mit den Änderungen am Exekutivdirektorium werden die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des IWF erhöhen.

Im Lauf des Jahres wurden zusätzliche Reformen gebilligt, um die Rolle des IWF in der Krisenprävention weiter zu stärken. Es wurden auch Möglichkeiten zur Verbesserung der Fondsreaktion auf systemische Krisen in Betracht gezogen; dabei wurde die Bedeutung eines gestärkten Sicherheitsnetzes für die globale Finanzarchitektur unterstrichen, für das der IWF mit seinem Mandat eine zentrale Rolle spielt.

In Reaktion auf die steigende Nachfrage nach technischer Hilfe richtete der Fonds neue Treuhandfonds zur Förderung des Kapazitätsaufbaus ein und fuhr fort seine Partnerbeziehungen zu Gebern zu vertiefen und die Wirksamkeit und Effizienz seiner technischen Hilfe auszubauen. Die Krise machte nicht zuletzt das Fehlen zeitnaher, genauer Informationen deutlich, ein Mangel, der dazu führen kann, dass die politischen Entscheidungsträger und die Marktteilnehmer in der Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen beeinträchtigt sind; im GJ 2011 wurden deshalb die Arbeiten zu krisenbezogenen und sonstigen Datenproblemen fortgeführt.

REFORMEN BEI QUOTEN, GOVERNANCE UND MANDAT

Quoten, Stimmrecht und Governance

Inkrafttreten der Quoten- und Stimmrechtsreformen von 2008

Im März 2011 traten die Quoten- und Stimmrechtsreformen, die vom Gouverneursrat im Jahr 2008 gebilligt wurden, in Kraft,⁴¹ nachdem die vorgeschriebene Änderung des IWF-Übereinkommens von 117 Mitgliedsländern, die mehr als 85 Prozent der gesamten Stimmrechte des Fonds repräsentieren, ratifiziert worden war.⁴² Die Reformen stärken die Vertretung von dynamischen Volkswirtschaften im IWF und fördern Stimmrecht und Beteiligung einkommensschwacher Länder. Die Quotenerhöhungen für 54 Mitgliedsländer in Höhe von 20,8 Mrd. SZR (rund 33,7 Mrd. US\$) treten in Kraft, sobald die Mitglieder ihre Zustimmung geben und die Quotensubskriptionen eingezahlt sind. Bis Ende April 2011 waren mehr als 95 Prozent der reformbedingten Erhöhungen eingezahlt. Da die Änderung einen Mechanismus schafft, nach dem das Verhältnis von Basisstimmen zu Gesamtstimmen gleich bleibt, erhöht die durch die Veränderung bedingte annähernde Verdreifachung der Basisstimmen den Einfluss der einkommensschwachen Länder in der Organisation (jedes Mitglied besitzt gleich viel Basisstimmen; weitere Stimmen werden im Verhältnis zur Quote des Landes verteilt). Darüber hinaus ermöglichen die Reformen den Exekutivdirektoren, die eine bestimmte Anzahl an Mitgliedsländern vertreten, nach den turnusmäßigen Direktoriwahlen im Jahr 2012 einen zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektor zu ernennen. Der Beschluss des Gouverneursrats zur Billigung der Änderung legte diese Zahl mit „mindestens 19“ fest, aber im Zusammenhang mit der Quoten- und Stimmrechtsreform von 2010 (siehe nächster Unterabschnitt) senkte der Gouverneursrat die Zahl auf „7 oder mehr“.

Überarbeitung von Quoten und Governance im Jahr 2010

Im November 2010 billigte das Exekutivdirektorium weitere Quoten- und Governance-Reformen mit dem Abschluss der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und einem Vorschlag zur Änderung des IWF-Übereinkommens zur Reform des Exekutivdirektoriums.⁴³ Das Reformpaket wird nach Ratifizierung durch die Mitglieder die Quoten auf ungefähr 476,8 Mrd. SZR (rund 772,9 Mrd. US\$) verdoppeln, mehr als 6 Prozent der Quotenanteile auf dynamische Schwellenmärkte und Entwicklungsländer und von über- auf unterrepräsentierte Länder verlagern sowie die Quotenanteile und Stimmrechte der ärmsten Mitglieder schützen. Infolge dieser Verschiebung gehören Brasilien, die russische Föderation, Indien und China (die sogenannten BRIC-Staaten) jetzt zu den 10 größten Anteilseignern des Fonds. Darüber hinaus werden die Reformen von 2010 zu einem ausschließlich gewählten Direktorium führen; fortgeschrittene Industrienationen Europas sagten im Rahmen der Reformen die Verringerung ihrer gemeinsamen Vertretung um zwei Sitze zu, und es wird im Hinblick auf eine angemessenere Vertretung von Mehrländergruppen mehr Spielraum für die Ernennung zweiter

Stellvertretender Exekutivdirektoren geben. Eine umfassende Prüfung der Formel zur Festlegung der Mitgliederquoten wird im Januar 2013 abgeschlossen sein, und der Abschluss der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung soll auf Januar 2014 vorverlegt werden. Eine Vergleichstabelle der Quotenanteile vor und nach der Umsetzung der Reformen kann auf der Website des IWF eingesehen werden.⁴⁴

Das Reformpaket wurde anschließend im Dezember 2010 vom Gouverneursrat verabschiedet.⁴⁵ Die vorgeschlagenen Quotenerhöhungen und die Änderung müssen jetzt von den Mitgliedern akzeptiert werden, wozu in vielen Fällen die parlamentarische Zustimmung notwendig ist. Die Mitglieder verpflichteten sich dazu, die Ratifizierung nach Möglichkeit bis zur Jahresversammlung 2012 abgeschlossen zu haben.

Die Quotenverlagerung nach der Reform wird das im Oktober 2009 vom IMFC gesteckte Ziel einer Verlagerung der Quotenanteile von mindestens 5 Prozent von über- auf unterrepräsentierte Länder übertreffen und gleichzeitig die Stimmrechtsanteile der ärmsten Mitglieder schützen. Die 10 größten Mitglieder des Fonds wären dann die USA, Japan, die BRIC-Staaten und die vier größten Länder Europas (Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich). Das Exekutivdirektorium befürwortete den Terminplan, demzufolge die Anpassung und Erhöhung der Quoten sowie die vorgeschlagene Änderung zur Reform des Exekutivdirektoriums bis zur Jahresversammlung 2012 in Kraft treten sollen.

Die Reform ist das Ergebnis einer Reihe von Direktoriumssitzungen in der Zeit zwischen der Frühjahrstagung,⁴⁶ als der IMFC raschere Quoten- und Governance-Reformen forderte, und der Ankündigung des Reformpakets im November; Beiträge zur Reform stammen auch vom Unabhängigen Evaluierungsbüro, von externen Experten und, in den letzten Jahren, der Zivilgesellschaft. Unter diesen zahlreichen Direktoriumssitzungen fand im Juli 2010 auch eine breit gefasste Erörterung der Governance-Reform des IWF statt.⁴⁷ Bei dieser Sitzung blieben die Direktoriumsmitglieder geteilter Ansicht in Bezug darauf, ob die Governance- und Quotenreformen als Paket angegangen werden sollten. Dennoch unterstrichen alle Exekutivdirektoren, dass es wichtig sei zu einer gemeinsamen Ansicht über die Reformen zu gelangen, um die Legitimität und Effektivität des Fonds zu stärken.

In ihrer Erörterung zur Intensivierung von ministerieller Beteiligung und Aufsicht kamen die Exekutivdirektoren überein, dass die Einbindung von Ministern und Gouverneuren entscheidend für die wirksame Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten der Institution ist, darunter die Förderung der multilateralen Zusammenarbeit und Stimmigkeit der Politikmaßnahmen. Die Ansichten darüber, wie diese Einbindung am besten erreicht werden könne – durch Reform des beratenden IMFC oder die Verlagerung auf eine Entscheidungsentität – blieben jedoch geteilt.

Viele Exekutivdirektoren sahen keine Notwendigkeit für ein neues Entscheidungsgremium auf Ministerebene. Sie warnten vor einer Schwächung des Gouverneursrats und des Exekutivdirektoriums bzw. vor einer Störung des gegenwärtigen Rechenschaftsrahmens,

der ihrer Ansicht nach angemessen ist. Vor dem Hintergrund eines Vorschlags zur Gründung eines solchen neuen Entscheidungsgremiums forderten viele Direktoren weitere Reformen des IMFC und seiner Verfahrensweisen durch kürzere Amtszeiten für den IMFC-Vorsitz, mehr interaktive Plenarsitzungen und frühzeitigere Bekanntgabe von Kommuniké-Entwürfen.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass die Vertretung im Direktorium das Prinzip der freiwilligen Bildung von Stimmrechtsgruppen bewahren müsse. Viele Exekutivdirektoren erachteten die Umstellung auf ein vollständig gewähltes Direktorium sowie die Schritte zur Vermeidung einer weiteren Konzentration des Stimmrechts als nützlich, um gleiche Rahmenbedingungen für alle Exekutivdirektoren zu schaffen. Eine andere Gruppe von Direktoren sprach sich jedoch gegen die Veränderung etablierter Regeln aus und verwies darauf, dass das bestehende System die Konzentration von Stimmrechten auf angemessene Weise in Grenzen halten könne, was entscheidend ist für ein funktionsfähiges Direktorium. Nach Auffassung der meisten Exekutivdirektoren könnte ein größerer Spielraum bei der Ernennung eines zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektors für Mehrländergruppen einer Neugestaltung des Direktoriums dienlich sein.

Was die Ernennung von Geschäftsführung und die Vielfalt der Belegschaft angeht, bekräftigten die Exekutivdirektoren ihren Einsatz für einen offenen und transparenten Prozess bei der Ernennung der Geschäftsführung, und viele von ihnen stimmten darin überein, dass zur Beendigung der ungeschriebenen Regeln bei der Ernennung der Geschäftsführung ein politisches Engagement notwendig sein würde. Sie betonten, dass zur Erhöhung der Vielfalt unter der Belegschaft – im Hinblick auf Nationalität, Geschlecht und Hintergrund – noch mehr getan werden müsste, vor allem bei höher dotierten Positionen. Sie gaben der Intention Ausdruck, sich auf dem Laufenden zu halten über Bemühungen, die Ergebnisse zu verbessern.

Modernisierung des Fondsmandats

Die globale Krise machte Schwächen in der wirtschaftlichen Aufsicht – auf nationaler, regionaler und globaler Ebene – im Vorfeld der Krise deutlich und führte zu maßgeblichen institutionellen Innovationen zur Aufdeckung von Risiken und zur Deckung eines großen und vielfältigen Finanzierungsbedarfs. Bei der Jahresversammlung im Oktober 2009 forderte der IMFC den IWF „zu einer Überprüfung auf in Bezug auf sein Mandat, das die ganze Breite von Makroökonomie- und Finanzsektorpolitiken beinhaltet, die sich auf die globale Stabilität auswirken.“ Die Überprüfung des Mandats befasst sich mit drei weit gesteckten Bereichen: Überwachung, Finanzierung sowie die Stabilität des internationalen Währungssystems.

Bericht des Exekutivdirektoriums an den IMFC

Der Aufforderung des IMFC zur Überprüfung des Fondsmandats folgend, kam das Exekutivdirektorium in der ersten Hälfte des GJ 2011 zu formellen und informellen Gesprächen über die verschiedenen Aspekte der Fragestellung zusammen und überreichte dem IMFC bei der Jahresversammlung im Oktober 2010 einen Fortschrittsbericht zu dem Thema. Das Direktorium setzte seine Erörterung des

Fondsmandats in den verbleibenden Monaten des GJ 2011 fort: es gab ein informelles Briefing über die nächsten Schritte zur künftigen Finanzierungsrolle des Fonds, eine Anzahl von Gesprächen über die Vierzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung und weitere Diskussionen zur Governance-Reform (siehe vorangegangener Abschnitt) sowie ein Folgegespräch zur Modernisierung des Überwachungsmandats des Fonds und der Modalitäten dazu (siehe Kapitel 3).

Künftige Finanzierungsrolle

Im August 2010 billigte das Exekutivdirektorium eine Reihe von Reformen, um die Rolle des IWF in der Krisenprävention zu stärken; in diesem Sinne wurde die Flexible Kreditlinie gestärkt und eine neue Vorsorgliche Kreditlinie (siehe „Stärkung des Instrumentariums zur Krisenprävention“ in Kapitel 3) eingerichtet. Die Exekutivdirektoren zogen auch Möglichkeiten zur Intensivierung der Fondsreaktion auf systemische Krisen in Betracht und unterstrichen die Bedeutung eines stabileren Sicherheitsnetzes für die globale Finanzarchitektur, wobei der IWF im Rahmen seines Mandats eine zentrale Rolle spielen würde.⁴⁸

Die Exekutivdirektoren pflichteten den Bewertungen des Stabs bei, dass die Erfahrung mit der FCL während der globalen Finanzkrise zwar positiv gewesen sei, Attraktivität und Signalwirkung der Linie jedoch durch Verzicht auf die implizite Zugangsgrenze und Verlängerung der Laufzeit für Kaufrechte weiter verbessert werden könnten. Sie hielten an den Qualifikationsanforderungen der FCL fest und betonten die auch weiter bestehende Notwendigkeit strenger und gerechter Qualifizierungsbewertungen, um den Gebrauch der IWF-Mittel zu schützen und den Märkten deutliche Signale zur Stärke der Mitgliederpolitiken zu senden.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die vom Stab vorgeschlagenen Verfahrensweisen zur frühzeitigen Einbindung des Direktoriums bei der Bewertung des Mittelbedarfs der IWF-Mitglieder wie auch der Auswirkung des erwogenen Zugangs auf die Liquiditätsposition des Fonds. Sie kamen allgemein überein, dass die gegenwärtige ansteigende Gebührenstruktur für Zusagen einen angemessenen Schutz gegen eine ungebührlich hohe vorsorgliche Inanspruchnahme von Fondsmitteln darstellt.

Die PCL, so wurde angemerkt, könnte als spezifisches Instrument in den Kredittranchen für leistungsstarke Volkswirtschaften, die die Qualifizierungsstandards der FCL nicht erfüllen, im Rahmen der Qualifizierungsbewertung positive Marktsignale über die Politiken und Leistungsnachweise des Mitgliedslands senden. Obwohl es noch einige Bedenken zu gewissen Aspekten der Einführung der PCL gab – darunter die Proliferation und Überschneidung von Instrumenten, die empfundene Klassifizierung der Mitglieder und der Bewertungsprozess – waren die Exekutivdirektoren generell der Meinung, dass der unterschiedliche Bedarf der Mitgliedsländer am besten durch Finanzierungsinstrumente und Auflagen des IWF erfüllt werden könne, die auf die unterschiedlichen Stärken, wirtschaftlichen Eckdaten und Politiken der Mitglieder zugeschnitten sind.

Die Exekutivdirektoren verlangten rigorose und gerechte Qualifizierungsbewertungen für die Inanspruchnahme von



Links Der Vorsitzende des IMFC Tharmar Shanmugaratnam richtet sich an die Medien bei einer Pressekonferenz während der Frühjahrstagung. **Rechts** Das Parlamentsgebäude steht auf dem Atoll von Funafuti, der Hauptstadt von Tuvalu, dem 187. Mitgliedsland des IWF.



Fondsmitteln, die vertraulich und nur auf Antrag eines Mitglieds durchgeführt werden sollten. Obwohl die Direktoren eine breite Vielfalt an Meinungen zu Ausgestaltung und Umfang der PCL-Auflagen ex post vertraten, stimmten sie insgesamt darin überein, dass der Stabsvorschlag, die politischen Auflagen auf den Abbau der verbleibenden Anfälligkeiten zu konzentrieren – eventuell auch durch frühere Maßnahmen und Leistungskriterien – ausgewogen war und den IWF-Richtlinien zur Konditionalität entsprach.⁴⁹

Die Exekutivdirektoren hatten ein erstes Gespräch über die Möglichkeiten zur Stärkung der IWF-Antwort auf systemische Schocks, so auch über den Vorschlag zur Einrichtung eines „Global Stabilization Mechanism“ (globaler Stabilisierungsmechanismus). Insgesamt zeigten sich die meisten Exekutivdirektoren offen gegenüber weiteren Erörterungen zu Möglichkeiten und Modalitäten, wie systemische Ereignisse im Rahmen eines vereinfachten Mechanismus aufzugreifen seien; dabei würde es sich um einen Prozess handeln, der sich auf die Entscheidungen des Exekutivdirektoriums konzentriert und enge Zusammenarbeit zwischen den maßgeblichen Institutionen betont, sich auf bestehende IWF-Instrumente und -Politiken stützt und übereinstimmende und gleichzeitige Angebote von FCL-Vereinbarungen an mehrere Länder zulässt. Weitere Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern ist nach Auffassung der Direktoren notwendig, um einen möglichst breiten Konsens zu erzielen. Die Exekutivdirektoren befürworteten auch weitere Stabsarbeiten zur Auslotung erhöhter Synergien mit regionalen Finanzierungsvereinbarungen.

MITGLIEDSCHAFT, DIREKTORIUM UND INSTITUTIONSTÄTIGKEITEN

Mitgliedschaft

Im Juni 2010 wurde Tuvalu mit Unterzeichnung des IWF-Übereinkommens 187. Mitglied im IWF.⁵⁰ Im April 2011 erhielt der IWF einen Antrag der Regierung des Südsudan auf Mitglieds-

schaft, der derzeit in Übereinstimmung mit den Verfahren des IWF zur Mitgliedschaft geprüft wird.⁵¹

Annahme der Artikel-VIII-Verpflichtungen durch die Demokratische Volksrepublik Laos

Im Juli 2010 teilte die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos, die dem IWF 1961 beigetreten war, dem IWF mit, dass sie die Verpflichtungen von Artikel VIII Abschnitte 2, 3 und 4 des IWF-Übereinkommens mit Wirkung zum 28. Mai 2010 angenommen habe.⁵² Damit verpflichtete sich das Land, die Zahlungen und Überweisungen für laufende internationale Transaktionen nicht einzuschränken und keine diskriminierenden Währungsvereinbarungen oder mehrfache Währungspraktiken vorzunehmen oder seinen Fiskalbehörden zu gestatten, es sei denn der IWF erteilt dazu seine Genehmigung. Bis heute haben insgesamt 167 der 187 Mitglieder des IWF die Artikel-VIII-Verpflichtungen akzeptiert (siehe Appendix Table II.8).

Exekutivdirektorium

Wahl der Direktoriumsmitglieder im Jahr 2010

Nach den derzeit gültigen Vereinbarungen setzt sich das Exekutivdirektorium des IWF aus 24 Exekutivdirektoren und dem Geschäftsführenden Direktor, der den Vorsitz hat, zusammen; 5 der Direktoren werden ernannt und 19 werden von den Mitgliedsländern oder von Ländergruppen gewählt. Das IWF-Übereinkommen fordert die turnusmäßige Wahl der Exekutivdirektoren alle zwei Jahre. Die turnusmäßige Wahl der IWF-Exekutivdirektoren wurde abgeschlossen, und das neue Exekutivdirektorium nahm seine Arbeit im November 2010 auf; die Amtszeit der Exekutivdirektoren läuft bis 31. Oktober 2012.⁵³ Laut IWF-Übereinkommen findet die nächste turnusmäßige Wahl des Exekutivdirektoriums im Herbst 2012 statt. Ziel ist es, die Wahlen von 2012 bereits entsprechend dem vom Gouverneursrat im Dezember 2010 verabschiedeten

Reformpaket durchzuführen, nach dem das Exekutivdirektorium, wie schon erwähnt, nur noch aus gewählten Exekutivdirektoren bestehen soll.

Maximierung von Effizienz und Wirksamkeit des Exekutivdirektoriums

Im Mai 2010 verlieh die „Working Group on Executive Board Committees (Arbeitsgruppe zu Exekutivdirektoriumsausschüssen) der Bestimmung von Reformen zur Steigerung von Wirksamkeit und Effizienz des Direktoriums höchste Priorität. Die Maßnahmen zur Bewältigung der in der Folge der globalen Krise anhaltend starken Arbeitsbelastung waren (1) Priorisierung von Politik- und Länderfragen im Arbeitsprogramm, um den Arbeitsfluss gleichmäßiger zu gestalten und eine Häufung der Direktoriumssitzungen vor Frühjahrstagung und Jahresversammlung zu vermeiden, (2) verbesserte Koordination zwischen Direktorium, Geschäftsführung und Stab bei der Umsetzung des Arbeitsprogrammkalenders, (3) verstärkter Einsatz von „lapse-of-time“-Verfahren bei Artikel-IV-Konsultationen und Programmprüfungen und (4) gezieltere Vorbereitung auf Direktoriumssitzungen, um mehr Raum für Gespräche zu Strategiefragen zu schaffen.

Vorsitz des IMFC

Der IMFC setzt sich aus Finanzministern und Zentralbankgouverneuren zusammen; er ist das wichtigste Beratungsgremium des Gouverneursrats und berät über die wichtigsten Politikfragen des IWF. Der Ausschuss kommt zweimal jährlich zusammen, im Frühjahr und anlässlich der Jahresversammlung von IWF und Weltbank im Herbst.

Im März 2011 wählten Mitglieder des IMFC Tharman Shanmugaratnam, Finanzminister von Singapur, zum Vorsitzenden des Ausschusses für eine Amtszeit von bis zu drei Jahren.⁵⁴ Minister Tharman ist seit Dezember 2007 Finanzminister von Singapur; zuvor leitete er das Bildungsressort. Vor seinem Einstieg in die Politik war er geschäftsführender Direktor der Monetary Authority of Singapore, Singapurs Zentralbank und Finanzregulierungsbehörde. Er bringt weitreichende Erfahrung, tiefe Kenntnisse zu Wirtschafts- und Finanzfragen und starke Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern weltweit zu seiner Rolle als Vorsitzender des IMFC.

Minister Tharman tritt damit die Nachfolge von Dr. Youssef Boutros-Ghali, dem ehemaligen Finanzminister Ägyptens, an, der im Monat zuvor seinen Rücktritt erklärt hatte.⁵⁵ Dr. Boutros-Ghali stand dem IMFC seit Oktober 2008 vor. Der frühere Geschäftsführende Direktor sprach Dr. Boutros-Ghali seinen Dank für seine Arbeit für den IWF und seine Mitglieder aus und merkte an, dass der IMFC unter seinem Vorsitz eine tragende Rolle gespielt hatte bei der Beratung und Anleitung zur Sicherung der politischen Koordination für eine globale Konjunkturerholung von der Finanzkrise und bei der Gestaltung der Zukunft des IWF – durch die Modernisierung der IWF-Überwachung, die Überarbeitung seines Kreditvergabesystems und die Quoten- und Governance-Reform.

Stellvertretender Gouverneur Moeketsi Senaoana gestorben

Die IWF-Gemeinschaft trauerte um den im März 2011 verstorbenen Zentralbankgouverneur von Lesotho und Stellvertretenden Gouverneur des IWF Moeketsi Senaoana.⁵⁶ Der Fachmann für Makroökonomie und wirtschaftliche Entwicklung brachte einen großen Erfahrungsschatz in seine Fondsarbeit ein. Seine früheren Aufgaben waren Minister für Finanzen und Entwicklungsplanung sowie Leitender Berater für Finanz- und Investitionspolitik für die Southern African Development Community. Er lehrte außerdem Volkswirtschaft an der National University of Lesotho. Nach dem Tod von Dr. Senaoana drückte der ehemalige Geschäftsführende Direktor der Bevölkerung von Lesotho und der Familie von Dr. Senaoana sein Beileid aus und sagte, man werde Dr. Senaoana zutiefst vermissen.

Neugestaltung von Jahresversammlung und Frühjahrstagung

Im Rahmen der fortlaufenden Modernisierungsbestrebungen und der Bemühungen, die Stakeholder stärker einzubinden, wurden bei der Jahresversammlung im Oktober 2010 und der Frühjahrstagung im April 2011 eine Anzahl von Reformen eingeführt. Ziel war es, das Potenzial dieser Tagungen als erstrangiges Forum für politische Entscheidungsträger und andere Stakeholder zu den wichtigsten internationalen makroökonomischen und Finanzfragen maximal zu entwickeln. Die Anzahl und Vielfalt der Veranstaltungen wurde erheblich ausgeweitet, um den Tagungen mehr Wirkungs- und Anziehungskraft zu verleihen. Es wurde ein neues, moderneres Logo kreiert, das den Tagungen ein stimmiges

Kasten 4.1

Ein halbes Jahrhundert im Dienst des IWF: A. Shakour Shaalan

Im Januar 2011 drückte das Exekutivdirektorium seine Wertschätzung gegenüber seinem dienstältesten Mitglied A. Shakour Shaalan aus, der sich seit fünf Jahrzehnten engagiert für den IWF einsetzt. Der ägyptische Staatsbürger kam 1961 als Wirtschaftswissenschaftler zur Forschungsabteilung des IWF. 1969 wechselte er in die Abteilung Naher Osten, zunächst als Referatsleiter und später als Direktor. Er leitete die Abteilung mit ebenso verbindlicher wie starker Führungskraft. 1992 wurde Herr Shaalan Exekutiv-

direktor für Ägypten, Bahrain, Irak, die Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman und die Arabische Republik Syrien. Bei einer Feierstunde des Direktoriums zur Fondstätigkeit von Herrn Shaalan beschrieb ihn der ehemalige Geschäftsführende Direktor Dominique Strauss-Kahn als „hervorragenden Botschafter des IWF gegenüber seinen Mitgliedern, Fürsprecher des Stabs und sehr kooperativen Partner der Geschäftsführung“.

Markenbild verleiht. Der Terminplan der Tagungen wurde gestrafft und um die schlankere Plenarsitzung gruppiert und die Ansprachen der Gouverneure wurden in einem Webcast übertragen. Sitzungsanträge vonseiten der G20, der Gruppe der Vierundzwanzig (G24) und des Commonwealth wurden berücksichtigt, ebenso gab es ein verbessertes Seminar- und Konferenzprogramm. Mehr Digitalisierung und Touchscreens vermittelten den Teilnehmern eine breite Vielfalt an Informationen in Echtzeit. Es wurde ein Online-Netz zur Zusammenarbeit für Delegierte und Stabsmitarbeiter mit dem Namen „IMFConnect“ eingeführt. Der IWF wandte sich über die internationale, regionale und nationale Presse und über soziale Medien an sein Publikum. Er schuf zusätzliche

Partnerschaften mit den Medien (BBC, CCTV, CNBC, FT, NDTV) für das Seminarprogramm und dehnte seine Fellowship-Programme aus, um Journalisten und Vertretern von Organisationen der Zivilgesellschaft aus Schwellen- und Entwicklungsländern die Berichterstattung über die Tagungen zu ermöglichen.

KAPAZITÄTSAUFBAU IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN

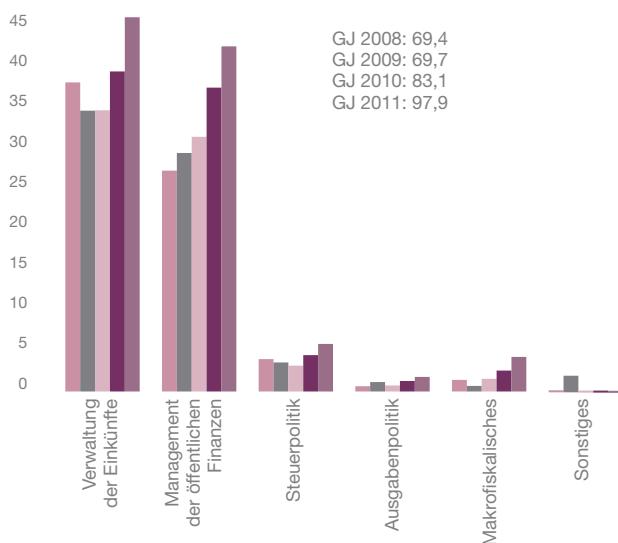
Kapazitätsaufbau ist eine Kernfunktion des IWF und setzt sich aus technischer Hilfe (technical assistance – TA) und Ausbildung

Schaubild 4.1

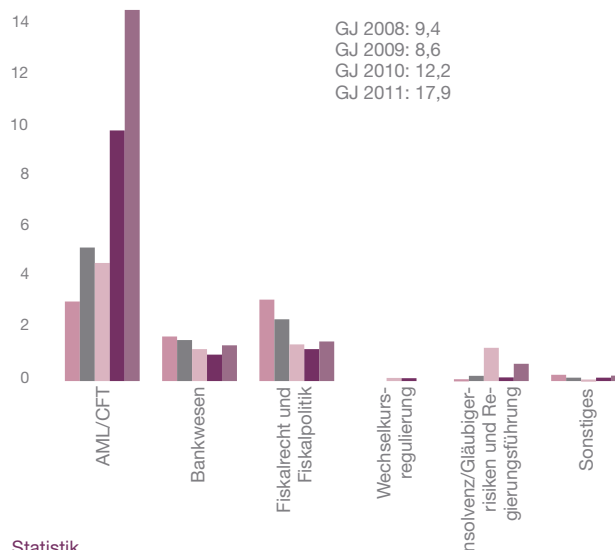
Bereitstellung technischer Hilfe nach Fächern und Thematik (In Personenjahren)

● GJ 2007 ● GJ 2008 ● GJ 2009 ● GJ 2010 ● GJ 2011

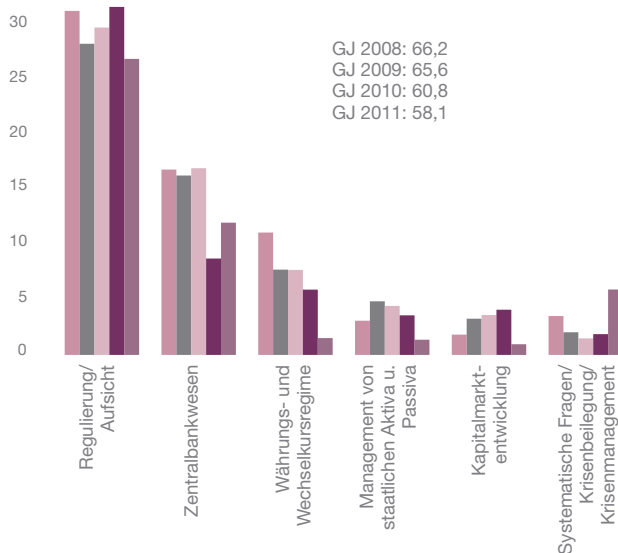
Fiskalpolitik



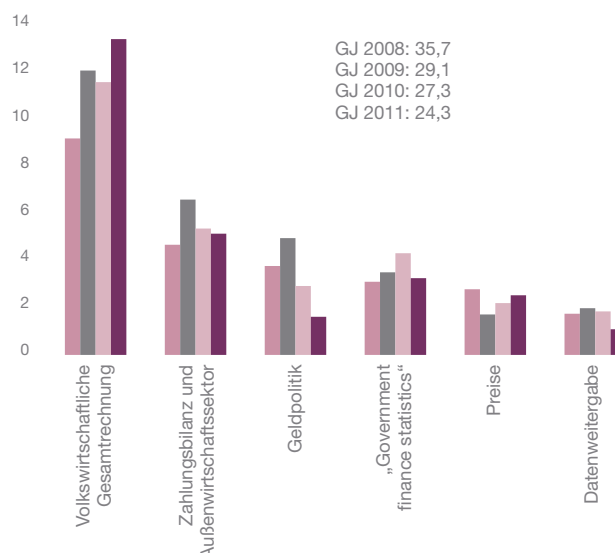
Recht



Geld- und Kapitalmärkte



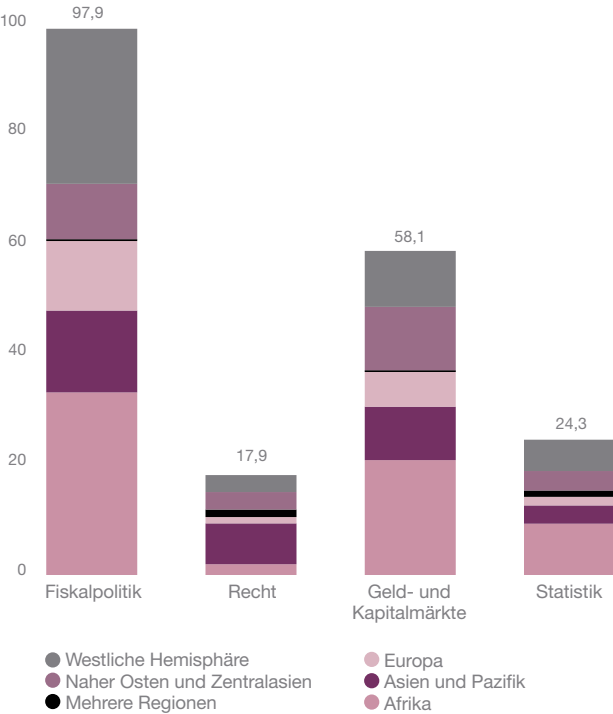
Statistik



Quelle: IWF, Büro für das Management der technischen Hilfe.

Schaubild 4.2

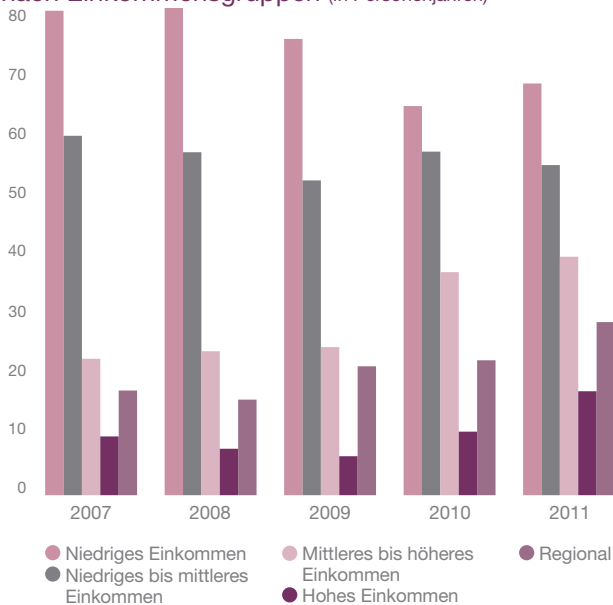
Bereitstellung technischer Hilfe im GJ 2011 nach Fächern und Regionen (In Personenjahren)



Quelle: IWF, Büro für das Management der technischen Hilfe.

Schaubild 4.3

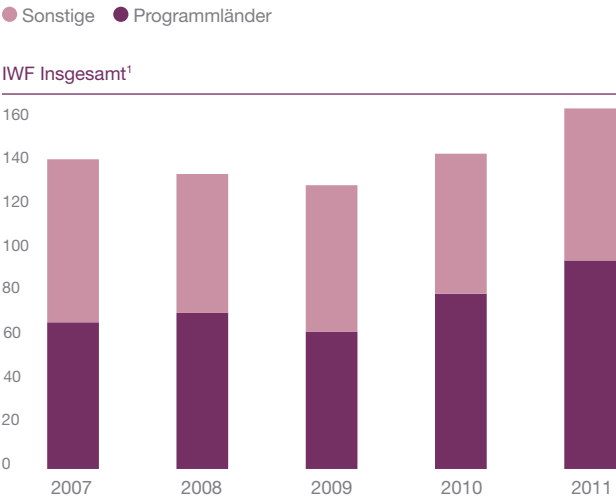
Bereitstellung technischer Hilfe nach Einkommensgruppen (In Personenjahren)



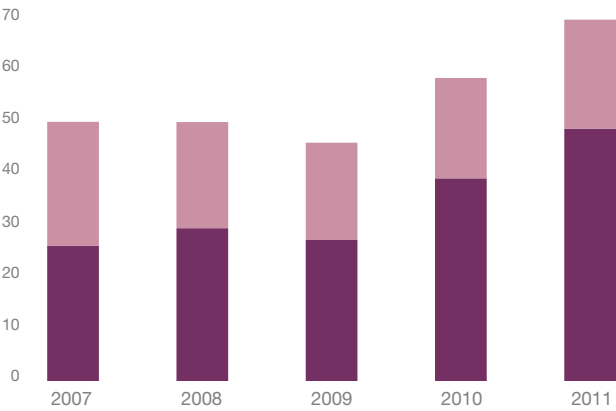
Quelle: IWF, Büro für das Management der technischen Hilfe.

Schaubild 4.4

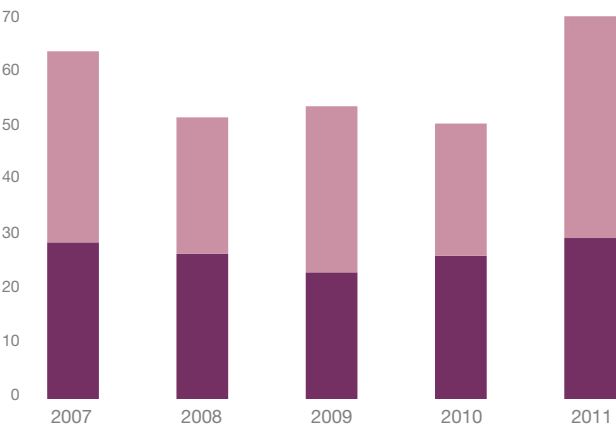
Bereitstellung technischer Hilfe nach Länderstatus



Fiskalpolitik



Geld- und Kapitalmärkte



Quelle: IWF, Büro für das Management der technischen Hilfe.

† Die vom IWF-Institut vermittelte Ausbildung ist hier nicht berücksichtigt.



Links Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft, Journalisten und Stipendiaten beim Meinungsaustausch während der Frühjahrstagung 2011. **Rechts** Frauen verarbeiten Paprika in einem Dorf in der Nähe von Strumica, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.



zusammen; damit soll die Kapazität der Empfängerländer gestärkt werden für die Umsetzung einer makroökonomischen Politik, die der Unterstützung eines nachhaltigen Wachstums dient.

Technische Hilfe

Auf Antrag von Mitgliedsländern stellt der IWF TA bereit, um tiefgreifende Politikberatung zu Spezialthemen zu gewähren und bei der Schaffung institutioneller Einrichtungen für die Ausgestaltung und Umsetzung solider makroökonomischer, das Finanzwesen betreffender und struktureller Politikmaßnahmen zu helfen. TA-Maßnahmen sind in die Überwachung und Kreditvergabe des IWF integriert und unterstützen die allgemeine Politikberatung des IWF. Durch intensive Gespräche mit den Ländern über technische Fragen helfen die Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau dem IWF auch, ein aktuelles Bild über aufkeimende Gefahren für die internationale Wirtschaft zu gewinnen.

Der IWF bietet TA in seinen Kernbereichen: fiskalische Angelegenheiten, Währungs- und Kapitalmärkte, Statistik sowie rechtliche Rahmenwerke zur Steuerung der Wirtschaftstätigkeit (Schaubild 4.1). Im GJ 2011 gewährte der IWF mehr als 180 Mitgliedsländern in aller Welt TA (Schaubild 4.2), wobei ungefähr 60 Prozent auf Länder mit niedrigem und niedrigem bis mittlerem Einkommen entfielen (Schaubild 4.3); infolge der Krise in Europa war auch ein erheblicher Anstieg an TA für Länder mit mittlerem bis höherem und hohem Einkommen zu verzeichnen. TA für Länder mit IWF-gestützten Programmen stieg weiter an (Schaubild 4.4).

Initiativen im Rahmen der technischen Hilfe

Reaktion auf die Krise

Im GJ 2011 konzentrierte sich die TA des IWF darauf, Länder auf dem Weg der Konjunkturerholung von der globalen Finanzkrise und ihren Folgen zu unterstützen. Die Länder, die von der globalen Krise schwer getroffen wurden, erhielten Hilfe zu fiskalischen Fragen, darunter Griechenland, Island, Lettland und Ungarn. Die Hilfe identifizierte Steuer- und Ausgabenmaßnahmen, die von den Regierungen dieser Länder im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme getroffen werden könnten, und viele dieser Maßnahmen wurden schließlich auch umgesetzt. Um Ländern bei der längerfristigen Stärkung ihrer öffentlichen Finanzen zu helfen, empfahl

die TA des IWF zudem Maßnahmen zur Verbesserung von Haushaltskontrolle, Umgang mit öffentlichen Finanzen und Verwaltung von Einkünften. Anträge auf Unterstützung im Umgang mit den Ursachen und Folgen von Finanzkrisen nahmen zu, vor allem zu den Themen Krisenbeilegung, Finanzsektorüberwachung, Stresstests, regulatorische Reformen, grenzüberschreitende Bankenabwicklung, makroprudentielle Politiken, systemisches Liquiditätsmanagement und Umgang mit Risiken bei Bilanzen des öffentlichen Sektors. So war die Finanzsektor-TA denn auch ein wesentliches Element der Unterstützung des IWF, um die schweren Auswirkungen der globalen Krise in Island und der Schuldenkrise in Jamaika anzugehen.

Traditionelle technische Hilfe zum Kapazitätsaufbau

Die Nachfrage nach TA auf *fiskalischem Gebiet* blieb im GJ 2011 hoch. Im Verlauf des Jahres wurde Hilfe zur Stärkung folgender Bereiche bereitgestellt: die grundlegende institutionelle Infrastruktur, Steuerpolitik und Verwaltung, Widerstandskraft des Finanzsektors, Solidität von Währungsangelegenheiten sowie hochwertige Statistiken in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und in fragilen Staaten.

Die TA zum Kapazitätsaufbau im fiskalischen Bereich nahm während des Geschäftsjahrs viele Formen an. TA für Haiti zielte darauf ab, externe Unterstützung für den Wiederaufbau zu mobilisieren, insbesondere durch Verbesserung makrofiskalischer Prognosen und Berichterstattung, Cash-Management und öffentliche Rechnungslegung. Unterstützung für Jordanien, Mexiko, Nigeria, Panama und Peru befasste sich mit Spezialthemen wie Analyse fiskalischer Risiken, Umgang mit öffentlich-privaten Partnerschaften sowie fiskalische Aspekte bei der Ausgestaltung von Staatsfonds. Darüber hinaus unterstützte der IWF mit seiner TA die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien beim langfristigen Kapazitätsaufbau und bei Reformen zur Steuerverwaltung, half Peru bei der Neugestaltung des Finanzministeriums und der Einführung eines einzigen Kontos beim Finanzministerium und unterstützte Vietnam bei der Umsetzung einer Reformstrategie für Steuerpolitik und Verwaltung.

Kapazitätsaufbauende TA zu *Währungs- und Finanzfragen* im Verlauf des Jahres half Ländern geldpolitische Operationen zu verbessern und die Rechnungslegung der Zentralbanken zu

stärken. Langjährige Experten in Indonesien, Kambodscha, den Philippinen und Vietnam arbeiteten mit ihren Amtskollegen an der Stärkung der Bankenaufsicht.

Im GJ 2011 wurde die Unterstützung der Länder zur Erstellung von *Statistiken* zu Makroökonomie und Finanzwesen fortgesetzt. Zu den Höhepunkten der Arbeit zählen die Umfrage, die IWF-Experten im Dezember 2010 in 72 Ländern zu Direktinvestitionen durchführten (Coordinated Direct Investment Survey), und die Unterstützung dieser Länder zur Verbesserung der Daten über ausländische Direktinvestitionen. Der IWF half auch einer Anzahl an afrikanischen Ländern bei der Verbesserung ihrer Wirtschaftsstatistiken und Datenweitergabe und mehreren Karibiknationen bei der Entwicklung genauerer Statistikreihen zu BIP und Preisen. Darüber hinaus halfen die Fachleute einer Anzahl von Ländern in Afrika südlich der Sahara bei der Implementierung regionaler Standards für Finanzstatistiken der Regierung. Mit der Hilfe des IWF verbesserten viele andere Länder ebenfalls ihre Statistikberichte und Datenweitergabe.

Die Beratung zu *rechtlichen* Fragen befasste sich mit Regelwerken zur Wirtschaftspolitik, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie Verpflichtungen gemäß dem IWF-Übereinkommen. In Ergänzung zur technischen Hilfe im Haushalts- und Finanzsektor halfen Rechtsexperten Ländern bei Gesetzesentwürfen zu Finanzsektorfragen, Besteuerung, Management der öffentlichen Finanzen sowie Fragen zur Insolvenz von Unternehmen und Privathaushalten.

Reformen des Programms der technischen Hilfe

Der IWF setzte im GJ 2011 seine Arbeiten fort, um die Wirksamkeit der TA zu steigern; dazu wurden die Partnerbeziehungen zu Gebern erweitert und die Verwaltung der geberfinanzierten TA-Maßnahmen verbessert. Geberbeiträge zur Finanzierung der IWF-Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau haben dem Fonds erlaubt, auf die steigende Nachfrage zu reagieren, einschließlich Anträge auf mehr spezialisierte Beratung (Schaubild 4.5).

Regionale Zentren für technische Hilfe

Gebermittel sind entscheidend für den Betrieb der sieben regionalen Zentren für technische Hilfe (Regional Technical Assistance Center – RTAC), die der IWF in der Pazifikregion, in der Karibik, in Afrika, im Nahen Osten und in Mittelamerika unterhält. Diese regionalen Zentren sind wichtiger Bestandteil des regionalen Ansatzes, den der IWF bei seiner Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung verfolgt; denn damit lässt sich die Hilfe besser auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Region zuschneiden, und der IWF kann schneller auf entstehenden Bedarf reagieren.

Auf Antrag der Empfängerländer setzte der IWF die Ausweitung seines RTAC-Netztes fort. Nach umfassenden Vorbereitungen nahm das AFRITAC South in Mauritius im Juni 2011 seinen Betrieb auf. Das Zentrum bedient das südliche Afrika und erhält Unterstützung von der Afrikanischen Entwicklungsbank, Australien, Brasilien, Kanada, dem Regionalprogramm der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit Organisationen der Region (die Indian

Ocean Commission, der Common Market for Eastern and Southern Africa, die East African Community und die Intergovernmental Authority on Development), der Europäischen Investitionsbank, Finnland, der Schweiz sowie vom Vereinigten Königreich. Stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, wird 2012 ein weiteres RTAC für die nicht Französisch sprechenden Länder Westafrikas eröffnet (damit ist dann Afrika südlich der Sahara vollständig abgedeckt). Ebenso ist ein Zentrum für Zentralasien geplant.

Es laufen wichtige Finanzierungskampagnen für neue Phasen der bestehenden RTACs, die aufgrund der starken Nachfrage ebenfalls expandieren.

Thematische Treuhandfonds

Gebermittel spielen bei der Unterstützung der technischen Hilfe, die über die thematischen Treuhandfonds des IWF (Topical Trust Fund – TTF) bereitgestellt wird, eine entscheidende Rolle; diese Hilfe deckt spezielle Themen ab und ergänzt die regional ausgerichtete Hilfe der RTACs. Der erste TTF, der im Mai 2009 ins Leben gerufen wurde, konzentriert sich auf Kapazitätsaufbau im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (anti-money laundering/combating the financing of terrorism – AML/CFT).

Die Geber für zwei neue TTFs (zu Steuerpolitik und Verwaltung sowie Management von Vermögen von natürlichen Ressourcen) haben die Arbeitspläne für das GJ 2012 gebilligt.⁵⁷ Finanziert werden diese beiden neuen Treuhandfonds von Australien, Belgien, Deutschland, der EU, Kuwait, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Oman und der Schweiz, die zusammen 45 Mio. US\$ oder mehr als 80 Prozent der Fünfjahreshaushalte der beiden TTFs zugesagt haben. Da viele dieser Geber auch den ersten TTF unterstützten, signalisiert ihre Bereitschaft zur Teilnahme an anderen, ähnlich gelagerten Initiativen, dass sie die TTFs als wirksames Mittel zur Koordinierung von Kapazitätsaufbau und Nutzung der einschlägigen Kenntnisse des IWF ansehen. Es laufen auch Vorbereitungen zur Einführung eines TTF für das Programm zu den extern finanzierten und berufenen Mitarbeitern, und die Arbeiten zur Zusammenstellung von TTFs zu Wirtschaftsstatistik und tragfähiger Schuldenstrategie sowie zur Unterstützung der Ausbildung für Afrika dauern an.

Ausdehnung bilateraler Partnerschaften mit Gebern

Der IWF arbeitet ständig an der Erweiterung und Vertiefung seiner bilateralen Geberbeziehungen. Nach ihrem Beitrag zur Unterstützung der RATCs im Dezember 2009 schloss die Europäische Union im November 2010 ihre erste bilaterale Vereinbarung mit dem IWF zur Unterstützung der Fondsmaßnahmen zum Kapazitätsaufbau. Der IWF intensivierte darüber hinaus im GJ 2011 seine Partnerschaft mit Japan (der größte Geber zu den Kapazitätsaufbaumaßnahmen des Fonds), dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Kanada, Australien, Norwegen, den Niederlanden, Frankreich und Neuseeland, die trotz ihrer schwierigen Haushaltslage die TA des IWF während des Jahres weiter unterstützten. So sagte Japan für die GJ 2010-12 100 Mio. US\$ zu, Schweden nahm seine Unterstützung der IWF-TA im GJ 2011 wieder auf und leistete Beiträge zu einem neuen „Macro Fiscal Trust Fund“



Links Eine Kleinfabrik in Port-au-Prince, Haiti, stellt handgefertigte Zementblocks her. **Rechts** Teilnehmer an einer Konferenz über einkommensschwache Länder am Hauptquartier des IWF bei Vorträgen, November 2010.



für Liberia, der von mehreren Gebern finanziert wird. Des Weiteren wurde im Lauf des Jahres eine Einverständniserklärung mit der Weltbank für ein Projekt über 5,6 Mio. US\$ unterzeichnet, das von Kanada zur Unterstützung des volkswirtschaftlichen Management in der Karibik finanziert wird; es wurde außerdem eine Einverständniserklärung mit den USA – die erste – unterzeichnet. Im GJ 2011 beliefen sich die Mittel, die der Fonds zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus bekam, auf etwa 120 Mio. US\$, was einem Anstieg von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt (siehe Webtabelle 4.1).

Steigerung von Wirksamkeit und Effizienz

Der Fonds machte im GJ 2011 weitere Fortschritte zur Verwirklichung seiner TA-Reformziele von 2008, zu denen mehr Effizienz, eine stärkere interne Priorisierung sowie verbesserte Kostenrechnung gehören. Diese Fortschritte führten zu mehr Geberbeiträgen (siehe den vorangegangenen Abschnitt), dank denen der Fonds die erhöhte Nachfrage nach Kapazitätsaufbau seit dem Stellenabbau von

2008-09 erfüllen kann. Angesichts der starken strukturellen Veränderungen der letzten Zeit schaffte der IWF die Regelung für Länderbeiträge zum Kapazitätsaufbau noch vor ihrem geplanten Inkrafttreten (im Mai 2011) ab. Die Beitragsregelung wurde zwar im Rahmen der TA-Reform von 2008 anvisiert, dann aber angesichts der Krise und auf Drängen einer Anzahl von Mitgliedsländern aufgeschoben. Die Entscheidung zur Abschaffung der Regelung basierte auf der Bewertung, dass die Kosten für die Gebührenerhebung zu kapazitätsbildenden Maßnahmen in dem neuen Umfeld höher seien als die beschränkten Vorteile; außerdem sollte die Gefahr gemindert werden, dass aufgrund der Gebühren die TA in die Länder fließt, die zahlen können.

Im GJ 2011 wurde eine Anzahl von Arbeitsgruppen zur Nachbereitung der Reform von 2008 einberufen; außerdem sollen sich die Gruppen auf verschiedene Aspekte zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz der vom IWF geleisteten technischen Hilfe konzentrieren. Eine Arbeitsgruppe zur TA-Finanzierung untersuchte

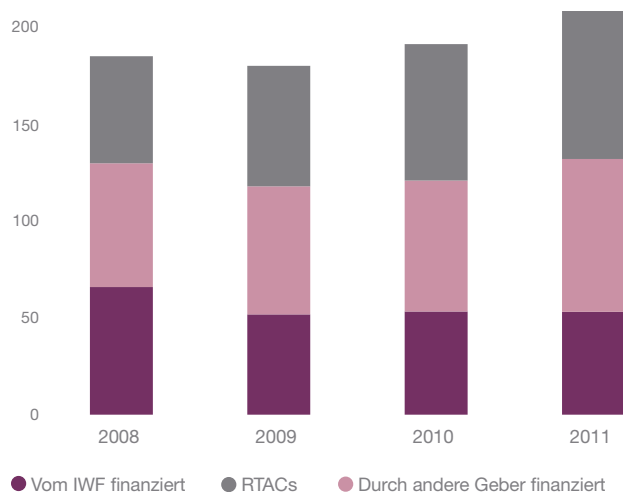
Kasten 4.2

Bewertung der Wirksamkeit der Ausbildung durch das IWF-Institut

Das IWF-Institut setzt eine Reihe von Überwachungs- und Bewertungsmethoden ein, um sicherzustellen, dass seine Programme den Ausbildungsbedarf der Mitgliedsländer erfüllen. Diese Methoden umfassen (1) quantitative wie qualitative Bewertungen der Ausbildung durch die Teilnehmer am Ende eines jeden Kurses, (2) Beiträge von den Partnern des Instituts an den regionalen Ausbildungszentren, (3) eine Dreijahreserhebung unter den Sponsoren der Teilnehmer, die von einer international anerkannten Forschungsfirma durchgeführt wird, (4) Brainstorming-Veranstaltungen mit leitenden Beamten der beteiligten Länder sowie (5) Folgebefragungen 12-18 Monate nach einer Reihe von unterschiedlichen Kursen, um zu bewerten, ob der Ausbildungsnutzen anhält. Diese Befragungen, die im GJ 2011 eingeführt wurden, werden ebenfalls von einer unabhängigen Marktforschungsfirma durchgeführt, um die Anonymität der Antworten zu gewährleisten.

Die Folgebefragungen wurden im GJ 2011 zu sieben Kursen des GJ 2010 vorgenommen (zwei am Singapore Training Institute des IWF, zwei am Gemeinsamen Institut in Wien sowie je einer im India Training Program, am Hauptquartier des IWF und im Fernunterricht). Die Fragebögen wurden an die Teilnehmer und Vorgesetzten in den Behörden geschickt, die ihre Mitarbeiter in die Ausbildung entsandt hatten.

Das durch diese verschiedenen Bewertungskanäle gewonnene Feedback ist sehr positiv. In den neuen Folgebefragungen bestätigten Teilnehmer wie Sponsoren mit überwältigender Mehrheit, dass die Ausbildung den Teilnehmern geholfen habe, ihre Arbeit besser zu erledigen, und ihre Aussichten auf Beförderung verbessert habe und dass die Teilnehmer das erworbene Wissen mit ihren Kollegen teilten.

Schaubild 4.5**Bereitstellung technischer Hilfe durch den IWF**
(In Personenjahren)

Quelle: IWF, Büro für das Management der technischen Hilfe.
Hinweis: Das IWF-Institut ist in diesen Daten nicht berücksichtigt.

die richtige Mischung von Geber- und IWF-Mitteln, um ausreichende Flexibilität für die Bedienung dringenden TA-Bedarfs sicherzustellen. Eine andere Arbeitsgruppe, diese zu ergebnisorientiertem Management, prüfte internationale Praktiken, um einen Ansatz für den IWF in diesem Bereich zu entwickeln, und stützte sich dabei auf den bestehenden TA-Planungs- und Implementierungsprozess. Eine dritte Arbeitsgruppe befasste sich mit der Ausarbeitung von Empfehlungen, um den Betrieb aller RTACs zu vereinheitlichen und die technische Hilfe in den RTACs noch mehr mit der sonstigen TA des IWF in Einklang zu bringen.

Darüber hinaus werden weiterhin Bewertungen ausgewählter Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau vorgenommen, einschließlich Bewertungen ihrer Wirksamkeit und Effizienz. Im GJ 2011 förderte der IWF die Bewertungen der bilateralen Treuhandfonds mit Belgien, der Schweiz und Japan und begann mit der Vorbereitung unabhängiger externer Bewertungen des thematischen Treuhandfonds zu AML/CFT und einer Studie der Verwaltungskosten des RTAC in der Karibik, die im GJ 2012 aufgenommen werden sollen.

Ausbildung

Die Ausbildung für Beamte in den Mitgliedsländern ist ein wesentlicher Bestandteil der IWF-Arbeit zum Kapazitätsaufbau. In Kursen und Seminaren geben die Mitarbeiter des IWF ihr Wissen zu einer Vielzahl an Themen weiter, die für eine wirksame makroökonomische und finanzielle Analyse und Politik entscheidend sind; dazu gehören Kurse zur Erstellung makroökonomischer Statistiken und zu verschiedenen fiskalischen, monetären und rechtlichen Problemstellungen. Ein Großteil der Ausbildung wird über ein vom IWF-Institut organisiertes Programm (in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen) bereitgestellt und findet am Hauptquartier des IWF, in den sieben regionalen Ausbildungszentren in aller Welt und per Fernunterricht statt.

Es wurden große Fortschritte gemacht bei dem wichtigsten mittelfristigen Ziel, mit der Unterstützung von Gebern das Ausbildungsvolumen wieder aufzubauen –, nachdem im GJ 2009 aufgrund der Neustrukturierung des IWF Kürzungen vorgenommen worden waren. Im GJ 2011 stellte das IWF-Institut mehr als 9.000 Teilnehmerwochen an Ausbildung bereit, der 4.200 Beamte beiwohnten, – ein 6-prozentiger Anstieg gegenüber dem GJ 2009 (siehe Webtabelle 4.2). Die Ausbildung für Lateinamerika erhielt durch die Ausweitung des Joint Regional Training Center for Latin America in Brasilien im Mai 2010 vermehrt Unterstützung.⁵⁸ Eine Vereinbarung zwischen Kuwait und dem IWF vom November 2010 zur Einrichtung des neuen IMF-Middle East Center for Economics and Finance wird die Unterstützung für IWF-Ausbildung in der Region ab dem GJ 2012 erheblich erhöhen.⁵⁹ Das IWF-Institut hat die Bewertung der Ausbildung weiter gestärkt und Geber mit zusätzlichem Feedback versorgt (siehe Kasten 4.2).

Der Lehrplan wird ständig an die Prioritäten des IWF und die sich ändernden Anforderungen der Mitgliedsländer angepasst; zu diesem Zweck wurde im GJ 2011 zusätzliche Ausbildung zu makroökonomischer Diagnostik und Finanzsektorfragen angeboten. Das IWF-Institut veranstaltete ein hochrangiges Seminar mit dem Titel „Natural Resources, Finance and Development: Confronting Old and New Challenges“ in Algerien und gemeinsam mit der George Washington University eine Konferenz zum Thema „Financial Regulation and Supervision: Lessons from the Crisis“. Eine hochkarätig besetzte Diskussionsrunde mit regionalem Dialog zum Thema „Growth and Employment in Europe“ fand am Gemeinsamen Institut in Wien statt.

INITIATIVEN ZU DATEN UND DATENSTANDARDS

Die IWF-Standards für Datenweitergabe

Datenweitergabestandards erhöhen die Verfügbarkeit zeitnaher und umfassender Statistiken, die zu soliden makroökonomischen Politiken beitragen. Zu den Schritten, die der IWF zur Erhöhung von Transparenz und Offenheit unternommen hat, gehört die Aufstellung und Stärkung von Datenweitergabestandards, die Ländern als Leitfaden dienen können. Der im März 1996 erstellte spezielle Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard – SDDS) will den Mitgliedern Anleitung geben zur Bereitstellung ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten für die Öffentlichkeit. Das Allgemeine Datenweitergabesystem (General Data Dissemination System – GDDS) von 1997 bietet ein Regelwerk, das Ländern bei der Entwicklung statistischer Systeme und Erzeugung umfassender und genauer Statistiken für Politikentscheidungen und Analyse helfen soll. Die Teilnahme am SDDS und GDDS ist freiwillig.⁶⁰

Im Mai 2010 meldete sich Georgien für den SDDS an und brachte damit die Anzahl der Unterzeichnerländer auf 68. Bhutan und Kosovo traten dem GDDS im Mai 2010 bzw. im April 2011 bei, sodass der GDDS jetzt 98 Teilnehmer zählt (ohne die Länder, die vom GDDS in den SDDS aufgestiegen sind). Ausführliche Informationen zu den statistischen Produktions- und Weitergabepraktiken in Bhutan, Georgien und Kosovo finden sich jetzt auf dem

Kasten 4.3

Daten- und Statistikmaßnahmen im GJ 2011

Die jüngste Krise bestätigte eine alte Lektion: Gute Daten und gute Analysen sind entscheidend für die wirksame Überwachung und Politikreaktion auf nationaler wie internationaler Ebene. Teils in Reaktion auf die durch die Krise offenbarten Datenlücken und teils als Ergebnis der laufenden Arbeit war das GJ 2011 ein wichtiges Jahr für Daten und Statistiken im IWF. Maßnahmen umfassten die Einführung neuer Online-Datenbanken, um der Öffentlichkeit Zugang zu wichtigen Statistiken zu geben, die relevant, stimmig und international vergleichbar sind, primär gedacht für politische Entscheidungsträger. Der *Financial Access Survey* enthält Indikatoren der geografischen und demografischen Reichweite finanzieller Dienstleistungen; die *Quarterly Public Sector Debt Database* führt Statistiken zur Staatsverschuldung von 35 Ländern, die alle drei Monate aktualisiert und in Zusammenarbeit mit der Weltbank erstellt werden; der *Coordinated Direct Investment Survey* ist die erste weltweite Umfrage zu ausländischen Direktinvestitionspositionen, eine gemeinsame Arbeit von IWF und seinen institutionsübergreifenden Partnern Europäische Zentralbank (EZB), Eurostat, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung (UNCTAD).

Im Jahresverlauf gab der IWF zusammen mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) den zweiten Teil seines *Handbook on Securities Statistics* heraus, der sich mit Schuldtitelbeständen befasst. Das *Handbook* wurde auf Antrag verschiedener internationaler Gruppen erstellt, um methodische Standards für Wertpapierstatistiken zu entwickeln; es ist so konzipiert, dass es nationale wie internationale Organisationen

bei der Erstellung von Wertpapierstatistiken unterstützt, die für die Formulierung der Geldpolitik und die Analyse der Finanzstabilität herangezogen werden können. Das *Handbook* ist eine gemeinsame Initiative mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Europäischen Zentralbank. Teil 1 des *Handbook* befasst sich mit Schuldtiteln und wurde im Mai 2009 veröffentlicht; Teil 3 hat andere Wertpapiere als Schuldtitel zum Thema und soll im GJ 2012 herauskommen.

Der IWF arbeitete während des Jahres mit Partnerorganisationen an der Veranstaltung von Konferenzen zu Daten und Statistiken, so etwa die *Conference on Strengthening Position and Flow Data in the Macroeconomic Accounts*, die gemeinsam mit der OECD durchgeführt wurde. Die Konferenz befasste sich mit der Erstellung sektoriell integrierter makroökonomischer Konten, die eine wichtige Datenlücke, die infolge der Finanzkrise offensichtlich wurde, schließen soll. Eine Konferenz hochrangiger Beamter der G20 zur *G-20 Data Gaps Initiative* in Washington, D.C., im März 2011, führte gemeinsam mit dem Sekretariat des FSB eine Bestandsaufnahme der Fortschritte durch, die mit der Initiative erzielt wurden. In Vorbereitung auf die Konferenz veranstaltete der IWF ein Treffen der *Inter-Agency Group on Economic and Financial Statistics*, der die BIZ, EZB, Eurostat, der IWF (Vorsitz), die OECD, die VN und die Weltbank angehören. Der Fonds richtete ein *Government Finance Statistics Advisory Committee* ein, das die Verbesserung fiskalischer Statistiken zum Ziel hat; im Ausschuss sind Länderexperten und Repräsentanten der internationalen Behörden sowie Datennutzer vertreten.

Dissemination Standards Bulletin Board des IWF, das Zugang zu den Webseiten SDDS, GDDS und Data Quality Reference gewährt.⁶¹

Zwischenbericht über die Achte Überprüfung der Datenstandardinitiativen des IWF

Bei seiner Erörterung im März 2010 über die Ausweitung der Finanzindikatoren im SDDS kam das Exekutivdirektorium überein, den Termin der Achten Überprüfung der Datenstandardinitiativen des IWF vorzuverlegen, und bat um einen Zwischenbericht binnen Jahresfrist; im Februar 2011 besprach das Direktorium den Interim Report, der vom Stab auf diesen Antrag hin erarbeitet worden war.⁶² Der Interim Report baut auf Arbeiten für die Volkswirtschaften der G20 auf und bereitet den Weg für die Vorbereitung zur Achten Überprüfung mit dem Ziel Datenlücken zu schließen und Transparenz durch Datenweitergabe zu fördern.

Die Exekutivdirektoren notierten den zufriedenstellenden Fortschritt bei den jüngsten Änderungen an den Datenstandards des IWF, darunter die Aufnahme in den SDDS von Indikatoren zur finanziellen Solidität und die Anpassung des GDDS an den SDDS. Sie waren ermutigt durch das allgemeine positive Feedback vonseiten der Unterzeichner, Teilnehmer und anderen Stakeholdern, stellten aber

auch Verbesserungsbedarf auf manchen Gebieten fest. Nach Worten der Direktoren unterstrich die globale Finanzkrise den Bedarf an hochwertigen, vergleichbaren und zeitnahen Daten, die für die frühe Aufdeckung von Risiken und Anfälligkeiten entscheidend sind.

Die Exekutivdirektoren erkannten, dass das Fehlen von Daten zwar keine Hauptursache für die globale Finanzkrise war, die Krise jedoch ernste Datenlücken in Schlüsselbereichen zeigte, wo Verknüpfungen von Institutionen und Märkten zu Gefahren und Anfälligkeiten für das nationale und globale Finanzsystem führen könnten. Deshalb, so die Direktoren, gibt es guten Grund einen effizienten Weg zur Schließung dieser Lücken zu suchen, vor allem in Ländern mit systemrelevanten globalen Finanzsektoren. Demzufolge befürworteten die meisten Exekutivdirektoren weitere Arbeit an einem Vorschlag zu einem „SDDS Plus“ als zusätzliche Stufe in den Datenstandardinitiativen des Fonds im Rahmen der im Interim Report aufgestellten Bedingungen und Modalitäten.

Die Exekutivdirektoren wollten konkrete Vorschläge zur Verbesserung des SDDS im Rahmen der Achten Überprüfung 2012 erörtern und eine fruchtbare Diskussion zu den möglichen Modalitäten im Umgang mit Datenlücken führen, die durch die jüngste Krise offenbart wurden, sowie weitere Analysen der Ressourcenfrage vornehmen.

5

FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT



5

FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Die weltweite Krise machte deutlich, dass die Ressourcen des IWF für die Bereitstellung von Finanzierung an die Mitgliedsländer entscheidend erhöht werden mussten. Im GJ 2011 billigte der IWF eine Erhöhung der Mitgliederquoten von historischem Ausmaß, die jetzt Ratifizierung durch die Mitgliedsländer des Fonds erwartet, um wirksam zu werden, und er billigte und aktivierte eine starke Ausweitung seiner ständigen Vereinbarungen zur Kreditaufnahme von den Mitgliedsländern, was zu einer bedeutenden Aufstockung der ihm zur Bereitstellung solcher Finanzierung verfügbaren Ressourcen führte. Er unterzeichnete überdies bilaterale Vereinbarungen mit einer Anzahl von Mitgliedsländern zur Unterstützung von nichtkonzessionärer wie konzessionärer Kreditvergabe. Der begrenzte Goldverkauf vonseiten des Fonds kam im Jahresverlauf zum Abschluss und wird die Finanzierung einer Stiftung entsprechend dem neuen Einkommensmodell des Fonds, das 2008 verabschiedet wurde, sicherstellen. Es wird auch befürwortet, dass Ressourcen aus dem Erlös des Goldverkaufs zur Bereitstellung konzessionärer Hilfe für einkommensschwache Länder verfügbar gemacht werden, doch wurde dafür noch keine endgültige Strategie festgelegt.

Das Exekutivdirektorium schloss seine jährliche Prüfung des Verwaltungs- und Kapitalhaushalts des IWF ab und billigte einen Haushalt für das GJ 2012, der eine anfängliche Finanzierung für umfassende Sanierungsarbeiten am älteren der beiden Hauptquartiergebäude des IWF (HQ1) und am Concordia-Gebäude sowie notwendige Investitionen in Ausrüstung und Software der Informationstechnik vorsieht. Das Direktorium prüfte auch die Angemessenheit der Risikorücklagen des Fonds und seiner Sicherungsbewertungsmaßnahmen. Das Exekutivdirektorium begrüßte die Bildung eines externen Fachgremiums zur Prüfung des Regelwerks, das der Fonds für die Steuerung seiner Strategie-, Finanz- und Betriebsrisiken einsetzt. Es billigte auch die Ausdehnung des Mandats des IWF-Büros für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection – OIA) auf Audits der Finanzausgaben und der Einhaltung von Regeln, Bestimmungen und Verfahrensweisen des Fonds vonseiten des Exekutivdirektoriums und der damit zusammenhängenden Organisationen, einschließlich der Büros der Exekutivdirektoren und des Unabhängigen Evaluierungsbüros.

Im Bereich Personalwesen wurden die intensiven Anwerbemaßnahmen sowie die Umsetzung bedeutender Personalreformen weiter fortgeführt. Im Mai 2011 erklärte Dominique Strauss-Kahn seinen Rücktritt als Geschäftsführender Direktor des Fonds, und das Exekutivdirektorium begann mit dem Auswahlverfahren für den nächsten Geschäftsführenden Direktor, das im Juni 2011 mit der Ernennung von Christine Lagarde als neuer Geschäftsführender Direktorin des IWF abgeschlossen wurde. Nachdem der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Murilo Portugal den Fonds im März 2011 verließ, trat Nemat Shafik seine Nachfolge an.

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office – IEO) setzte seine Arbeit zur Bewertung der Regelungen und Maßnahmen des IWF fort. Er veröffentlichte eine Bewertung der Leistung des IWF in der Zeit vor der weltweiten Krise, schloss die Arbeit zu einer Bewertung der Forschung im IWF ab und begann mit dem Arbeitsprogramm für kommende Evaluierungen. Die Informationsarbeit spielte weiterhin eine wichtige Rolle in der Gesamtstrategie des IWF: Die regionalen Beratungsgruppen trafen sich erstmals gemeinsam anlässlich der Jahresversammlung 2010 und es wurden zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen IWF und seinen asiatischen Mitgliedern und zur Förderung der Beziehungen zu den Gewerkschaften durchgeführt.

HAUSHALT UND EINKÜNFTE

Quotenerhöhungen

Die Ressourcen des IWF für die Bereitstellung von Finanzhilfen stammen in erster Linie aus den Quotenzeichnungen, die jedes Land bei seinem Fondsbeitritt zahlt und die im Großen und Ganzen auf seiner relativen Größe in der Weltwirtschaft basieren. Wie in Kapitel 4 erörtert, werden zwei Reformen der jüngsten Zeit zu einer entscheidenden Erhöhung der Mitgliederquoten beitragen. Im März 2011 traten die Quoten- und Stimmrechtsreformen des IWF von 2008 in Kraft. Die Reformen umfassen Quotenerhöhungen für 54 Mitgliedsländer, die sich insgesamt auf 20,8 Mrd. SZR (rund 33,7 Mrd. US\$) belaufen. Im Dezember 2010 billigte der Gouverneursrat des IWF weitere Reformen, die bei Ratifizierung durch die Mitglieder die Quoten auf ungefähr 476,8 Mrd. SZR (rund 772,9 Mrd. US\$) verdoppeln werden. Diese beispiellose Erhöhung der Mitgliederquoten soll vor der Jahresversammlung 2012 abgeschlossen werden.

Ausdehnung und Aktivierung der Neuen Kreditvereinbarungen

Zur Ergänzung seiner Quotenmittel unterhält der IWF zwei ständige Kreditlinien, die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV – General Arrangements to Borrow) von 1962 und die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) von 1998. Diesen Vereinbarungen zufolge stehen eine Anzahl an Mitgliedsländern

oder ihre Institutionen bereit, dem IWF durch Aktivierung der Vereinbarungen weitere Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Im April 2009 forderten die Staats- und Regierungschefs der G20, nachdem die globale Krise einen starken Anstieg an Finanzierungsbedarf durch den Fonds verursacht hatte, vom IWF (mit dem darauf folgenden Einverständnis des IMFC) die Erhöhung der für eine derartige Finanzhilfe verfügbaren Ressourcen. Im November 2009 schlossen die 26 damaligen NKV-Teilnehmer und 13 mögliche neue Teilnehmer eine prinzipielle Übereinkunft über eine erweiterte und flexiblere NKV; im April 2010 traf der IWF die formelle Entscheidung zu einer beträchtlichen Erweiterung der NKV um 13 neue Teilnehmer, darunter eine bedeutende Anzahl an Schwellenländern. Diese Reform der NKV musste von den bestehenden 26 Teilnehmern ratifiziert werden und sah vor, dass eine Mindestzahl an neuen Teilnehmern den Fonds über ihre Einhaltung der erweiterten NKV verständigt. Im März 2011 teilte der IWF mit, dass der Ratifizierungsprozess abgeschlossen und die Erweiterung in Kraft getreten war.⁶³ Wenn sämtliche neuen Teilnehmer den Fonds über ihr Einverständnis mit den erweiterten NKV verständigt haben (wofür in einigen Fällen noch die Abstimmung im Land erforderlich ist), wird diese Erweiterung die NKV um mehr als das Zehnfache, und zwar von 34 Mrd. SZR (rund 55 Mrd. US\$) auf 367,5 Mrd. SZR (rund 576 Mrd. US\$), erhöhen. Mit Stand vom 30. April 2011 lagen die gesamten in Kraft getretenen NKV-Kreditvereinbarungen bei 363,2 Mrd. SZR.

Im April 2011 gab der IWF bekannt, dass das Exekutivdirektorium das Verfahren für die erste Aktivierung der erweiterten NKV formell abgeschlossen habe; dafür waren die Zustimmung der Teilnehmer, die insgesamt eine 85-prozentige Mehrheit der gesamten Kreditvereinbarungen unter den stimmberechtigten Teilnehmern halten, und die Zustimmung des Direktoriums notwendig.⁶⁴ Angesichts der beträchtlichen Erhöhung an Quotenmitteln, die bei Inkrafttreten der Quotenerhöhung unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung zur Verfügung stehen werden, sollen die NKV entsprechend reduziert werden; die Einzelheiten dazu werden bei der kommenden Prüfung der NKV, die voraussichtlich bis Mitte November 2011 abgeschlossen sein wird, festgelegt.

Bilaterale Kreditvereinbarungen

Ergänzende Finanzierungsvereinbarungen

Um dem IWF Zugang zu zusätzlichen Ressourcen zu gewähren, während die vorgeschlagene Erweiterung der NKV sich noch in der Schwebe befand, unterzeichnete eine Anzahl von Ländern mit dem Fonds bilaterale Darlehens- und Wechselkaufvereinbarungen (Kreditvereinbarungen). Neben den 16 bilateralen Kreditvereinbarungen und drei Wechselkaufvereinbarungen, die in den GJ 2009 und 2010 in Kraft traten, gab es auch im GJ 2011 einige Kreditvereinbarungen: im Oktober 2010 mit der

Österreichischen Nationalbank und der Banka Slowenije, im März 2011 mit der Banca d'Italia.⁶⁵ Diese drei Vereinbarungen waren Teil einer Zusage der EU vom März 2009, bis zu 75 Mrd. € (damals ungefähr 100 Mrd. US\$) zur Unterstützung der Kreditvergabe Kapazität des IWF beizusteuern; die EU erhöhte dann diese Zusage um weitere 50 Mrd. € für die erweiterten NKV des Fonds. Jetzt, da die Erweiterung der NKV in Kraft getreten ist, werden die bilateralen Kreditvereinbarungen mit NKV-Teilnehmern nicht mehr zur Finanzierung neuer Zusagen genutzt, und ausstehende Beträge unter diesen bilateralen Linien werden voraussichtlich in die NKV eingegliedert.

Vereinbarungen zur Unterstützung der Kreditvergabe an einkommensschwache Länder

Nachdem das Exekutivdirektorium im Juli 2009 die Reformen für die konzessionären Kreditvergabe-Fazilitäten des IWF gebilligt hatte, leitete der ehemalige Geschäftsführende Direktor eine Kampagne ein, um zusätzliche bilaterale Kreditmittel und Subventionsbeiträge zur Unterstützung der konzessionären Kreditvergabe unter dem PRGT zu gewinnen. Im GJ 2011 unterzeichnete der IWF als Treuhänder des PRGT eine Anzahl von Vereinbarungen mit Mitgliedsländern zur Unterstützung der Kreditvergabe in einkommensschwachen Ländern. Es wurden folgende Darlehensvereinbarungen getroffen: im Juni 2010 mit dem norwegischen Finanzministerium, im Juli 2010 mit De Nederlandsche Bank, im September 2010 mit der Banque de France, im Januar 2011 mit der Bank of Korea, im April 2011 mit der Banca d'Italia und der Schweizerischen Nationalbank. Mit der Chinesischen Volksbank, mit Japan und dem Vereinigten Königreich wurden im September 2010 Wechselkaufvereinbarungen unterzeichnet.⁶⁶

Angemessenheit der Risikorücklagen des IWF

Der IWF pflegt Risikorücklagen, die im Bedarfsfall eingesetzt werden können, um finanzielle Verluste aufzufangen. Im September 2010 prüfte das Exekutivdirektorium die Angemessenheit der Risikorücklagen des IWF und erörterte den Vorschlag einer Verlagerung auf einen transparenteren, regelbasierten Rahmen, mit dem die Angemessenheit der Reserven bewertet und die angestrebten Risikorücklagen im Lauf der Zeit angepasst werden können.⁶⁷

Nach Beobachtung der Exekutivdirektoren verlagerten sich die finanziellen Risiken des IWF seit der letzten Prüfung Ende 2008 von Einkommens- auf Kreditrisiken, als der IWF infolge der globalen Finanzkrise auf den Bedarf seiner Mitglieder reagierte. Während sich die Kreditkapazität annähernd verdoppelt hätte, wurde bemerkt, hätten sich die ausstehenden Kredite nahezu verdreifacht und hätten die Gesamtzusagen ein bisher nie dagewesenes Niveau erreicht. Die Kreditkonzentration sei hoch geblieben,⁶⁸ und das Ausmaß der größten Einzelrisiken sei rapide angestiegen und werde vermutlich noch weiter ansteigen.

Die Exekutivdirektoren betonten, dass innerhalb des vielschichten Regelwerks für die Steuerung von Kreditrisiken⁶⁹ ein angemessener Bestand an Risikorücklagen immer noch notwendig sei, um finanzielle Risiken abzufedern und den Wert der Reserven zu

schützen, die die Mitglieder beim Fonds hinterlegen. Der vom Stab vorgeschlagene regelbasierte Ansatz zur Bewertung der Angemessenheit der Reserven würde nach Ansicht der Direktoren zu mehr Transparenz bei Entscheidungen über den Zielwert führen und bessere Anleitung zum Anpassungsbedarf im Laufe der Zeit bieten, gleichzeitig aber auch dem Direktorium genügend Spielraum bei einer breiteren Bewertung der Finanzrisiken des Fonds geben.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich für die Festlegung einer Untergrenze der Risikorücklagen aus, um Schutz vor einem unerwarteten Anstieg der Kreditrisiken zu gewähren und eine tragfähige Einkommensposition zu gewährleisten; generell unterstützten sie eine anfängliche Untergrenze von 10 Mrd. SZR, betonten aber auch die Notwendigkeit, diese Grenze weiterhin zu überwachen. Die meisten Direktoren befürworteten einen angestrebten Bestand an Risikorücklagen in Höhe von etwa 20-30 Prozent der gesamten Kredite unter Wahrung der erwähnten Untergrenze.

Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Einkommen

Seit seiner Gründung nutzt der IWF hauptsächlich seine Kreditvergabe zur Finanzierung seiner Verwaltungsausgaben. Die Reform des Einkommensmodells des Fonds, die vom Gouverneursrat im Mai 2008 gebilligt wurde, gestattet dem IWF die Ausweitung seiner Einkommensquellen durch Schaffung einer Dotation, die von den Erlösen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des Fonds im Rahmen des Anlagekontos angelegt wird (siehe „Goldverkäufe“, weiter unten). Des Weiteren wurde die Investmentbefugnis des Fonds erweitert, um höhere Renditen auf Investitionen zu erzielen, und die Praxis wieder eingeführt, dass der Fonds die Kosten für die Handhabung des PRGT erstattet bekommt.

Die Erweiterung der Investitionsbefugnis des Fonds erforderte eine Änderung des IWF-Übereinkommens, und im Februar 2011 trat die vorgeschlagene Änderung zur Ausdehnung der Investitionsbefugnis in Kraft, nachdem die notwendige Mehrheit der Mitgliedsländer diese Änderung ratifiziert hatte.⁷⁰ Die Änderung verleiht Befugnis, das Spektrum an Instrumenten, in denen der IWF investieren kann, auszuweiten, im Rahmen von Vorschriften und Regelungen, die vom Exekutivdirektorium einzuführen sind. Im März 2011 wurde Bargeld im Gegenwert von 6,85 Mrd. SZR an Goldlösen vom Konto für allgemeine Ressourcen auf das Anlagekonto übertragen und darin angelegt. Die im überarbeiteten Einkommensmodell anvisierte Dotation soll eingerichtet werden, sobald das Exekutivdirektorium die neuen Vorschriften und Regelungen für die erweiterte Investitionsbefugnis, die eine solche Dotation zulässt, verabschiedet hat.

Gebühren

Die Haupteinkommensquellen des IWF sind nach wie vor die Kreditvergabe und die Investitionen. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz auf IWF-Finanzierung) umfasst den SZR-Zinssatz sowie

einen in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag.⁷¹ Das Direktorium kam überein, den Aufschlag für den Gebührensatz in den GJ 2011-12 unverändert bei 100 Basispunkten zu belassen. In Übereinstimmung mit dem neuen Einkommensmodell wurde die Entscheidung von den Prinzipien geleitet, dass der Aufschlag die Kosten des Fonds für Intermediation und den Aufbau von Reserven decken und dass er allgemein den Sätzen an den Kapitalmärkten entsprechen sollte.

Bei großen Kreditsummen (mehr als 300 Prozent der Quote eines Mitglieds) in den Kredittranchen⁷² und unter Erweiterten Kreditvereinbarungen werden volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten erhoben. Der IWF erhebt zudem zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf den Einsatz großer Kreditsummen (mit dem gleichen Grenzwert wie oben), die mehr als 36 Monate lang überfällig sind.

Neben den regelmäßig fälligen Gebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Bearbeitungsgebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen wird eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA-Konto, wie etwa Bereitschaftskredit-Vereinbarungen, sowie Erweiterte Kreditvereinbarungen und Vereinbarungen zur Flexiblen Kreditlinie und zur Vorsorglichen Kreditlinie, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte auf zugesagte Beträge von über 200 Prozent und bis zu 1000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von über 1000 Prozent der Quote. Die Gebühren werden erstattet, im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im Konto für allgemeine Ressourcen (sogenannte Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Vergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der wiederum dem aktuellen Zinssatz für IWF-Darlehen entspricht. Wie bereits weiter oben in diesem Kapitel ausgeführt, kam das Exekutivdirektorium 2009 überein, die Kreditvergabe Kapazität des IWF im Rahmen seiner kurzfristigen Reaktion auf die weltweite Finanzkrise durch Kreditaufnahmen zu erhöhen. Mit Stand vom 30. April 2011 hielt der IWF Ressourcen in Höhe von 19,7 Mrd. SZR, die er von Mitgliedern durch bilaterale Kredite und Wechselkaufvereinbarungen sowie durch die erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen entliehen hatte.

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze des IWF werden nach einem Mitte der 1980er Jahre aufgestellten Lastenteilungsmechanismus angepasst, dem zufolge die Kosten überfälliger Finanzverbindlichkeiten gleichmäßig unter Gläubiger- und Schuldner-Mitgliedern aufgeteilt werden. Vierteljährliche Zinsgebühren, die sechs Monate oder länger überfällig (unbezahlt) sind, werden durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes wieder eingeholt (Lastenausgleichsberichtigungen). Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der überfälligen Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2011 lagen die Anpassungen für überfällige vierteljährliche Zinsgebühren im Durchschnitt bei weniger als 1 Basispunkt, was den Anstieg der ausstehenden IWF-Kredite infolge der weltweiten Krise und einen ähnlichen Anstieg in den Reservetranchenpositionen der Mitglieder widerspiegelt. Die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze lagen im GJ 2011 bei durchschnittlich 1,35 Prozent bzw. 0,35 Prozent.

Nettoertrag

Das Einkommen des IWF lag im GJ 2011 vor Einrechnung der Erlöse aus dem Goldverkauf bei netto 780 Mio. SZR, was hauptsächlich auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabe Tätigkeit zurückzuführen ist. Der Ertrag abzüglich der Gebühren auf die Investitionen des IWF betrug 0,89 Prozent und lag damit 54 Basispunkte über dem ein- bis dreijährigen Referenzindex. Die Erlöse aus dem Goldverkauf im GJ 2011 lagen bei 3,1 Mrd. SZR und wurden, wie erwähnt, für Investitionen auf das Anlagekonto des Fonds überwiesen.

Goldverkauf

Wie im Verlauf dieses Kapitels bereits angesprochen, schließt das im Jahr 2008 für den IWF gebilligte neue Einkommensmodell die Einrichtung einer Dotation im Anlagekonto ein, die mit den Erlösen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird mit der Zielsetzung, diese Ressourcen zu investieren und mit dem erwirtschafteten Einkommen zur Unterstützung des IWF-Haushalts beizutragen und dabei gleichzeitig den langfristigen Realwert der Dotation aufrechtzuerhalten. Das Exekutivdirektorium kam im Juli 2009 überein, dass der Erlös aus dem Goldverkauf teilweise auch für eine Aufstockung der Ressourcen des IWF zur konzessionären Kreditvergabe an einkommensschwache Länder eingesetzt werden sollte. Im September 2009 billigte das Direktorium formell den Verkauf von 403,3 Tonnen Gold des IWF, was ein Achtel der gesamten Goldbestände der Institution darstellte.

Mit den Goldverkäufen wurde im Oktober 2009 begonnen. Unter den zur Vermeidung einer Störung des Goldmarktes angenommenen Modalitäten bot der Fonds das Gold zunächst außerhalb des Marktes – zu den zur Verkaufszeit gängigen Marktpreisen – Goldbesitzern auf dem offiziellen Sektor wie Zentralbanken an. Drei Zentralbanken kauften innerhalb weniger Monate nach der

Emission insgesamt 212 Tonnen Gold, womit noch 191,3 Tonnen zum Verkauf standen. Im Februar 2010 kündigte der IWF Pläne an, das Gold in einer zweiten Phase auf dem Markt zu verkaufen, wobei er erklärte, dass die Verkäufe außerhalb des Marktes dabei weiterlaufen könnten und dass weitere Verkäufe an offizielle Goldbesitzer die für den Marktverkauf verfügbaren Mengen um eine entsprechende Menge reduzieren würden.

Zu einer Zeit, als Käufe auf dem Markt stattfanden, im September 2010, gab der IWF den Verkauf von 10 Tonnen Gold zum gängigen Marktpreis an die Bangladesh Bank bekannt.⁷³ Im folgenden Dezember verkündigte der IWF den Abschluss des Programms des begrenzten Goldverkaufs.⁷⁴

Die Goldverkäufe des IWF erwirtschafteten einen Gesamterlös von 9,54 Mrd. SZR. Davon entfallen 2,69 Mrd. SZR auf den Buchwert des Goldes und 6,85 Mrd. SZR auf den Gewinn. Wie erwähnt, basierten die gesamten Verkäufe (außerhalb des Marktes und auf dem Markt) auf Marktpreisen; diese waren höher, als zu dem Zeitpunkt, als das neue Einkommensmodell verabschiedet wurde, angenommen wurde. Die Dotation mit Golderlösen in Höhe des 2008 anvisierten Betrags zu finanzieren und die Ressourcen für die konzessionäre Kreditvergabe in der im Juli 2009 vereinbarten Höhe aufzustocken, hätte einen durchschnittlichen Verkaufspreis von 935 US\$ pro Unze erfordert. Der tatsächliche Verkaufspreis lag im Durchschnitt bei 1.144 US\$ pro Unze, was zu einem zusätzlichen „Windfall“-Gewinn führte.

Verwendung der Erlöse aus dem Goldverkauf

Im April 2011 traf sich das Exekutivdirektorium zu einem ersten Gespräch über die Verwendung der Erlöse aus dem Goldverkauf.⁷⁵ Die Exekutivdirektoren brachten ihre Erwartung zum Ausdruck, dass mindestens 4,4 Mrd. SZR (7,0 Mrd. US\$) aus dem Erlös, wie vorgesehen, für die Finanzierung einer Dotation auf dem Anlagekonto des IWF verwendet werden.

Sie bekräftigten zudem ihre Unterstützung der Strategie, einen Teil des Erlöses zur Erzeugung von 0,5-0,6 Mrd. SZR nach dem Nettogegenwartswert (NGW) von Ende 2008 für Subventionen im PRGT zu verwenden. Die Verwendung von Ressourcen, die mit dem Goldverkauf in Zusammenhang stehen, für PRGT-Subventionen erfordert jedoch einen indirekten Transfermechanismus: die mit dem Erlös aus dem Goldverkauf zusammenhängenden Ressourcen würden im Verhältnis zu ihren Quoten an die Mitglieder verteilt, und die Mitglieder würden dann aufgefordert werden, die Ressourcen (oder mehr oder weniger gleichwertige Beträge) als Subventionsbeiträge zurückzuzahlen. Geht man von einer 90-prozentigen Rückzahlung der ausgeschütteten Beträge durch die Mitglieder aus, dann sind schätzungsweise 0,6-0,7 Mrd. SZR nach dem NGW von Ende 2008 notwendig, um bilaterale Subventionsbeiträge für den PRGT in der genannten Höhe (0,5-0,6 Mrd. SZR nach dem NGW von Ende 2008) zu genehmigen. Die Exekutivdirektoren betonten, dass Sickerverluste in diesem Prozess möglichst gering zu halten seien; dazu müssten vor der Verteilung der Ressourcen zufriedenstellende Zusicherungen

der Mitglieder eingeholt werden, dass sie dem Fonds den ungefähren Gegenwert als bilaterale Beiträge zum PRGT zurückzahlen.

Die Exekutivdirektoren erörterten eine Anzahl von Möglichkeiten, was mit dem Windfall-Gewinn von rund 1,75 Mrd. SZR (2,84 Mrd. US\$) geschehen solle. Angesichts der vielen unterschiedlichen Meinungen will das Direktorium die Verwendungsmöglichkeiten des Windfall-Gewinns bis zur Jahresversammlung 2011 erneut besprechen. Es wurde beschlossen, dass dieser Windfall-Gewinn in der Zwischenzeit auf dem Anlagekonto verbleiben und dass der Gegenwert des Nettoertrags im GJ 2011 in die allgemeinen Reserven des Fonds aufgenommen werden solle, bis eine künftige Entscheidung zur Verwendung des Zusatzerlöses getroffen worden ist.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Im April 2010 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt (medium-term budget – MTB) Verwaltungsausgaben für das GJ 2011 von netto insgesamt 891 Mio. US\$ sowie eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.013 Mio. US\$ (siehe Tabelle 5.1). Es billigte zudem 48 Mio. US\$ an Kapitalausgaben (siehe Tabelle 5.2).

Der Haushalt für das GJ 2011 ist das letzte Glied im dreijährigen Umstrukturierungsprogramm, das der IWF im GJ 2009 eingeleitet hatte. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurde der neue in einen strukturellen „Steady State“ gebrachte Haushalt des Fonds um real 100 Mio. US\$ und die Beschäftigtenzahl um 380 Stellen gegenüber dem MTB der GJ 2008-10 gekürzt.

Nur wenige Monate nach Aufnahme der Umstrukturierungsanstrengungen begann die globale Krise, und die Erfüllung des krisenbedingten Bedarfs erwies sich als schwierig. Zur Finanzierung krisenbezogener Maßnahmen wurde ein flexibler Ansatz gewählt: Dollarhaushalte wurden durch Umverteilung über Abteilungen hinweg verschoben und durch Vortrag von unangetasteten Zuteilungen über Geschäftsjahre hinweg verlegt. Dieser flexible Ansatz wurde auch im GJ 2011 fortgesetzt, mit einem strukturellen Haushaltsrahmen von netto 891 US\$ und im GJ 2010 nicht ausgegebenen und für den Übertrag in das GJ 2011 freigegebenen Ressourcen in Höhe von 62 Mio. US\$, für einen Gesamtbetrag von 953 Mio. US\$. Von Letzterem wurden 52 Mio. US\$ speziell für vorübergehende Maßnahmen zur Krisenbewältigung vorgemerkt.

Die tatsächlichen Nettoverwaltungsausgaben im GJ 2011 beliefen sich auf 917 Mio. US\$ und fielen damit um 36 Mio. US\$ niedriger aus als veranschlagt; dies ist insbesondere auf geringere Ausgaben für Dienstreisen, Gebäudeeinrichtungen und sonstige Betriebsausgaben zurückzuführen. Der tatsächliche Kapitaufwand für Informationstechnik (IT) entsprach dem Haushaltsplan, während die Ausgaben für Einrichtungen auf einem Mindestniveau gehalten wurden. Im Geschäftsjahr 2011 wurden langfristige Investitionspläne für die Instandsetzung von HQ1 und Concordia-Gebäude (siehe Kasten 5.1) ausgearbei-

tet, aber nur die dringendsten Investitionen für Sanierung oder Instandhaltung der Einrichtungen wurden getätigt. Wie bereits im Vorjahr konzentrierten sich die Investitionen im IT-Bereich auf die Verbesserung von Informations- und Datenmanagement, die Bereitstellung von Systemen zur Unterstützung von Reformen im Personalwesen und die Verbesserung der betrieblichen Effizienz.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF in Übereinstimmung mit den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards – IFRS) und nicht nach der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung von Haushaltsausgaben verbucht. Die IFRS verlangen unter anderem die periodengerechte Buchführung und die Eintragung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. Tabelle 5.3 gibt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Verwaltungs-haushalts des GJ 2011 in Höhe von netto 917 Mio. US\$ und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 649 Mio. SZR (999 Mio. US\$), die im geprüften Finanzausweis des IWF erscheinen.

Der Geschäftsplan des Fonds für das GJ 2011 konzentrierte sich auf gemeinschaftliche, globale Lösungen zur Ausarbeitung wirksamer Austiegsstrategien aus den Stimulus-Politiken, zur Stärkung der Aufsicht über Wirtschafts- und Finanzsysteme und zur Reform der globalen Finanzarchitektur. Gleichzeitig bot der Fonds auch weiterhin direkte Dienstleistungen für Mitgliedsländer mit Hilfe und Politikberatung für Länder, die von der Krise betroffen waren, und mit erheblicher technischer Hilfe für den Kapazitätsaufbau in Mitgliedsländern mit Entwicklungsbedarf (Tabelle 5.4).

Im April 2011 verabschiedete das Direktorium einen Haushalt für das GJ 2012 und bewilligte Verwaltungsausgaben von netto 985 Mio. US\$ mit einer Obergrenze für Bruttoverwaltungsausgaben bei 1.161 Mio. US\$, in die ein Vortragslimit auf das GJ 2012 von 37 Mio. US\$ eingerechnet ist. Der Kapitalhaushalt wurde mit 162 Mio. US\$ festgesetzt; darin enthalten sind erste Finanzmittel für die großen Reparaturen am HQ1 und Concordia-Gebäude (Kasten 5.1) und für notwendige Investitionen in IT-Ausrüstung und -Software. Das Direktorium billigte darüber hinaus vorläufige Haushalte für die GJ 2013-14.

Der MTB 2012-14 hat das Ziel, die jüngsten Änderungen in der Kernarbeit des IWF – Krisenprävention, Überwachung der Weltwirtschaft und Finanzsektoranalyse – mit einer geringfügigen Erhöhung (ungefähr 3 Prozent) des zugrunde liegenden oder „strukturellen“ Haushalts einzuplanen. Er bietet auch weiterhin – durch einen zusätzlichen vorübergehenden Ausgabenrahmen – Finanzhilfe für einen vorübergehenden Anstieg krisenbedingter Aktivitäten, um Ländern zu helfen, die direkt von der fortlaufenden globalen Krise betroffen sind. Gleichzeitig reflektiert der MTB beträchtliche Anstrengungen zur Umverteilung von Ressourcen innerhalb von Abteilungen und abteilungsübergreifend, damit ein Großteil der während der jüngsten Umstrukturierung erzielten Einsparungen trotz des höheren Ausgabenbedarfs gewahrt bleiben kann.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen von 1.309 Mio. SZR Ende April 2010 auf 1.305 Mio. SZR Ende April 2011 (Tabelle 5.5). Auf den Sudan entfielen rund 75 Prozent der verbleibenden Rückstände, während Somalia und Simbabwe mit 18 bzw. 7 Prozent zu Buche schlugen. Alle Rückstände gegenüber dem IWF mit Stand von Ende April 2011 waren längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig): ein Drittel entfiel auf überfällige Tilgung, die anderen beiden Drittel auf überfällige Gebühren und Zinsen. Mehr als vier Fünftel betrafen Rückstände gegenüber dem GRA, der Rest gegenüber dem Treuhandfonds und dem PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Die allgemeine SZR-Zuteilung im August 2009 machte es möglich, dass alle hartnäckigen Fälle in der SZR-Abteilung auf dem Laufenden bleiben konnten.

Unter der verstärkten kooperativen Strategie des IWF gegen Zahlungsrückstände wurden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um die langfristigen Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres hatten Somalia und Sudan abermals keine Berechtigung zur Nutzung von Mitteln aus dem GRA. Simbabwe darf erst dann Mittel aus dem GRA in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der technischen Hilfe und die Streichung von der Liste PRGT-berechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawbes Rückständen weiterhin bestehen. Im Januar 2011 beschloss das Exekutivdirektorium, die technische Hilfe für Simbabwe in bestimmten Bereichen fortzuführen.

Prüfungsverfahren

Das Prüfungsverfahren des IWF besteht aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen Externen Rechnungsprüfungsausschuss, der die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Der Externe Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC) hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt werden. Nach der Satzung des IWF und dem vom Exekutivdirektorium gebilligten Aufgabenbereich hat der EAC die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung. Seine Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF; sie sind Staatsbürger unterschiedlicher Mitgliedsländer und müssen über die Erfahrungen und Qualifikationen zur Ausübung der Aufsicht über die Jahresprüfung verfügen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder von Universitäten mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche

Tabelle 5.1**Verwaltungshaushalt nach den Hauptaussgabenkategorien, GJ 2009 – 2014**

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2009		GJ 2010		GJ 2011		GJ 2012	GJ 2013	GJ 2014
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Personal	697	659	710	694	739	757	823	849	857
Reisekosten	98	77	89	89	104	94	107	110	111
Gebäude und sonstige Ausgaben	164	150	168	162	169	169	181	183	185
Jahresversammlung	—	—	5	5	—	—	—	6	—
Rücklagen für Eventualfälle	8	—	7	—	—	—	12	15	18
Haushaltsausgaben, insgesamt, brutto	967	885	979	950	1.013	1.021	1.123	1.163	1.172
Einnahmen ¹	-99	-72	-100	-87	-122	-104	-138	-159	-162
Haushaltsausgaben, insgesamt, netto	868	813	880	863	891	917	985	1.004	1.010
Vortrag ²	—	—	52	...	62	...	34	...	...
Haushaltsausgaben, insgesamt, netto (einschließlich Vortrag)	868	813	932	863	953	917	1.019	1.004	1.010

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Null wird mit Strich (—) angezeigt; Auslassungspunkte (...) bedeuten, dass keine Daten verfügbar sind.

¹ Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen und Parkgebühren.² Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehenden Regeln.**Tabelle 5.2****Mittelfristige Kapitalausgaben, GJ 2009 – 2014**

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2009		GJ 2010		GJ 2011		GJ 2012	GJ 2013	GJ 2014
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Gebäudeeinrichtungen ¹	17	17	15	12	17	22	128	350	4
Informationstechnik	32	32	30	33	32	32	34	24	31
Kapitalausgabe, insgesamt	48	49	45	45	48	54	162	374	35

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ Einschließlich größerer Gebäudereparaturen.**Tabelle 5.3****Im Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben**

(Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

Ergebnis des Verwaltungshaushalts, netto, GJ 2011	917
Zeitliche Verschiebungen:	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	31
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre	45
Nicht im Verwaltungshaushalt enthaltene Beträge (Kapital- und Umstrukturierungshaushalte):	
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß IFRS als Ausgaben verbuchte Posten	9
IFRS-Umstrukturierungskosten ¹ im GJ 2011	1
Abzüglich: Rückerstattungen an die Allgemeine Abteilung (vom PCDR-Treuhandfonds und der SZR-Abteilung)	-4
Im geprüften Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben, insgesamt	999
Merkposten:	
Im geprüften Abschlussbericht genannte Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	649

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem durchschnittlichen US\$/SZR-Wechselkurs während des GJ 2011 von 1,54.

¹ Stellt im GJ 2011 ausgewiesene Kosten dar. Gemäß IFRS werden bestimmte Umstrukturierungskosten vor der tatsächlichen Auslage von Barmitteln ausgewiesen; der Abschlussbericht des GJ 2008 enthielt eine Rückstellung von 68 Mio. SZR, oder 111 Mio. US\$.

Tabelle 5.4**Veranschlagte Ausgabenanteile nach Leistungsbereich, GJ 2010 – 2014¹**

(Prozentanteile der Bruttoausgaben insgesamt, abzüglich Rücklagen)

	GJ 2010		GJ 2011		GJ 2012	GJ 2013	GJ 2014
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Globale kooperative wirtschaftliche Problemlösungen	34	36	31	35	33	32	32
Globaler Dialog zur Wirtschaftspolitik	20	20	20	22	21	21	21
Aufsicht über das globale Wirtschafts- und Finanzsystem	14	16	12	13	12	11	11
Direkte Leistungen für die Mitglieder	66	64	69	65	67	68	68
Beratung der Mitgliedsländer zur Wirtschaftspolitik	23	22	22	22	21	21	21
Unterstützung der wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen der Länder	19	19	20	19	18	18	17
Hilfe zum Kapazitätsaufbau ²	24	23	27	24	28	30	30

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ Aufwendungen für Unterstützung und Governance werden über Outputs hinweg zugeteilt. Abteilungsvortrag für das GJ 2011 nicht inbegriffen.² Einschließlich technischer Hilfe und Ausbildung.**Tabelle 5.5****Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art**

(Millionen SZR; mit Stand vom 30. April 2011)

	Insgesamt	Nach Art		
		Allgemeine Abteilung (einschl. Strukturanpassungsfazilität)	Treuhandfonds	PRGT
Simbabwe	87,2	—	—	87,2
Somalia	231,4	223,2	8,2	—
Sudan	986,7	905,8	80,9	—
Insgesamt	1.305,2	1.128,9	89,1	87,2

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Kasten 5.1**Weitreichende Renovierungsarbeiten am IWF-Hauptquartier**

Die größten mittelfristigen Kapitalausgaben des IWF betreffen die Renovierungsarbeiten am HQ1 und am Concordia-Gebäude. Im Rahmen mehrerer Gespräche mit dem Haushaltsausschuss konnten angemessene Sanierungs- und Umsetzungsvorschläge erarbeitet werden. Beide Projekte sind auch mit verbesserten Governance-Regeln versehen, die Projektprüfungsteams und für HQ1 auch einen externen Prüfer vorsehen.

HQ1. Weite Gebäudeteile des HQ1 sind nahezu 40 Jahre alt und haben das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht oder bereits überschritten. Es sind beträchtliche Investitionen für den Ersatz wichtiger Gebäudesysteme notwendig, um Sicherheit, Energieeffizienz sowie eine rationellere Nutzung der Büroflächen zu gewährleisten. Gebäudeuntersuchungen bestätigten, dass weite Teile der Gebäudeinfrastruktur ihre Nutzungsdauer überschritten hatten und einige Systeme bereits in kürzester Zeit ihre Funktionstüchtigkeit aufgeben könnten. Es wurde eine Anzahl von Alternativen herausgestellt – von fortgesetzten Einzelreparaturen (die die Belegschaft nur geringfügig stören, aber bei weitem am

teuersten sind) bis zu einer umfassenderen Reparaturmaßnahme, in deren Rahmen jeweils zwei Stockwerke auf einmal renoviert werden. Es wurde letzten Endes beschlossen, dass die zweite Lösung am günstigsten ist und den Betrieb des Gebäudes für die nächsten 20 Jahre sichern könnte. Die Instandsetzungsarbeiten werden im Lauf von vier Jahren (GJ 2012–16) durchgeführt.

Concordia. Die Wohneinrichtung Concordia umfasst das Concordia-Gebäude (45 Jahre alt) und das Bond-Gebäude (80 Jahre alt), in denen hauptsächlich Teilnehmer an den Kursen des IWF-Instituts untergebracht werden. Die Einrichtung hat ebenfalls das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht, und für ihre Renovierung und Instandhaltung sind größere Investitionen nötig. Eine tiefgreifende Analyse des gegenwärtigen Zustands der Gebäude und der Sanierungsalternativen wurde 2010 und 2011 vorgenommen. Nach sorgfältiger Abwägung der Möglichkeiten empfahl der Stab die Renovierung des Concordia-Gebäudes in den nächsten zwei Jahren (GJ 2012–13) und den Verkauf des Bond-Gebäudes.

Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Er kommt in Washington, D.C., zusammen, normalerweise im Januar, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2011 sind Arfan Ayass, Amelia Cabal und Ulrich Graf (Vorsitz).

Externe Prüfungsgesellschaft

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung, einschließlich des Prüfgutachtens über die Finanzausweise des IWF, die gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b verwalteten Konten und den Angestelltenpensionsplan. Nach Abschluss der Jahresprüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über den Geschäftsführenden Direktor und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme. Im GJ 2011 wurde das Direktorium mittels zweier Briefings – im Juli 2010 und im Februar 2011 – informiert.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Derzeit ist Deloitte & Touche LLP die externe Prüfungsgesellschaft des IWF. Sie stellte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk über die Finanzausweise des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2011 aus.

Büro für interne Revision und Inspektion

Die interne Revisionsfunktion des IWF obliegt dem Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection – OIA), das unabhängig Untersuchungen über die Effektivität der Risikosteuerung, der Kontrollmechanismen und der internen Verwaltungsführung des IWF durchführt. Im April 2011 beschloss das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem umfassenden Regelwerk für die interne Revision, die Zuständigkeit des OIA auf das Exekutivdirektorium, die Büros der Exekutivdirektoren sowie das Unabhängige Evaluierungsbüro und seine Mitarbeiter auszudehnen. Vor der Direktoriumsentscheidung hatten sich die Prüfungen des OIA lediglich auf die Stabsmitarbeiter des IWF bezogen.

Das OIA führte im GJ 2011 in den folgenden Bereichen rund 20 Prüfungen durch: Finanzprüfungen zur Angemessenheit der Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Finanzwerte und Konten des IWF, Prüfungen der Informationstechnologie zur Bewertung der Angemessenheit des IT-Managements und der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen und operative und Wirksamkeitsprüfungen von Arbeitsprozessen und den damit zusammenhängenden Kontrollmechanismen sowie der Wirksamkeit der Abläufe zur Verwirklichung der Gesamtziele des Fonds. Es nahm auch zwei vertrauliche Ermittlungen und vier Beratungsprüfungen vor, um zur Verschlinkung von

Geschäftsprozessen beizutragen, die wiederum die Umsetzung interner Entwicklungsprojekte erleichtern sollen.

Unabhängig von seiner Funktion als interne Revision dient das OIA auch als Sekretariat für den Beratungsausschuss zum Risikomanagement. In dieser Kapazität koordiniert das OIA die Erstellung eines jährlichen Risikomanagementberichts an das Direktorium.

Nach Maßgabe der bestmöglichen Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und den EAC, womit seine Unabhängigkeit gewährleistet bleibt. Das Direktorium wird über die Tätigkeit des OIA zweimal pro Jahr mittels eines Tätigkeitsberichts informiert, der Informationen zu den geplanten Rechnungsprüfungen und Prüfungen des OIA sowie die Ergebnisse und den Status von Prüfungsempfehlungen enthält, und das Exekutivdirektorium erhält alle Prüfungsberichte zur Kenntnisnahme. Das jüngste informelle Informationsgespräch für das Direktoriumsbriefing zu diesen Themen fand im Dezember 2010 statt. Es wurden keine wesentlichen Schwächen in der internen Kontrollstruktur und in den Finanzausweisen des IWF aufgedeckt, und die Umsetzungsquote für Empfehlungen auf Grund von Rechnungsprüfungen und Revisionen wurde für gut befunden.

Risikomanagement

Es sind weiterhin Bestrebungen im Gange, die Risikosteuerung des IWF zu stärken. Der Beratungsausschuss zum Risikomanagement bietet ein abteilungsübergreifendes Forum zur Erörterung wichtiger Vorfälle und Risiken und erstellt einen jährlichen Bericht zum Risikomanagement. Das Direktorium wird periodisch über Fragen der Risikosteuerung informiert und erörterte im Mai 2010 den Bericht zum Risikomanagement von 2010. Die Direktoren pflichteten überwiegend dem Bericht und seiner Bewertung der größten Risiken bei und teilten die Ansicht, dass die prominentere Rolle des Fonds Auswirkungen auf seine finanziellen, betrieblichen und strategischen Risiken gehabt habe.

Richtlinien zur Sicherungsbewertung

Die Richtlinien des IWF zur Sicherungsbewertung, die seit 2002 einen wesentlichen Bestandteil der Kreditvergabetätigkeit der Institution darstellen, will die Sicherheit gewährleisten, dass Zentralbanken die vom IWF bereitgestellten Ressourcen angemessen verwalten und verlässliche Informationen herausgeben können. Mit Stand zum 30. April 2011 wurden ungefähr 218 Bewertungen von 90 Zentralbanken durchgeführt. Die Sicherungspolitik wird periodisch überprüft, und im Juli 2010 schloss das Exekutivdirektorium seine dritte Prüfung in diesem Zusammenhang ab; dabei wurde der Bericht eines unabhängigen Fachbeirats erörtert, der zur Beratung des Exekutivdirektoriums bestellt worden war.⁷⁶

Die Exekutivdirektoren bekräftigten die anhaltende Wirksamkeit der Sicherungsrichtlinien bei der Minderung von Risiken, die durch falsche Angaben und Missbrauch von Fondsmitteln entstehen können, und ihre Wirksamkeit bei der Wahrung



Links IWF-Stab bei einem Town-Hall-Meeting im Januar 2011. **Rechts** Die neu ernannte Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Nemat Shafik (links) begrüßt Stabsmitarbeiter kurz nach ihrem Amtsantritt im April 2011.



des Rufs des IWF als umsichtiger Leihgeber. Sie beobachteten die positive Wirkung der Richtlinien auf die Tätigkeit der Zentralbanken, die sich in der fortwährenden Tendenz zu mehr Transparenz und besseren Kontrollsystemen in den bewerteten Zentralbanken zeige. Sie merkten zudem an, dass die Richtlinien bei der Aufdeckung und Lösung von Fällen mit Falschangaben und mangelnder Governance eine wichtige Rolle gespielt hätten, betonten aber, dass Sicherungsbewertungen allein kein Patentrezept für den Umgang mit Amtsmissbrauch und Außerkräftsetzung von Kontrollen seien.

Die Exekutivdirektoren bestätigten, dass die in den bestehenden Richtlinien geforderte Veröffentlichung von Finanzausweisen, die von angesehenen Firmen nach internationalen Standards unabhängig geprüft werden, generell nach wie vor angemessen sei, was auch der Fall sei in Bezug auf den Termin für die erste Überprüfung für den Abschluss einer Sicherungsbewertung bei einer neuen oder aufgestockten Finanzierungsvereinbarung, und dass diese Auflagen auch weiterhin konsequent gelten sollten. Vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl solcher Fälle in der letzten Zeit begrüßten sie die Schritte, die zur Aufstellung eines angemessenen Regelwerks zwischen Zentralbank und Schatzamt unternommen worden sind, sodass die finanziellen Verpflichtungen des Mitglieds gegenüber dem IWF zeitgerecht bedient werden können, und bekräftigten deren Anwendung als Standardverfahren unter dem bestehenden Sicherungsregelwerk. Das Direktorium prüfte und bestätigte eine Anzahl von Empfehlungen vonseiten des unabhängigen Beirats, insbesondere in Hinblick auf schärfere Fokussierung der Bewertungen auf Governance und Risikomanagement, Intensivierung der Zusammenarbeit mit Stakeholdern und Förderung der Transparenz durch stärkere Verbreitung der Sicherungsbefunde.

Die nächste Prüfung der Richtlinien soll 2015 stattfinden.

Externes Review Panel soll Regelwerk des IWF zum Risikomanagement beurteilen

Bei der Aufstellung des Regelwerks des IWF zum Risikomanagement im Jahr 2007 wurde beschlossen, es nach einer Laufzeit von drei Jahren zu prüfen; dementsprechend beauftragte der ehemalige Geschäftsführende Direktor im Dezember 2010 ein hochkarätig besetztes externes Panel mit dieser Prüfung. Die Prüfung soll eine objektive und fachlich fundierte Beurteilung sämtlicher Aspekte des Regelwerks liefern – der Verfahren, die zur Erkennung, Evaluierung und Abschwächung potenzieller Risiken für den IWF und seine Tätigkeit eingesetzt werden –, unter Anerkennung der einzigartigen Rolle des Fonds im internationalen Finanzsystem, vor allem im Hinblick auf seine Überwachungstätigkeiten und Aufgaben als Kreditgeber der letzten Instanz. Den Vorsitz über das Panel führt Guillermo Ortiz; weitere Mitglieder sind Jacob A. Frenkel, Malcolm D. Knight und Thomas O'Neill. Der Bericht sollte vor der Jahresversammlung 2011 veröffentlicht werden.

PERSONALPOLITIK UND ORGANISATION

Personalwesen im GJ 2011

Die Personalverwaltung des IWF zielt darauf ab, die sich ändernden Geschäftsziele des Fonds durch Anwerbung und Bindung eines hochkarätigen, vielfältigen Mitarbeiterstabs mit verschiedenen einschlägigen Kenntnissen und Erfahrungen zu unterstützen und den Stab effizient und effektiv zu leiten in einem Umfeld, das herausragende Leistungen honoriert und Teamarbeit fördert. Der Fonds kam diesen Zielen im GJ 2011 ein gutes Stück näher, unter anderem durch die Fortsetzung einer intensiven Anwerbekampagne und die Umsetzung wichtiger Personalreformen.

Die Belegschaft

Die Anwerbemaßnahmen des IWF liefen auch im GJ 2011 auf Hochtouren. Im Jahresverlauf wurden insgesamt 195 neue Stabsmitarbeiter eingestellt, während es in den Jahren zuvor durchschnittlich 150 waren. Im Sinne von flexibleren Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere in Reaktion auf vorübergehenden krisenbedingten Bedarf, wurden zwei Fünftel der neuen Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingestellt. Zur Erfüllung des sich ändernden geschäftlichen Bedarfs warb der IWF einen höheren Anteil an Wirtschaftswissenschaftlern in mittleren Karrierejahren sowie Mitarbeitern mit Kenntnissen in den Bereichen Finanzsektor und Fiskal-/Schuldenmanagement an.

Zum 30. April 2011 zählte der IWF 1.949 Fach- und Führungskräfte sowie 473 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter sowie das Organigramm des IWF sind auf den Seiten 73 und 74 dieses Berichts zu sehen.

Der IWF unternimmt sämtliche Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Vielfalt der Belegschaft die Mitgliedsländer des Fonds widerspiegelt, und wirbt aktiv Mitarbeiter aus aller Welt an.⁷⁷ Von den 187 Mitgliedsländern des Fonds zum Ende April 2011 waren 142 in der Belegschaft vertreten. Webtabellen 5.1–5.4 zeigen die Aufteilung des IWF-Stabs nach Nationalität, Geschlecht und Ländertyp sowie die Gehaltsstruktur des Stabs. Die Anwerbung für das Economist Program des Fonds zeitigte im GJ 2011 starke Ergebnisse für die Vielfalt: rund 70 Prozent der Mitarbeiter, die für das Programm eingestellt wurden, kamen aus unterrepräsentierten Regionen, und mehr als die Hälfte waren Frauen. Im Lauf des Jahres wurden neue Politiken eingeführt, um den Anteil an Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen auf Managerebene zu erhöhen. Der Anteil an Staatsangehörigen aus Entwicklungs- und Übergangsländern nahm weiter zu, und der Richtwert für den Frauenanteil auf höher dotierten Positionen wurde erreicht.

Gehaltsstruktur der Geschäftsführung

Die Vergütung der Geschäftsführung wird regelmäßig durch das Exekutivdirektorium überprüft; das Gehalt des Geschäftsführenden Direktors wird vom Gouverneursrat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, D.C., werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Verwaltungsposition reflektierend gliederte sich mit Stand vom 1. Juli 2010 die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung folgendermaßen:

Geschäftsführender Direktor	450 380 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor	391 630 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren	372 980 US\$

Die Vergütung der Exekutivdirektoren betrug 235.180 US\$, und die Vergütung der Stellvertretenden Exekutivdirektoren betrug 203.440 US\$. Im GJ 2011 belief sich das Durchschnittsgehalt für die leitenden Mitarbeiter des IWF (siehe Seite 73) auf 305.615 US\$.

Reformen im Personalwesen

Vergütung und Lohnnebenleistungen

Im GJ 2011 wurde ein neues System zur Bestimmung des leistungsbezogenen Gehalts und der Gehaltssumme eingeführt, um mehr Transparenz und Disziplin bei Gehaltssummen und Gehaltserhöhungen zu erreichen, gleichzeitig aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der IWF-Gehälter zu wahren. Obwohl die Krankenversicherungsleistungen des IWF nicht von den Gesetzen der USA geregelt werden, nahm der IWF eine freiwillige Änderung im Sinne der Krankenversicherungsreform der USA vor, um mit anderen Plänen vergleichbar zu bleiben. Zudem wurde ein verbessertes Programm für die Vergütung und Lohnnebenleistungen für Mitarbeiter vor Ort in den Überseebüros ausgearbeitet.

Personalumfrage

Ende 2010 führte der IWF eine umfassende Befragung seiner Mitarbeiter durch – die erste seit 2003 –, in der die Mitarbeiter ihre Meinungen zum Ausdruck brachten zu einer Vielzahl an Arbeitsplatzfragen wie zum Beispiel Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsumfeld, Performance Management und Führungsqualitäten. Früh im GJ 2012 fasste die Geschäftsführung des IWF einen Aktionsplan, der durch die Umfrageergebnisse offengelegte Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen sollte.

Modernisierung der Personalverwaltungsdienste

Im Verlauf des Jahres wurden beträchtliche Fortschritte bei den fortlaufenden Bestrebungen erzielt, Technologie zur Verbesserung der Personalverwaltungsdienste einzuführen. Fortschritte bei der Automatisierung von Beantragung und Bearbeitung bei Sozialleistungen sowie die elektronische Verwaltung von Personalakten steigerten die Wirksamkeit und Effizienz in einigen Kernbereichen des Personalwesens.

Erneuerung der Abteilung Personalwesen

Die Abteilung Personalwesen im IWF begann im GJ 2011 mit der Neuausrichtung ihrer Tätigkeit, um effektiver auf die sich ändernden geschäftlichen Anforderungen des Fonds zu reagieren und durch mehr Effizienz bedeutende Einsparungen erzielen zu können; diese Neuausrichtung wurde auch Anfang des GJ 2012 noch fortgeführt. Zu den neuen Prioritäten gehören eine strategische Belegschaftsplanungskapazität, mehr Unterstützung für die Mobilität interner wie externer Mitarbeiter sowie Entwicklung von Führungskräften.



Links Der Direktor des IEO Moises J. Schwartz präsentiert die Ergebnisse einer Evaluierung durch das IEO der in der Zeit vor der Finanzkrise geleisteten Arbeit des IWF. **Rechts** Das HQ1-Gebäude des IWF erfährt im Verlauf der nächsten fünf Jahre eine umfassende Renovierung.



Veränderungen in der Geschäftsführung

Nach dem Rücktritt des Geschäftsführenden Direktors Dominique Strauss-Kahn zu Beginn des GJ 2012 übernahm der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor John Lipsky – der bereits vor dem Rücktritt des Geschäftsführenden Direktors erklärt hatte, dass er seine Amtszeit als Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor nach Ablauf nicht verlängern werde – die Aufgabe des amtierenden Geschäftsführenden Direktors. Das Exekutivdirektorium leitete unmittelbar das Auswahlverfahren für die Nachfolge des Geschäftsführenden Direktors ein und wählte im Juni 2011 Christine Lagarde, die ihr Amt im Juli 2011 antrat.

Im Januar 2011 teilte der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Murilo Portugal mit, dass er sein Amt als Stellvertretender Geschäftsführender Direktor niederlegen werde;⁷⁸ er erklärte sich bereit, dem IWF als Sonderberater des Geschäftsführenden Direktors bis Anfang März zur Verfügung zu stehen, zu welcher Zeit er nach Brasilien zurückkehrte, um die Präsidentschaft über den brasilianischen Bankenverband FEBRABAN zu übernehmen.

Im Februar 2011 schlug der ehemalige Geschäftsführende Direktor die Ernennung von Nemat Shafik, damals Ständige Sekretärin des britischen Ministeriums für internationale Entwicklung, für den freigewordenen Posten des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors vor.⁷⁹ Frau Shafik ist Staatsangehörige von Ägypten, des Vereinigten Königreichs und der USA und die jüngste Vizepräsidentin der Weltbank, wo sie für ein Investmentportfolio für den Privatsektor und Infrastruktur verantwortlich zeichnete und dem

leitenden Managementteam der International Finance Corporation angehörte. Die Ernennung von Frau Shafik wurde anschließend vom Direktorium gebilligt, und sie kam im April zum IWF.

Tommaso Padoa-Schioppa gestorben

Im Dezember 2010 trauerte die Gemeinschaft des IWF bei der Nachricht vom Tod von Tommaso Padoa-Schioppa (Kasten 5.2), der dem IWF in verschiedenen Kapazitäten gedient hatte, unter anderem von 2007 bis 2008 als Vorsitzender des IMFC.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Politiken zur Transparenz

Die Transparenzpolitik des IWF wurde 1999 eingeführt und zuletzt im März 2010 überarbeitet; danach „erkennt der Fonds die Bedeutung der Transparenz und wird nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellen, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung“. Dieses Prinzip „respektiert und schützt in seiner Anwendung die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten, die sich auf Mitgliedsländer beziehen.“⁸⁰ Das Exekutivdirektorium erhält jährliche Aktualisierungen zur Umsetzung der Transparenzpolitik des Fonds; diese Berichte sind ein Teil der Informationen, die der IWF im Rahmen seiner Bestrebungen auf dem Gebiet der Transparenz veröffentlicht. Der neueste Bericht wurde dem Direktorium im August 2010 vorgestellt und kann auf der Website des IWF eingesehen werden.⁸¹

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Rolle des Büros und die Evaluierungen

Das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office – IEO) wurde 2001 eingerichtet und evaluiert die Politik und Tätigkeit des IWF mit dem Ziel, die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Fonds zu verbessern, seine Lernkultur zu stärken und das Exekutivdirektorium bei seinen institutionellen Governance- und Aufsichtsaufgaben zu unterstützen. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von der Geschäftsführung des Fonds und handelt distanziert vom Exekutivdirektorium, dem es seine Erkenntnisse mitteilt.

Arbeitsprogramm des IEO

Evaluierung der IWF-Tätigkeit im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise

Im Februar 2011 veröffentlichte das IEO seine Evaluierung über die Leistung des IWF im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise; die Evaluierung konzentrierte sich auf die Überwachungstätigkeit des IWF von 2004-2007.⁸² Laut dem Bericht gab der IWF vor Eintreten der Krise wenige deutliche Warnsignale zu den Risiken und Anfälligkeiten im Zusammenhang mit der drohenden Krise. Im Vorfeld der Krise war dem Bericht zufolge die IWF-Überwachung von übermäßigem Vertrauen in die Solidität und Widerstandsfähigkeit großer Finanzinstitutionen und Billigung der Finanzpraktiken in den wichtigsten Finanzzentren gekennzeichnet. Die mit Wohnungsbooms und Finanzinnovationen einhergehenden Risiken wurden heruntergespielt, ebenso die Notwendigkeit strengerer Regulierung, um diese Risiken anzugehen.

Obwohl sich der Bericht aufgrund der Art der Krise auf Fragen des Finanzsektors konzentrierte, befassen sich die meisten Empfehlungen (siehe Kasten 5.3) mit institutionellen Veränderungen für eine verbesserte Befähigung des IWF zur Aufdeckung dieser und anderer Risiken und Anfälligkeiten, die im Mittelpunkt künftiger Krisen stehen könnten. Das Hauptinstrument zur Weiterführung der IEO-Empfehlungen ist die Dreijahresprüfung der Überwachung (siehe Kapitel 3).

Bei der Erörterung der Evaluierung durch das IEO im Januar 2011 stimmten die Exekutivdirektoren weitgehend mit den Befunden des IEO überein darüber, welche Faktoren dazu beigetragen haben, dass die Risiken nicht erkannt und keine deutlichen Warnsignale im Vorfeld der globalen Finanzkrise abgegeben wurden. Sie befürworteten im Allgemeinen die Empfehlungen des IEO, insbesondere zur Stärkung des institutionellen Umfelds und der analytischen Kapazität des IWF. Sie stellten heraus, dass der Bericht eine ausgewogene Bewertung gab über das Versagen der Fonds-Überwachung, die globale Krise richtig vorherzusehen und entsprechend davor zu warnen, – in Übereinstimmung mit den eigenen Berichten des Fonds, die diese Mängel einräumten. Nach Auffassung der Exekutivdirektoren würden die seit Beginn der Krise unternommenen Reforminitiativen zur Stärkung von Offenheit und Wirksamkeit der Überwachung beitragen. Die Direktoren waren jedoch der einhelligen Meinung, dass weitere Maßnahmen in Erwägung gezogen werden sollten.

Weitere Arbeiten des IEO im GJ 2011

Neben der Evaluierung der Fondsarbeit im Zusammenhang mit der globalen Krise schloss das IEO im GJ 2011 eine Untersuchung

Kasten 5.2

Tommaso Padoa-Schioppa

Tommaso Padoa-Schioppa, der im Dezember 2010 im Alter von 70 Jahren verstorben ist, war von 2006 bis 2008 Wirtschafts- und Finanzminister in Italien und zum Zeitpunkt seines Todes Europa-Vorsitzender der Promontory Financial Group, eines globalen Finanzdienstleistungsunternehmens, und Präsident von Notre Europe, einer prominenten Denkfabrik mit Sitz in Paris, sowie ehrenamtlicher Berater der griechischen Regierung. Er war ehemaliger Vorsitzender der Treuhändergruppe der IASC (International Accounting Standards Committee) Foundation und Mitglied des Exekutivdirektoriums der Europäischen Zentralbank sowie Vorsitzender des IMFC. Außerdem diente er als Vorsitzender von Italiens Commissione Nazionale per le Società e la Borsa (CONSOB), Stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia und Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Er war Joint Secretary des Delors-Ausschusses, Vorsitzender des Banking Advisory Committee der Europäischen Kommission, Vorsitzender des Baseler Ausschusses für Ban-

kenaufsicht und Vorsitzender des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme.

Herr Padoa-Schioppa hat mehr als 100 Publikationen verfasst, von denen viele auf Englisch und Französisch erschienen sind. Er graduierte an der Università Luigi Bocconi in Mailand und hatte einen Master's Degree vom Massachusetts Institute of Technology.

Der ehemalige Geschäftsführende Direktor Dominique Strauss-Kahn dankte Herrn Padoa-Schioppa in einem Kommentar zu seinem Tod für „seinen langen Dienst an der internationalen Gemeinschaft“ und merkte an: „sein fortlaufender Dienst für den IWF und die Förderung der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind auch nach seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst ein aktiver Bestandteil seines Lebens geblieben“. Zur Zeit seines Todes war Herr Padoa-Schioppa Mitglied der Regional Advisory Group for Europe des IWF.

der Forschungsarbeit am IWF ab, deren Ergebnisse vom Exekutivdirektorium zu Beginn des GJ 2012 erörtert und kurz danach veröffentlicht wurden. Der Jahresbericht 2010 des IEO wurde im Juli 2010 herausgegeben. Abgeschlossene Evaluierungen, Themenpapiere, Jahresberichte des IEO und andere Dokumente stehen auf der Website des IEO (www.imo-imf.org) zur Verfügung.

Künftige Arbeiten des IEO

Nach Konsultationen mit Länderbehörden, Exekutivdirektoren, Geschäftsführung, Stab und externen Stakeholdern wurde im September 2010 ein informeller Exekutivdirektoriums-Workshop veranstaltet, um Themen für neue Evaluierungen durch das IEO zu erörtern. Das IEO begann daraufhin mit der Arbeit an zwei Evaluierungen: einmal zur Rolle des IWF als vertrauenswürdiger Berater und zweitens zu Beratung und Länderperspektiven des IWF in Bezug auf internationale Reserven. Die Arbeit an einer dritten Evaluierung soll später im Jahr 2011 aufgenommen werden. Das IEO hält überdies Rücksprache mit verschiedenen Stakeholdern, um die vorgeschlagene Ausrichtung und Vorgehensweise für jede Evaluierung zu definieren, und es beabsichtigt Entwürfe zu Themenpapieren für öffentliche Stellungnahme herauszugeben.

Umsetzung von IEO-Empfehlungen

Um die systematische Nachbearbeitung und die Überwachung der vom Exekutivdirektorium befürworteten IEO-Empfehlungen zu gewährleisten, arbeiten der IWF-Stab und die Geschäftsführung kurz nach der Erörterung einer jeden IEO-Empfehlung durch das Exekutivdirektorium einen zukunftsweisenden Plan zur Umsetzung dieser Empfehlungen aus. Die Fortschritte werden dann mithilfe regelmäßiger Überwachungsberichte dem Direktorium gemeldet. Im Dezember 2010 erklärte sich das Direktorium mit dem Umsetzungsplan und Nachtrag der Geschäftsführung einverstanden, den diese in Reaktion auf die vom Direktorium im Dezember 2009 besprochene IEO-Evaluierung zu den Beziehungen des IWF mit seinen Mitgliedsländern vorgelegt hatte.⁸³ In seinem Evaluierungsbericht⁸⁴ untersuchte das IEO Länderperspektiven zu den Beziehungen des IWF auf Länderebene während der Überwachungs- und Programmtätigkeit sowie bei der Bereitstellung von technischer Hilfe in den Jahren 2001-2008 und erarbeitete eine Reihe von Empfehlungen, die die Wirksamkeit dieser Beziehungen steigern sollen.

Die erste externe Evaluierung des IEO fand 2006 statt. Damals sprachen sich die Exekutivdirektoren für eine weitere Evaluierung in fünf Jahren aus. Diese zweite Evaluierung soll in der zweiten Hälfte von 2011 beginnen.

Einbindung externer Stakeholder

Regionale Beratungsgruppen

Im Rahmen breiter gefasster Bestrebungen, die Einbindung der Mitgliedsländer zu stärken und besser über seine Tätigkeit und Politikberatung zu informieren, bildete der IWF informelle

Regionale Beratungsgruppen (Regional Advisory Groups) für Afrika, Nord- und Südamerika, Asien und die Pazifikregion, Europa, den Nahen Osten sowie für den Kaukasus und Zentralasien. Die Gruppen spielen eine unabhängige beratende Rolle und bringen unterschiedliche Perspektiven zur regionalen Fondsarbeit. In den Gruppen sind hochrangige Experten aus dem privaten und öffentlichen Sektor sowie aus der akademischen Welt und der Zivilgesellschaft vertreten.

Beim ersten gemeinsamen Treffen der Beratungsgruppen, das während der Jahresversammlung im Oktober 2010 stattfand,⁸⁵ kamen die Mitglieder der fünf Gruppen⁸⁶ mit dem ehemaligen Geschäftsführenden Direktor und der Geschäftsführung des Fonds zusammen. Mitglieder der Beratungsgruppen erhielten Informationen über die Ergebnisse der Jahresversammlung und einen Überblick über die Entwicklungen der Weltwirtschaft. Sie tauschten auch Meinungen aus über die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Herausforderungen, die sich den einzelnen Regionen stellen werden, und darüber, wie der Fonds ihnen helfen kann diesen Herausforderungen zu begegnen.

Asia 21

Zur Stärkung der Beziehungen zwischen dem IWF und Asien veranstalteten der IWF und die Regierung von Korea im Juli 2010 in Daejeon eine bedeutende Konferenz mit dem Titel „Asia 21: Leading the Way Forward“. Dies war die erste Konferenz ihrer Art, die der Fonds in der Region veranstaltet hatte. Zu dem Treffen kamen mehr als 500 hochkarätige Teilnehmer wie Finanzminister, Zentralbankchefs sowie wichtige Geschäftsleute der Region, um die leitende Rolle Asiens bei der Konjunkturerholung von der globalen Rezession zu erörtern. Neben dem ehemaligen Geschäftsführenden Direktor, der die Konferenz zusammen mit Koreas Minister für Strategie und Finanzen eröffnete, wohnten weitere hochrangige Mitarbeiter des IWF der Konferenz bei, darunter der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Naoyuki Shinohara und Sonderberater Min Zhu.

Bei Abschluss der Konferenz machte der IWF Asien gegenüber drei Kernzusagen: der IWF wird daran arbeiten, seine Analysen für asiatische Mitgliedsländer nützlicher und leichter verfügbar zu machen, er wird daran arbeiten, das globale Finanzsicherheitsnetz zu stärken und er wird die weitere Stärkung der Rolle und Stimme Asiens in der Weltwirtschaft unterstützen. Diese „Daejeon-Deliverables“ sollen die Partnerschaft zwischen Asien und dem IWF deutlich stärken.

Gewerkschaften

Im Verlauf der letzten Jahre unternahm der IWF Bestrebungen zur Ausweitung der Beziehungen mit nationalen und internationalen Gewerkschaften. Der ehemalige Geschäftsführende Direktor traf sich mit Gewerkschaftsführern der G20 im Vorfeld mehrerer G20-Gipfel, und eine starke Mehrheit der Länderteams des IWF hält Treffen mit den Gewerkschaften im Rahmen der regulären Beziehungen zu Stakeholdern. Im Juni 2010 hielt der ehemalige Geschäftsführende Direktor eine Keynote-Rede zum Zweiten

Kasten 5.3

Die Empfehlungen des IEO-Berichts und die Erwiderung des Stabs

- **Ein Umfeld schaffen, das Offenheit und verschiedenartige/abweichende Meinungen fördert**, indem in Sitzungen des Direktoriums und/oder der Geschäftsführung aktiv alternative oder widersprechende Meinungen gesucht werden und indem eine Entität zur Risikobewertung geschaffen wird, die direkt an die Geschäftsführung berichtet und neben anderen Maßnahmen regelmäßig Direktoriumsseminare zu Risikoszenarien veranstaltet werden. *Der Stab war ebenfalls der Meinung, dass mehr getan werden könnte, um anderslautende oder gegenläufige Ansichten einzuholen, und dass die Vertiefung der Fachkenntnisse auf dem Finanzsektor für den Stab wichtig sei.*
- **Die Anreize, „den Mächtigen gegenüber die Wahrheit zu sagen“, stärken**, indem der Stab dazu aufgefordert wird, bohrende Fragen zu stellen und die Ansichten von Geschäftsführung und Länderbehörden zu hinterfragen und indem, zusammen mit anderen Schritten, in Betracht gezogen wird, Stabsberichte ohne die Genehmigung durch das Direktorium herauszugeben, damit die bilaterale Überwachung ebenso wie andere Maßnahmen effektiver gestaltet werden können. *Der Stab stimmte zu, dass es zumindest im privaten Rahmen die Bereitschaft geben müsse, gegenüber den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, wenn die Finanzstabilität in Gefahr ist und wenn Bedenken im Hinblick auf die Auslösung einer negativen Marktreaktion bestehen; der Stab merkte an, dass dies in den letzten beiden Jahren seit Beginn der Krise vermutlich auch geschehen sei und dass dieses Verhalten konsequent weiterverfolgt werden müsse.*
- **Finanzsektorfragen besser in makroökonomische Bewertungen integrieren**, indem sichergestellt wird, als einer von anderen nötigen Schritten, dass bei obligatorischen Bewertungen der Finanzstabilität neue Entwicklungen an den sich rasch ändernden Finanzmärkten und Institutionen einen Niederschlag finden in Umfang, Regelmäßigkeit und Partizipation der Bewertung und dass damit das FSAP gestärkt wird. *Der Stab wies darauf hin, dass der Fonds neben den Reformen zum FSAP seit der Krise weitere Maßnahmen in diesem Bereich unternommen habe, wie etwa zusätzliche Personaleinstellungen und bessere Integration von Finanzsektorexperten, gestärkte Analyse der Risiken auf dem Finanzsektor und der damit einhergehenden Politikfragen in der multi- und bilateralen Überwachung, die Einrichtung einer Makrofinanz-Einheit in der Forschungsabteilung und die Bereitstellung von erheblich mehr Ressourcen für Forschung und Überwachung von Finanzmärkten und großen, komplexen Finanzinstitutionen.*
- **Schubladendenken überwinden**, indem die Regeln und Aufgaben für das interne Prüfungsverfahren geklärt werden, insbesondere für die Herstellung von Zusammenhängen („connecting the dots“) und die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit in einem früheren Stadium des Artikel-IV-Prozesses sowie die Erarbeitung von Themen und Ideen für Dokumente zur multilateralen Überwachung. *Der Stab räumte ein, dass trotz jüngster Fortschritte (wie das neue interne Prüfungsverfahren, die Spillover-Berichte, die Anfälligkeitsübung für fortgeschrittene Länder, die Frühwarnübung und die wöchentlichen, abteilungsübergreifenden Besprechungen zur Überwachung) noch mehr für die Förderung der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit getan werden könnte, und hätte sich gezieltere Vorschläge vom IEO zur Förderung der Zusammenarbeit gewünscht.*
- **Der Mitgliedschaft eine klare, widerspruchsfreie Nachricht zu den globalen Aussichten und Risiken geben**, indem sichergestellt wird, dass die Bewertung der Weltwirtschaft stimmig und umfassend ist, wobei zu einem zentralen Szenario ein klarer Standpunkt eingenommen wird, mit klarer Bestimmung der dieses Szenario begleitenden Risiken und Anfälligkeiten und klarer Vermittlung davon an die Mitgliedschaft, und wobei bei Fragen von systemischer Bedeutung nicht auf mögliche harmlose Szenarien ausgewichen wird, sondern vielmehr die Risiken und Anfälligkeiten herausgestellt werden. *Der Stab verwies auf die jüngsten Bestrebungen zur Stärkung der Integration von WEO und GFSR, einschließlich eines gemeinsamen Vorworts für beide und eine neue Stellungnahme durch die Geschäftsführende Direktorin zu einem Versuch die Themen zu integrieren. Er warnte aber, dass die Empfehlung zur stärkeren Betonung von Risiken und Anfälligkeiten in systemrelevanten Fällen den bürokratischen Impuls zur lediglich formalen Erwähnung von Risiken erhöhen und damit die Anzahl falscher Alarmmeldungen vermehren könnte, was die Wirksamkeit der Fondsüberwachung schwächen würde.*

Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) in Vancouver und nahm an einer Podiumsdiskussion teil.

Im September 2010 veranstaltete der IWF gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Oslo eine hochkarätig besetzte Konferenz mit dem Titel „The Challenges of Growth, Employment and Social Cohesion“, zu der Führungspersönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft sowie führende Akademiker zusammenkamen, um neue Wege für eine nachhaltige Konjunkturerholung von der globalen Finanzkrise – mit hohen Beschäftigungszahlen – zu erkunden.⁸⁷ Bei einem nachfolgenden „Dialog zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“, der im März 2011 in Wien stattfand, kamen Vertreter des IGB, des Europäischen Gewerkschaftsbunds und von Ländergewerkschaften mit IWF und IAO zusammen, um die Beschäftigungssituation in Europa sowie die Fortschritte seit der Konferenz in Oslo zu erörtern. Im Rahmen der Osloer Zusagen unterstützen IWF und IAO auch gemeinsam mit dem IGB eine Reihe von tripartiten Sozialgesprächen in verschiedenen Ländern zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern, bei denen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsfragen sowie mögliche Anpassungen bestehender Politikmaßnahmen frei und offen diskutiert werden sollen.

Berichte des *Regional Economic Outlook*

Im Rahmen seiner World Economic and Financial Surveys gibt der IWF zweimal jährlich Berichte des *Regional Economic Outlook* (REOs) heraus, die eine detailliertere Analyse der Wirtschaftsentwicklung und wichtiger Politikfragen für fünf bedeutende Weltregionen enthalten: Asien und Pazifikraum, Europa, der Nahe Osten und Zentralasien, Afrika südlich der Sahara und die Westliche Hemisphäre. Die Herausgabe der REOs wird in der Regel mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit in den betreffenden Regionen koordiniert. Pressemitteilungen, die die Befunde der REOs zusammenfassen, sowie die vollständigen Fassungen der REOs sind auf der Website des IWF zu finden, zusammen mit Niederschriften und Webcasts von zur Zeit der Veröffentlichung abgehaltenen Pressekonferenzen.⁸⁸

Regionalbüros

Der IWF unterhält kleine Büros in vielen Ländern der Welt. Neben den regionalen Zentren für technische Hilfe und den Ausbildungsinstituten (siehe Kapitel 4) unterhält der IWF Vertretungsbüros in vielen Mitgliedsländern sowie Regionalbüros in Europa und Tokio.

Die Europa-Büros des IWF vertreten den Fonds in der Region und beraten Geschäftsführung und Abteilungen je nach Bedarf; sie unterstützen dabei die Fondstätigkeit in Europa und bringen dem Fonds europäische Ansichten zu Belangen näher, die für den Fonds von Interesse sind. In Europa ansässige Institutionen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die EU, der FSB und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) spielen eine entscheidende Rolle im Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Stärkung der Koordination des IWF mit diesen Institutionen ist deshalb von entscheidender Bedeutung. Die Tätigkeit des EUO konzentriert sich auf vier Kernbereiche: Erstens leistet das EUO einen Beitrag zur multilateralen und regionalen Überwachung des Fonds, indem es den Fonds in verschiedenen Institutionen vertritt und über die Ansichten und Tätigkeit internationaler, in Europa ansässiger Organisationen, Denkfabriken und führender Experten berichtet und an Beratungen des Fonds mit Institutionen der EU teilnimmt. Zweitens vertritt das EUO den IWF im Tagesgeschäft des Entwicklungshilfesausschusses der OECD und unterhält enge Arbeitsbeziehungen mit bilateralen und multilateralen Entwicklungsbehörden in Europa. Drittens führt das EUO weitreichende Öffentlichkeitsarbeit aus, um die politische Debatte mit besseren Informationen zu versorgen und die Ansichten des Fonds zu wichtigen Politikfragen in Europa kundzutun. Viertens arbeitet das EUO mit der Abteilung Personalwesen an der Erfüllung der Einstellungsziele des Fonds.

Als ein Fenster des IWF in die Asien- und die Pazifikregion, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft zunimmt, leistet das Büro für Asien und Pazifikraum (OAP) Unterstützung bei der Überwachung der Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, um der Fondsüberwachung eine stärker regional fokussierte Perspektive zu verleihen. Es will einerseits das Verständnis über den Fonds und seine Politik in der Region vertiefen, andererseits den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen informieren. In dieser Kapazität koordiniert das OAP die Beziehungen des IWF mit regionalen Foren in Asien wie der Asia-Pacific Economic Cooperation, dem Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) sowie ASEAN+3. Das OAP organisiert zudem Konferenzen und Veranstaltungen, die ein Diskussionsforum für aktuelle, im Mittelpunkt der Arbeit des IWF stehende Themen bieten und den Kapazitätsaufbau in der Region durch das gemeinsame Stipendienprogramm von IWF und Japan und Seminarprogramme zur Makroökonomie fördern.

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

Stand vom 30. April 2011¹

ERNANNT

Meg Lundsager <i>Douglas A. Rediker</i>	Vereinigte Staaten
Mitsuhiro Furusawa <i>Tomoyuki Shimoda</i>	Japan
Klaus D. Stein <i>Stephan von Stenglin</i>	Deutschland
Ambroise Fayolle <i>Ayméric Ducrocq</i>	Frankreich
Alexander Gibbs <i>Robert Elder</i>	Vereinigtes Königreich

GEWÄHLT

Willy Kiekens (Belgien) <i>Johann Prader</i> (Österreich)	Belarus, Belgien, Kosovo, Luxemburg, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Carlos Pérez-Verdía (Mexiko) <i>José Rojas</i> (Venezuela, Bolivarische Republik)	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Spanien, Bolivarische Republik Venezuela
Age F.P. Bakker (Niederlande) <i>Yuriy G. Yakusha</i> (Ukraine)	Armenien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern
Arrigo Sadun (Italien) <i>Panagiotis Roumeliotis</i> (Griechenland)	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino, Timor-Leste
Duangmanee Vongpradhip (Thailand) <i>Aida Budiman</i> (Indonesien)	Brunei Darussalam, Republik Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
HE Jianxiong (China) <i>LUO Yang</i> (China)	China
Christopher Legg (Australien) <i>Heenam Choi</i> (Korea)	Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua- Neuguinea, Samoa, Salomonen, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu
Thomas Hockin (Kanada) <i>Stephen O'Sullivan</i> (Irland)	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

GEWÄHLT (FORTSETZUNG)

Benny Andersen (Dänemark) <i>Audun Grønn</i> (Norwegen)	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden
Moeketsi Majoro (Lesotho) <i>Momodou Saho</i> (Gambia)	Angola, Äthiopien, Botsuana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sudan, Swasiland, Tansania, Uganda
A. Shakour Shaalan (Ägypten) <i>Sami Geadah</i> (Libanon)	Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libysch- Arabische Dschamahirija, Malediven, Oman, Katar, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Arvind Virmani (Indien) <i>P. Nandalal Weerasinghe</i> (Sri Lanka)	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Ahmed Alkholifey (Saudi-Arabien) <i>Ahmed Al Nassar</i> (Saudi-Arabien)	Saudi-Arabien
Paulo Nogueira Batista, Jr. (Brasilien) <i>María Angélica Arbeláez</i> (Kolumbien)	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kolumbien, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago
René Weber (Schweiz) <i>Katarzyna Zajdel-Kurowska</i> (Polen)	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Aleksei V. Mozhin (Russische Föderation) <i>Andrei Lushin</i> (Russische Föderation)	Russische Föderation
Mohammad Jafar Mojarad (Islamische Republik Iran) <i>Mohammed Daïri</i> (Marokko)	Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Alfredo Mac Laughlin (Argentinien) <i>Pablo García-Silva</i> (Chile)	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Kossi Assimaidou (Togo) <i>Nguéto Tiraina Yambaye</i> (Tschad)	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

¹ Das Stimmengewicht eines jeden Sitzes ist auf der Webseite des Jahresberichts in Anhang IV zu finden (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2011/eng); Veränderungen im Exekutivdirektorium während des GJ 2011 sind auf der Webseite des Jahresberichts in Anhang V aufgeführt.

LEITENDE MITARBEITER

Stand vom 30. April 2011

Olivier Blanchard, *Volkswirtschaftlicher Berater*
José Viñals, *Finanzberater*

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh
Direktorin, Abteilung Afrika

Anoop Singh
Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Antonio Borges
Direktor, Abteilung Europa

Masood Ahmed
Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Nicolas Eyzaguirre
Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN UND ABTEILUNGEN FÜR BESONDERE DIENSTLEISTUNGEN

Andrew Tweedie
Direktor, Abteilung Finanzen

Carlo Cottarelli
Direktor, Abteilung Fiskalpolitik

Leslie Lipschitz
Direktor, IWF-Institut

Sean Hagan
Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

José Viñals
Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Olivier Blanchard
Direktor, Abteilung Forschung

Adelheid Burgi-Schmelz
Direktorin, Abteilung Statistik

Reza Moghadam
Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung

INFORMATION UND LIAISON

Caroline Atkinson
Direktorin, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Shogo Ishii
Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Emmanuel van der Mensbrugghe
Direktor, Europa-Büros

Elliott Harris
Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Shirley Siegel
Direktorin, Abteilung Personalwesen

Siddharth Tiwari
Sekretär, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger
Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Jonathan Palmer
Chief Information Officer, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

BÜROS

Daniel Citrin
Direktor, Büro für Haushalt und Planung

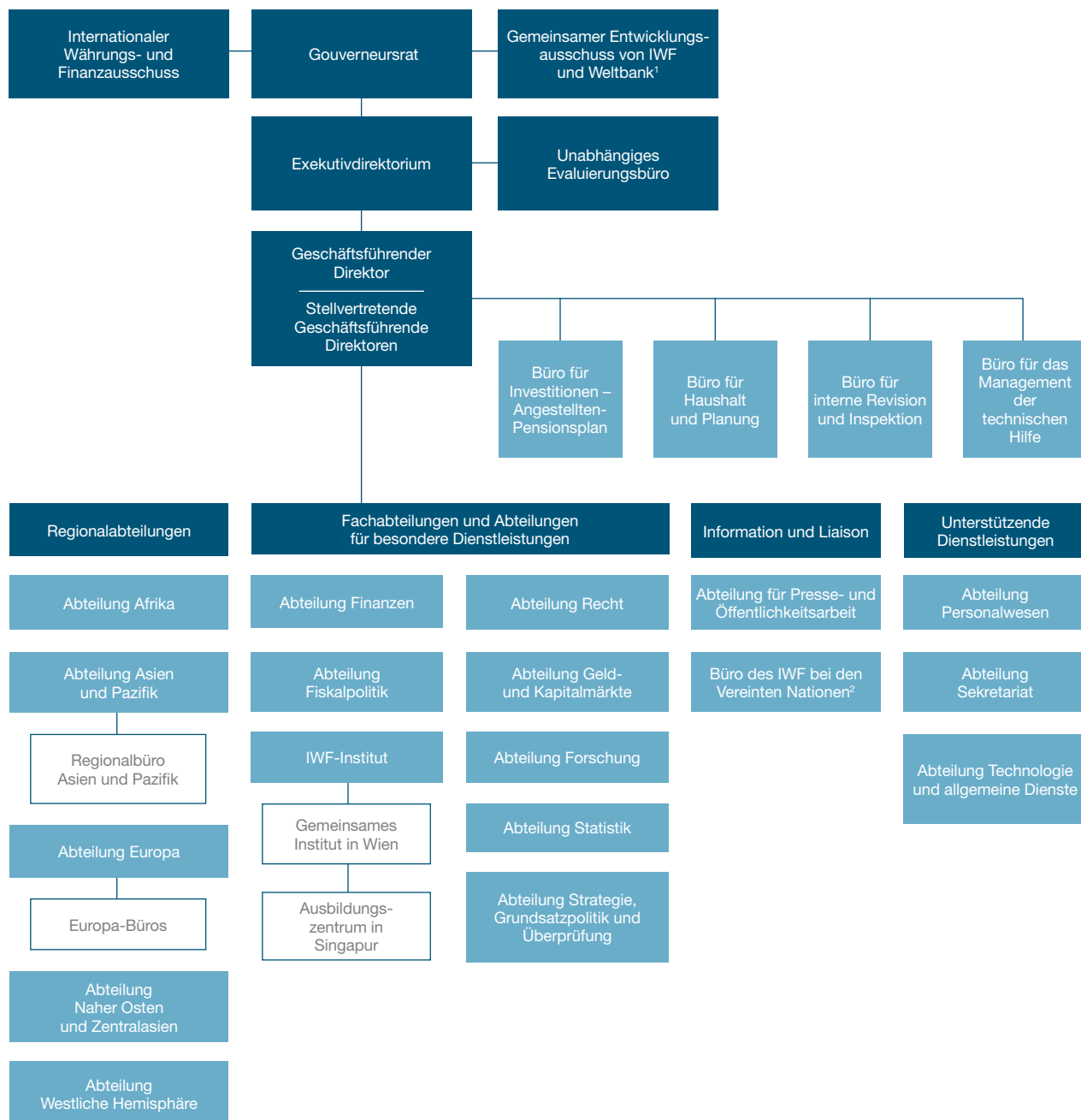
G. Russell Kincaid
Direktor, Büro für interne Revision und Inspektion

J. Roberto Rosales
Direktor, Büro für das Management der technischen Hilfe

Moises J. Schwartz
Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

ORGANIGRAMM DES IWF

Stand vom 30. April 2011



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries).

² Dem Büro des Geschäftsführenden Direktors angegliedert.

ANMERKUNGEN

KAPITEL 1

- 1 Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt am 1. Mai und endet am 30. April des darauffolgenden Jahres. Dieser Jahresbericht behandelt das GJ 2011, vom 1. Mai 2010 bis zum 30. April 2011, bezieht sich allerdings, wo notwendig, auch auf Ereignisse, die nach Ende April 2011 und vor Drucklegung des Berichts, Mitte August, stattfanden.

KAPITEL 3

- 2 Für weitere Informationen zur Überwachungstätigkeit des IWF siehe „Factsheet: IMF Surveillance“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/surv.htm).
- 3 Siehe Öffentliche Informationsmitteilung (Public Information Notice – PIN) Nr. 10/128, „IMF Executive Board Discusses Follow-Up to Modernizing the Fund’s Surveillance Mandate and Modalities“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10128.htm). Die Direktoriatsaussprache vom September konzentrierte sich auf ausgewählte Vorschläge, die in früheren Direktoriatsdiskussionen Unterstützung erfahren hatten, so etwa im April 2010 zur Modernisierung des Überwachungsmandats des IWF (siehe PIN Nr. 10/52, „IMF Executive Board Discusses Modernizing the Surveillance Mandate and Modalities and Financial Sector Surveillance and the Mandate of the Fund“, www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1052.htm), und eine breite Prüfung des Fondsmandats zur Überwachung, Finanzierung und Stabilität des internationalen Währungssystems im Februar 2010 (s. PIN Nr. 10/33, „The Fund’s Mandate—An Overview of Issues and Legal Framework“, www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1033.htm).
- 4 Systemrelevante Volkswirtschaften sind die Länder, deren Finanzsektoren die größten Auswirkungen auf die globale Finanzstabilität haben.
- 5 Für weitere Informationen zum FSAP siehe „Factsheet: Financial Sector Assessment Program (FSAP)“ (<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/fsap.htm>).
- 6 Siehe PIN Nr. 10/76, „IMF Executive Board Discusses Study on Emerging Markets’ Performance During the Crisis“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1076.htm).
- 7 Siehe PIN Nr. 10/59, „IMF Executive Board Discusses Revenue and Expenditure Policies for Fiscal Consolidation in the Wake of the Global Crisis“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1059.htm).
- 8 Diese Zahl schließt die Beträge für Vereinbarungen mit ein, die später gekündigt wurden.
- 9 Die Vereinbarung mit Armenien ist eine kombinierte Vereinbarung unter der Erweiterten Fondsfazilität und der Erweiterten Kreditfazilität.
- 10 Die Vereinbarung mit Honduras ist eine Mischung aus Bereitschaftskredit-Vereinbarung und einer Vereinbarung unter der Bereitschaftskredit-Fazilität (eine konzessionäre Fazilität, die vom Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum finanziert wird; siehe „Konzessionäre Mittelvergabe“ weiter unten in diesem Kapitel).
- 11 In der Terminologie des IWF werden Auszahlungen unter Finanzierungsvereinbarungen aus dem Konto für allgemeine Ressourcen als „Käufe“ bezeichnet, Rückzahlungen heißen „Rückkäufe“.
- 12 Sobald ein Land gewisse Kriterien erfüllt, entscheiden die Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank über seine Qualifikation für Schuldenerleichterung, und die internationale Gemeinschaft sagt die Entschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu. Die erste Stufe unter der HIPC-Initiative wird als Entscheidungszeitpunkt bezeichnet. Wenn ein Land seinen Entscheidungszeitpunkt erreicht, kann es sofort Zwischenzahlungen auf seinen fälligen Schuldendienst bekommen.
- 13 Ein Land muss weitere Kriterien erfüllen, um den Abschlusszeitpunkt zu erreichen; dann bekommt es die vollständige Entschuldung, die unter der HIPC-Initiative am Entscheidungszeitpunkt zugesagt wurde.
- 14 Schuldenerleichterung unter der MDRI wird für berechnete Länder zur Unterstützung ihrer Bestrebungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele gewährt.
- 15 Siehe Pressemitteilung (Press Release – PR) Nr. 10/299, „IMF Executive Board Cancels Haiti’s Debt and Approves New Three-Year Program to Support Reconstruction and Economic Growth“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10299.htm).
- 16 Siehe PR Nr. 10/321, „IMF Enhances Crisis Prevention Toolkit“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10321.htm).
- 17 Mit der Einrichtung der FCL 2009 verlieh das Direktorium der Erwartung Ausdruck, dass der Zugang unter der FCL normalerweise nicht mehr als 1.000 Prozent der Quote beträgt, obwohl keine Zugangsgrenze definiert wurde.
- 18 Siehe PIN Nr. 10/92, „IMF Executive Board Establishes a Post-Catastrophe Debt Relief Trust“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1092.htm).

- 19 In der Folge wurde eine Überweisung in Höhe von 280 Mio. SZR gebilligt.
- 20 Siehe PIN Nr. 10/133, „IMF Executive Board Approves Fund Membership in the Financial Stability Board“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10133.htm).
- 21 Siehe PIN Nr. 11/1, „IMF Executive Board Discusses the Fund's Role Regarding Cross-Border Capital Flows“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1101.htm).
- 22 Siehe PIN Nr. 11/42, „IMF Executive Board Discusses Recent Experiences in Managing Capital Inflows“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1142.htm).
- 23 Siehe PIN Nr. 10/72, „IMF Discusses Reserves Accumulation and International Monetary Stability“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1072.htm).
- 24 Siehe PIN Nr. 11/47, „IMF Executive Board Discusses Assessing Reserve Adequacy“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1147.htm).
- 25 Siehe PIN Nr. 11/22, „IMF Executive Board Concludes the Meeting on Enhancing International Monetary Stability—A Role for the SDR?“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1122.htm). Weitere Informationen über das SZR, ein internationales Reserveinstrument, das 1969 vom IWF zur Ergänzung der offiziellen Reserven seiner Mitgliedsländer geschaffen wurde, finden sich in „Factsheet: Special Drawing Rights (SDRs)“ (www.imf.org/external/np/etr/facts/sdr.htm).
- 26 Siehe PR Nr. 10/434, „IMF Determines New Currency Weights for SDR Valuation Basket“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10434.htm).
- 27 Siehe PIN Nr. 10/149, „IMF Executive Board Completes the 2010 Review of SDR Valuation“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10149.htm).
- 28 Das FSAP – das wichtigste Instrument des IWF zur Bewertung der finanziellen Anfälligkeiten und Finanzsektorpolitik eines Landes – ist rechtlich gesehen ein Instrument der technischen Hilfe unter freiwilliger Beteiligung der Länder; FSAP-Bewertungen finden getrennt von den Artikel-IV-Konsultationen statt, die für alle Mitglieder verbindlich sind.
- 29 Siehe PIN Nr. 10/135, „IMF Executive Board Discusses Integrating Stability Assessments into Article IV Surveillance“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10135.htm) und PR Nr. 10/357, „IMF Expanding Surveillance to Require Mandatory Financial Stability Assessments of Countries with Systemically Important Financial Sectors“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10357.htm).
- 30 Siehe PIN Nr. 11/46, „Macroprudential Policy: An Organizing Framework“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1146.htm).
- 31 Das Stabspapier schlug folgende Definition für makroprudentielle Politiken vor: „übergeordnete Politiken, die sich auf die Stabilität des Finanzsystems im Ganzen beziehen und zum Ziel haben, systemische oder systemweite Finanzrisiken zu begrenzen“.
- 32 Siehe PIN Nr. 10/89, „IMF Discusses Central Banking Lessons from the Crisis“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1089.htm).
- 33 Siehe PIN Nr. 10/90, „IMF Executive Board Discusses Cross-Border Bank Resolution“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1090.htm).
- 34 Siehe PIN Nr. 10/150, „IMF Executive Board Discusses Financial Interconnectedness“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10150.htm).
- 35 Der FSB gründete Anfang 2010 die Arbeitsgruppe zu Datenlücken und systemischen Verknüpfungen, um die Empfehlungen im IWF-FSB-Bericht „The Financial Crisis and Information Gaps“ auf einer gemeinsamen Grundlage für systemrelevante Finanzinstitutionen anzugehen. Der IWF leitete den Arbeitsfluss zur Datenverfügbarkeit und Erhebung neuer Statistiken.
- 36 Siehe PIN Nr. 11/38, „Review of the Standards and Codes Initiative“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1138.htm). Web-Kasten 3.2 liefert Hintergrundinformationen zu ROSCs, so auch Statistiken zu ROSC-Abschlüssen im GJ 2011.
- 37 Siehe PIN Nr. 10/148, „Emerging from the Global Crisis—Macroeconomic Challenges Facing Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10148.htm).
- 38 Siehe PR Nr. 11/102, „IMF Introduces Framework for Low-Income Country Vulnerability Exercise to Assess Impact of External Shocks“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11102.htm).
- 39 Siehe PIN Nr. 11/36, „IMF Executive Board Discusses Revenue Mobilization in Developing Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1136.htm).

KAPITEL 4

- 40 Derzeit ernennen die Mitglieder mit den fünf größten Quotenmengen jeweils einen Exekutivdirektor.
- 41 Siehe PR Nr. 11/64, „The IMF's 2008 Quota and Voice Reforms Take Effect“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr1164.htm).
- 42 Eine Änderung des IWF-Übereinkommens tritt für alle Mitglieder an dem Datum in Kraft, an dem der IWF bestätigt, dass drei Fünftel der IWF-Mitglieder, die 85 Prozent der gesamten Stimmrechte repräsentieren, die Änderung angenommen haben.
- 43 Siehe PR Nr. 10/418, „IMF Executive Board Approves Major Overhaul of Quotas and Governance“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10418.htm).
- 44 Siehe www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pdfs/quota_tbl.pdf.

- 45 Siehe PR Nr. 10/477, „IMF Board of Governors Approves Major Quota and Governance Reforms“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10418.htm).
- 46 Dazu gehörten Gespräche zu Überlegungen im Zusammenhang mit der Größe des Fonds (April) sowie eine Reihe von Gesprächen im Zusammenhang mit der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung: weitere Überlegungen zu Quotenanteilen (Juli), zur Prüfung im Allgemeinen (Sept.) und zu möglichen Elementen für einen Kompromiss (Okt.) sowie die abschließenden Gespräche zur Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung und zu Elementen einer Übereinkunft zur Quoten- und Governance-Reform des IWF (Nov.).
- 47 Siehe PIN 10-04, 10/108, „IMF Executive Board Discusses IMF Governance Reform“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10108.htm).
- 48 Siehe PIN 0/124, „The Fund’s Mandate—Future Financing Role“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10124.htm).
- 49 Die 2002 übernommenen IWF-Richtlinien zur Konditionalität können auf der Website des IWF eingesehen werden unter www.imf.org/External/np/pdr/cond/2002/eng/guid/092302.htm. Für allgemeine Informationen zu den Auflagen bei der Mittelvergabe des IWF siehe „Factsheet: IMF Conditionality“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/conditio.htm).
- 50 Siehe PR Nr. 10/256, „Tuvalu Joins the IMF as 187th Member“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10256.htm).
- 51 Siehe PR Nr. 11/145, „IMF Receives Membership Application from South Sudan, Seeks Contributions to Technical Assistance Trust Fund to Help New Country“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11145.htm).
- 52 Siehe PR Nr. 10/298, „Lao People’s Democratic Republic Accepts IMF’s Article VIII Obligations“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10298.htm).
- 53 Siehe PR Nr. 10/458, „IMF Membership Completes 2010 Executive Board Election“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10458.htm).
- 54 Siehe PR Nr. 11/96, „IMFC Selects Tharman Shanmugaratnam as New Chairman“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11196.htm).
- 55 Siehe PR Nr. 11/29, „Youssef Boutros-Ghali Resigns from the Chairmanship of the IMFC“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11129.htm).
- 56 Siehe PR Nr. 11/85, „Statement by IMF Managing Director Dominique Strauss-Kahn on Death of Central Bank of Lesotho Governor and IMF Alternate Governor Moeketsi Senaana“ (www.imf.org/external/sec/pr/2011/pr11185.htm).
- 57 Siehe PR Nr. 10/497, „IMF Launches Trust Fund to Help Countries Manage Their Natural Resource Wealth“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10497.htm) und PR Nr. 10/500, „IMF Launches Trust Fund to Help Countries Improve Tax Policy and Administration“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10500.htm).
- 58 Siehe PR Nr. 10/215, „IMF Managing Director Dominique Strauss-Kahn Says Brazil Key in Global Economic Governance; Signs Agreement for New Joint Regional Training Center for Latin America“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10215.htm).
- 59 Siehe PR Nr. 10/412, „IMF and Kuwait Establish an IMF-Middle East Center for Economics and Finance“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10412.htm).
- 60 Für weitere Informationen zu SDDS und GDDS siehe „Factsheet: IMF Standards for Data Dissemination“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/data.htm) sowie Webkasten 3.2.
- 61 Dieses „Schwarze Brett“ kann über die Website des IWF aufgerufen werden (<http://dsbb.imf.org/Applications/web/gdds/gddscountrylist/>).
- 62 Siehe PIN Nr. 11/33, „Interim Report for the Eighth Review of the IMF’s Data Standards and Codes Initiative“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1133.htm).

KAPITEL 5

- 63 Siehe PR Nr. 11/74, „Major Expansion of IMF Borrowing Arrangements Takes Effect, Boosting Resources for Crisis Resolution“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11174.htm).
- 64 Siehe PR Nr. 11/109, „IMF Activates Expanded Borrowing Arrangements“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11109.htm).
- 65 Siehe PR Nr. 10/281, „IMF Signs Agreement to Borrow up to €2.18 Billion from the Österreichische Nationalbank“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10281.htm); PR Nr. 10/384, „IMF Signs Agreement to Borrow up to €280 Million from the Bank of Slovenia“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10384.htm) und PR Nr. 11/76, „IMF Signs Agreement to Borrow up to €8.11 Billion from Bank of Italy“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11176.htm).
- 66 Siehe PR Nr. 10/286, „IMF Signs SDR 300 Million Borrowing Agreement with the Norwegian Ministry of Finance Representing the Kingdom of Norway to Support Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10286.htm); PR Nr. 10/309, „IMF Signs SDR 500 Million Borrowing Agreement with De Nederlandsche Bank NV to Support Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10309.htm); PR Nr. 10/340, „IMF Signs Agreements Totaling SDR 5.3 Billion with Japan, the Banque de France, the United Kingdom and the People’s Bank of China to Support Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10340.htm); PR Nr. 11/50, „IMF Signs SDR 500 Million Borrowing Agreement with the Bank of Korea to Support Lending to Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11150.htm); PR Nr. 11/172, „IMF Signs SDR 800 Million Borrowing Agreement with the Bank of Italy to Support Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11172.htm); und PR Nr. 11/185, „IMF Signs

- SDR 500 million Borrowing Agreement with the Swiss National Bank to Support Low-Income Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr1185.htm).
- 67 Siehe PIN Nr. 10/137, „IMF Executive Board Discusses the Adequacy of the Fund's Precautionary Balances“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10137.htm).
- 68 Mit Stand von Ende Juli 2010, kurz vor der Direktoriumsdiskussion, vereinten die fünf größten Kreditnehmer 71 Prozent der gesamten vom IWF gewährten Kredite auf sich.
- 69 Das Regelwerk des IWF zur Steuerung von Kreditrisiken – d.h. das Risiko, dass ein Darlehensnehmer seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nicht nachkommt – umfasst eine Anzahl von Elementen, wie neben den bereits erwähnten Kreditvergaberegeln und Risikorücklagen auch die Sicherungsbewertungen des IWF, die Rückstandsstrategie und den Lastenteilungsmechanismus. Der de facto bevorzugte Gläubigerstatus des IWF – d.h. seine Mitglieder räumen der Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber dem Fonds Priorität gegenüber anderen Gläubigern ein – sorgt für zusätzliche Risikominderung.
- 70 Siehe PR Nr. 11/52, „IMF's Broader Investment Mandate Takes Effect“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr1152.htm).
- 71 Eine Erläuterung zum SZR und damit zusammenhängenden Fragen findet sich im „Factsheet: Special Drawing Rights (SDRs)“ (www.imf.org/external/np/exr/facts/sdr.htm).
- 72 *Kredittranchen* beziehen sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote des Mitglieds im IWF. Auszahlungen bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds sind Auszahlungen unter der *ersten* Kredittranche und verlangen, dass die Mitglieder angemessene Anstrengungen nachweisen, um ihre Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden. Auszahlungen über 25 Prozent werden als Ziehungen der *oberen Kredittranche* bezeichnet. Sie erfolgen in Raten, die ausbezahlt werden, wenn der Kreditnehmer bestimmte Leistungsziele erreicht. Diese Auszahlungen werden normalerweise mit einer Bereitschaftskredit- oder Erweiterten Vereinbarung oder der Flexiblen Kreditlinie in Verbindung gebracht. Zugang zu IWF-Ressourcen außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird es voraussichtlich auch bleiben.
- 73 Siehe PR Nr. 10/333, „IMF Announces Sale of 10 Metric Tons of Gold to the Bangladesh Bank“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10133.htm).
- 74 Siehe PR Nr. 10/509, „IMF Concludes Gold Sales“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10509.htm).
- 75 Siehe PIN Nr. 11/48, „IMF Executive Board Considers Use of Gold Sale Profits“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1148.htm).
- 76 Siehe PIN Nr. 10/113, „IMF Executive Board Concludes Review of the Safeguards Assessments Policy“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn10113.htm).
- 77 Fragen zur Vielfalt werden gesondert im Diversity Annual Report behandelt.
- 78 Siehe PR Nr. 11/12, „Deputy Managing Director Murilo Portugal to Leave the IMF“ (<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr1112.htm>).
- 79 Siehe PR Nr. 11/55, „IMF Managing Director Dominique Strauss-Kahn Proposes Appointment of Nemat Shafik as Deputy Managing Director“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr1155.htm).
- 80 Der vollständige Text der Transparenzpolitik des IWF kann unter „The Fund's Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/102809.pdf) eingesehen werden.
- 81 Siehe „Key Trends in Implementation of the Fund's Transparency Policy“ (www.imf.org/external/np/pp/eng/2010/082310.pdf).
- 82 Der Bericht des IEO sowie eine Zusammenfassung der Erörterung des Berichts im Exekutivdirektorium und die Erwiderung des IWF-Stabs auf den Bericht stehen auf der Website des IEO zur Verfügung (www.ieo-imf.org/eval/complete/eval_01102011.html).
- 83 Siehe PIN Nr. 11/4, „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan in Response to Board-Endorsed Recommendations Arising from the IEO Evaluation of IMF Interactions with Member Countries“ (www.imf.org/external/np/sec/pn/2011/pn1104.htm). Der Umsetzungsplan mit Nachtrag steht auf www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4519 bzw. www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4520 zur Verfügung.
- 84 Siehe „IMF Interactions with Member Countries“ (www.ieo-imf.org/eval/complete/eval_01202010.html).
- 85 Siehe PR Nr. 10/350, „IMF Regional Advisory Groups to Hold First Joint Meeting During 2010 Annual Meetings“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10350.htm) und PR Nr. 10/382, „IMF Advisory Groups Discuss Regional Economic Challenges During 2010 Annual Meetings“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10382.htm).
- 86 Die Regionale Beratungsgruppe für den Kaukasus und Zentralasien wurde erst nach der Jahresversammlung von 2010 gebildet, zu Beginn von 2011.
- 87 Siehe PR Nr. 10/314, „IMF and ILO Conference in Oslo to Address Ways of Accelerating a Job-Rich Crisis Recovery“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10314.htm) und PR Nr. 10/324, „IMF and ILO Launch Background Paper on the 'Challenges of Growth, Employment and Social Cohesion' for High-Level Conference on September 13 in Oslo“ (www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10324.htm).
- 88 Die REOs können über die REO-Webseite auf der Website des IWF aufgerufen werden (www.imf.org/external/pubs/ft/reo/reports.aspx). Dort steht auch im GJ 2011 veröffentlichtes Material im Zusammenhang mit den REOs zur Verfügung.

AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN

AFRITAC	Zentrum für technische Hilfe in Afrika
AML/CFT	Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BRIC	Brasilien, die russische Föderation, Indien und China
EAC	Externer Rechnungsprüfungsausschuss
EZB	Europäische Zentralbank
ECF	Fazilität für erweiterten Kredit
ENDA	Nothilfe bei Naturkatastrophen
FCL	Flexible Kreditlinie
FM	<i>Fiscal Monitor</i>
FSAP	Programm zur Bewertung des Finanzsektors
FSB	Rat für Finanzstabilität
GJ	Geschäftsjahr
G20	Gruppe der Zwanzig
GAB	Allgemeine Kreditvereinbarungen
GDDS	Allgemeines Datenweitergabesystem
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i>
GRA	Konto für allgemeine Ressourcen
HIPC	Hochverschuldetes armes Land
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
IEO	Unabhängiges Evaluierungsbüro
IFRS	Internationale Standards für die Rechnungslegung
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IMFC	Internationaler Währungs- und Finanzausschuss
IT	Informationstechnik
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
MAP	Verfahren der gegenseitigen Bewertung
MDRI	Multilaterale Entschuldungsinitiative
MTB	mittelfristiger Haushalt
NKV	Neue Kreditvereinbarungen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OIA	Büro für interne Revision und Inspektion
PCL	Vorsorgliche Kreditlinie
PCDR	Schuldenerleichterung nach Katastrophen
PRGT	Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum
RCF	Schnellkreditfazilität
REO	<i>Regional Economic Outlook</i>
ROSC	Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes
RTAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe
SDDS	Spezieller Datenweitergabestandard
SZR	Sonderziehungsrecht
TA	technische Hilfe
TTF	thematischer Treuhandfonds
VN	Vereinte Nationen
WEO	<i>World Economic Outlook</i>

VERANTWORTLICHE MITARBEITER

Dieser Jahresbericht wurde durch das Referat für Redaktion und Publikationen der Abteilung des IWF für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Tim Callen und Sandy Donaldson betreuten die Arbeit des Jahresbericht-Teams unter der Leitung des Evaluation Committee des Exekutivdirektoriums, dessen Vorsitz Moeketsi Majoro innehat. Redakteure und wichtigste Verfasser waren Michael Harrup und S. Alexandra Russell, die gemeinsam den Entwurf und Herstellungsprozess koordinierten. Andrea Richter Hume leistete bedeutende Beiträge zu den Texten und Sherrie M. Brown war für die Korrektur des englischen Texts verantwortlich. Teresa Evaristo und Phoebe Kieti leisteten Assistenzarbeit.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Dr. Ingeborg Schleier (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung).

Der englische Text ist die einzige amtliche Fassung.

Fotografie:

© Rolf Bruderer/Corbis	Einband (links)
© Exactostock/Superstock	Einband (rechts)
Michael Spilotro/IWF-Stabsfoto	Seiten 4, 45 (links), 65 (rechts), 67 (links, rechts)
Stephen Jaffe/IWF-Stabsfoto	Seiten 6, 55 (rechts), 65 (links)
Daniel Acker/Landov	Seite 7 (links)
EPA/Sergio Barrenechea/Landov	Seite 7 (rechts)
Cliff Owen/IWF-Stabsfoto	Seiten 8 (links), 41 (rechts), 49 (links)
EPA/Leonardo Munoz/Landov	Seite 8 (rechts)
Eric Taylor/Bloomberg via Getty Image	Seite 13 (links)
© Orjan F. Ellingvag/Corbis	Seite 13 (rechts)
Reuters/Imelda Medina/Landov	Seite 15 (links)
Reuters/Kacper Pempel/Landov	Seite 15 (rechts)
Reuters/Jerry Lampen/Landov	Seite 19 (links)
Bernd Wüstneck/dpa/Landov	Seite 19 (rechts)
Reuters/Edgard Garrido/Landov	Seite 23 (links)
Reuters/Gleb Garanich/Landov	Seite 23 (rechts)
Mashid Mohadjerin/Redux	Seite 24 (links)
A. Majeed/AFP/Getty Images	Seite 24 (rechts)
Reuters/Hazir Reka/Landov	Seite 32 (links)
Reuters/Khaled Abdullah/Landov	Seite 32 (rechts)
Reuters/David Lewis/Landov	Seite 35 (links)
Reuters/Aly Song	Seite 35 (rechts)
Sven Torfinn/Panos Pictures	Seite 36 (links)
Heldur Netocny/Photolibrary	Seite 36 (rechts)
RH Productions/Photolibrary	Seite 41 (links)
© Global Warming Images/Alamy	Seite 45 (rechts)
Reuters/Ognen Teofilovski/Landov	Seite 49 (rechts)
Reuters/Kena Betancur	Seite 51 (links)
Ryan Rayburn/IWF-Stabsfoto	Seite 51 (rechts)
Henrik Gschwindt de Gyor/IWF-Stabsfoto	Seite 55 (links)

IMF ANNUAL REPORT 2011 (German)

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

700 19th Street NW

Washington, DC 20431 USA



ISBN-13: 978-1-61635-114-4



9 781616 351144